

DONA KUJACINSKI (HERAUSGEBERIN)

Freiheit.
Gleichheit.
Respekt.
Toleranz.
Mut.

#FÜR DEMOKRATIE GEGEN EXTREMISMUS

Hass.
Hetze.
Gewalt.
Wut.
Fake News.

Ein Plädoyer für die Demokratie von 27 Schülerinnen und
Schülern des Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg

MIT EINEM VORWORT VON IRIS BERBEN

DONA KUJACINSKI (HERAUSGEBERIN)

FREIHEIT. GLEICHHEIT. RESPEKT. TOLERANZ. MUT.

#FürDemokratie GegenExtremismus

HASS. HETZE. GEWALT. WUT. FAKE NEWS.

Ein Plädoyer für die Demokratie von
27 Schülerinnen und Schülern des
Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg

MIT EINEM VORWORT VON IRIS BERBEN

Covergestaltung: Veronika Illmer

brandenburg
buch 

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Wiktor Badura, Oskar Blum, Maya Bönisch, Hans Dalichau,
Julia Emma Dewitz, Lilli Exner, Leo Franz, Eddie Freigang, Lucy
Illgner, Charly Kaiser, Károly Koritnik, Hannah Lämmerhirt,
Jonas Arne Lehmann, Hannah Lein, Vivian Maibauer, Lena
Theres Neubert, Philipp Reinkensmeier, Gwen Shirley Roick,
Charlotte Schimmack, Emilia Sophie Schmidt, Joel Schuppan,
Florian Staff, Anton Steiniger, Wilma Thomas, Annika Uhlig,
Maddox Worischek, Jocelyne Lea Woweries

DANKE FÜR DIE FREUNDLICHE UNTERSTÜTZUNG

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

DEICHMANN-Stiftung

oneVest Developments GmbH

Dirk Rossmann GmbH

MR Holding GmbH & Co.KG

KIND Unternehmensgruppe

Stiftung „Vom Haben zum Sein“

dm-drogerie markt Senftenberg

Ristorante Italiano „Villa del Lago“, Senftenberg

Blumen-Fritsche, Senftenberg

pixelstorm, Wien

Verein der Freunde, Förderer und Ehemaligen des

Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg e.V.

PRODUKTIONSTEAM

Herausgeberin & Gesamtleitung: Dona Kujacinski

Art-Direktorin: Veronika Illmer

Rechtsberatung: Prof. Dr. Gero Himmelsbach,

ROMATKA Rechtsanwälte, München

Politische Beratung: Jochen Bausback, Dr. Ulrich Pohlmann

Fotografie: Steffen Rasche

Dokumentation: Jochen Bausback

Lektorat: Christina Madl, Reinhard Ruschmann,

Die Lektorey Madl – Ruschmann, München

Repro: Manfred Kostal, pixelstorm, Wien

Öffentlichkeitsarbeit: Phoebe Rocchi, ROCCHI PR, München

Mentoring: Petra Starke, Schulleiterin Friedrich-Engels-Gymnasium

Senftenberg, Maria Müller, stellvertretende Schulleiterin, Anne-Christin

Wegner, Geschichtslehrerin, Ulrike Kollatzsch, Kunstlehrerin

Die Verleger: Beate und Mischa Klemm, Brandenburg-Buch,

Neuenhagen bei Berlin

Inhalt

11	Das Projekt	
17	Vorwort	IRIS BERBEN
21	Grußwort	STEFFEN FREIBERG
24	Meine Vorfahren und der Nationalsozialismus	WIKTOR BADURA
34	Gefahren für die Demokratie	OSKAR BLUM
41	Die Geschichte der deutschen Demokratie	MAYA BÖNISCH
47	Rechtsextremisten und Populisten	HANS DALICHAU
53	Frauenrechte im 21. Jahrhundert	JULIA EMMA DEWITZ
57	Antisemitismus	LILLI EXNER
64	Fake News in sozialen Medien	LEO FRANZ
70	Kampf gegen rechts	EDDIE FREIGANG
78	Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	LUCY ILLGNER
84	Wahlverweigerung	CHARLY KAISER
90	Regierungsformen heute	KÁROLY KORITNIK
98	Rechtsruck in Deutschland	HANNAH LÄMMERHIRT
105	Autokraten und Populisten auf dem Vormarsch	JONAS ARNE LEHMANN
113	Politische Bildung	HANNAH LEIN
118	Antisemitismus	VIVIAN MAIBAUER
125	Zunahme der rechten Szene bei Jugendlichen	LENA THERES NEUBERT
134	Linksextremismus	PHILIPP REINKENSMEIER
142	Frauenrechte	GWEN SHIRLEY ROICK
149	Jugend und Rechtsextremismus	CHARLOTTE SCHIMMACK
155	Demokratie und soziale Medien	EMILIA SOPHIE SCHMIDT
161	Fake News und Populismus	JOEL SCHUPPAN
169	Demokratie als Schachspiel	FLORIAN STAFF
175	Rechter Terror in den letzten 20 Jahren	ANTON STEINIGER
182	Wahlverweigerung und ihre Folgen	WILMA THOMAS
189	Rechtsextremismus unter Jugendlichen	ANNIKA UHLIG
196	Der Rechtsruck, die Jugendlichen & Social Media	MADDOX WORISCHEK
201	Über die Widersprüche der Alice Weidel	JOCELYNE LEA WOWERIES
208	Epilog	DONA KUJACINSKI
214	Fotonachweis/Impressum	

Demokratie. Ein Wort, das für Freiheit, Frieden, Menschenrechte, Menschenwürde, Gleichheit, Toleranz und Respekt steht. Und für Mut, weil die Demokratie mehr und mehr und immer heftiger von links und von rechts angegriffen wird. Von Populisten, Extremisten, Rassisten, Antisemiten oder Faschisten. Von Kettensägen-Menschen, die nur eines im Sinn haben: die Demokratien anzugreifen und auszuhebeln. Ihre Instrumente sind Lügen, Verleumdungen, Drohungen, sogar Erpressung. Berechnend und skrupellos mit dem Ziel, ihr krudes und gefährliches Gedankengut in die Köpfe Williger einzupflanzen. Verbreitet und geschickt verpackt, live, übers Internet oder auf Social-Media-Plattformen, wo sie gern als Fake News oder KI-generierte Deep Fakes auftauchen. Damit verbreiten sie gleichzeitig eine Atmosphäre von vermeintlicher Hoffnung und Angst.

Besonders interessiert sind die Kettensägen-Menschen an der Generation Zukunft. Viele Jugendliche folgen ihnen.

Manche blind, manche bewusst. Doch es gibt auch welche, die sich wehren. Die aufbegehren. Die sich nicht einschüchtern oder blenden lassen. Die aufstehen, Haltung zeigen und die den Mut haben, laut und deutlich ihre Meinung zu sagen. Zu diesen jungen Erwachsenen gehören 27 Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg in Brandenburg, die dieses Buch geschrieben haben. Denn sie wissen um die Gefahren, die die Demokratien weltweit bedrohen. Nicht nur weil sie sich im Internet, im Fernsehen und bei Social Media informieren oder mit ihren Eltern und Lehrern sprechen. Sie erleben die Angriffe auch live. Auf der Straße, in Bussen, in Zügen, auf Partys oder im Freundeskreis. In ihrem Buch „#FürDemokratieGegenExtremismus“ haben die verantwortungsbewussten Autorinnen und Autoren ihre Gedanken und Erfahrungen zu Papier gebracht. Jeder von ihnen auf seine Weise, jeder von ihnen mit unterschiedlichen Ansätzen. Auch weil ihnen bewusst ist, dass weltweit gerade mal noch 7,8 Prozent der Weltbevölkerung in vollständi-

gen Demokratien westlichen Typs leben. Und weil sie den Satz des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama für richtig halten: „Die Demokratie ist dann gefährdet, wenn wir sie als selbstverständlich betrachten.“

Entstanden ist ein Plädoyer für die Demokratie mit dem Ziel, den Menschen vor Augen zu führen, wie wichtig demokratische Werte sind und wie schützenswert. Ein Engagement, das Respekt erfordert.



← Namensgeber des Gymnasiums:
Friedrich Engels (1820–1895), deutscher Philosoph, Historiker,
Journalist und kommunistischer Revolutionär

DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DER 11. UND 12. JAHR-
GANGSSTUFE UND IHRE LEHRKRÄFTE: 1 Hannah Lämmerhirt,
2 Maria Müller/stellvertretende Schulleiterin, 3 Charlotte Schimmack, 4 Lilli
Exner, 5 Philipp Reinkensmeier, 6 Ulrike Kollatzsch/Kunstlehrerin, 7 Anton
Steiniger, 8 Vivian Maibauer, 9 Hans Dalichau, 10 Jonas Arne Lehmann,
11 Gwen Shirley Roick, 12 Eddie Freigang, 13 Julia Emma Dewitz, 14 Florian

Staff, 15 Annika Uhlig, 16 Oskar Blum, 17 Lena Theres Neubert, 18 Maya
Bönisch, 19 Hannah Lein, 20 Emilia Sophie Schmidt, 21 Jocelyne Lea
Woweries, 22 Joel Schuppan, 23 Károly Koritnik, 24 Wilma Thomas,
25 Leo Franz, 26 Charly Kaiser, 27 Lucy Illgner, 28 Maddox Worischek,
29 Anne-Christin Wegner/Geschichtslehrerin, 30 Petra Starke/Schul-
leiterin, 31 Wiktor Badura

VORWORT

Siebenundzwanzig starke Stimmen!
Siebenundzwanzig nachdenkliche, fordernde, analysierenden, kluge, emotionale, bekennende Texte!
Siebenundzwanzig Jungen und Mädchen rufen auf
„#FürDemokratieGegenExtremismus“!
Siebenundzwanzig junge Menschen zeigen Haltung!

Das sind meine ersten Gedanken, die mir nach dem Lesen dieser großartigen, sehr persönlichen Texte kommen. Und das sichere Wissen um eine verantwortungsbewusste, wache, junge Generation, der wir den „Staffelstab“ getrost übergeben können.

Und dann kommt auch schon das große „ABER“.

Aber wir, „die Alten“, sind es ihnen auch schuldig, sichtbar und hörbar zu sein. Wir müssen ihnen die Bühne geben, ihre Überzeugungen laut in die Gesellschaft hineinzurufen. Wir müssen sie ernst nehmen, sie bewusst wahrnehmen, wenn sie sich gegen die Zerstörer, die Verhinderer, die Rückwärtsgewandten, die Hassprediger und Demokratieverächter stellen. Sie wahrnehmen, wenn sie für ein Miteinander, für eine plurale, friedliche, menschenwürdige Welt kämpfen – ohne Ausgrenzung, ohne Antise-

mitismus, ohne Fremdenfeindlichkeit, ohne Homophobie und Misogynie.

Denn sie sind es doch auch, die gegen eine gefährliche Gleichgültigkeit angehen, die um den Unterschied zwischen Akzeptanz und Toleranz wissen, die nicht auf die Algorithmen in den sozialen Medien reinfallen, die erkennen, welchen Stellenwert die Demokratie hat. Die bereit sind, für deren Erhalt einzustehen. Wissend, dass auch eine Demokratie sich verändern und anpassen muss – ohne ihre substanziellen Grundwerte einzubüßen.

Ich bin wirklich beeindruckt, mit welcher Klarheit diese jungen Menschen formulieren, welche Fragen sie (sich und uns) stellen. Sind doch richtige Fragen häufig weitaus wichtiger als Antworten! Wie bewusst sie über Sprache und ihren Missbrauch reden, wie sie geschichtlichen Kontext einordnen und den Alltag beobachten können. Wie ausgeprägt ihr Gerechtigkeitsinn ist.

Das alles macht Mut für die Zukunft. Und sie sind die Zukunft. Also haben sie auch das Recht, diese mitzugestalten. Und das bringt uns, „die Alten“, wieder ins Spiel: Bekennen auch wir uns uneingeschränkt „#FürDemokratie

GegenExtremismus“. Stellen wir uns an ihre Seite, nehmen wir sie ernst, lernen wir von ihnen (und umgekehrt)! Gehen wir sorgsamer, aufmerksamer und bewusster mit unserer Gegenwart und ihren großen Herausforderungen um – dann wird der Weg in die Zukunft für „die Jungen“ nicht so steinig sein.

Iris Berben



GRUSSWORT

Liebe Leserinnen und Leser!

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie lebt von Menschen, die sich für sie einsetzen – heute wie damals. Die 27 Schülerinnen und Schüler, die dieses Buch geschrieben haben, zeigen diesen Einsatz. Sie hinterfragen, sie erinnern, sie beziehen Stellung. Sie erklären uns, warum sie von den Werten der Demokratie überzeugt sind. Sie erzählen uns von Vorfahren, die in der NS-Zeit oder in der DDR für Freiheit und Gerechtigkeit eingetreten sind. Sie nehmen uns mit in ihre persönlichen Sichtweisen auf Gefahren durch politische Extreme und durch Desinformation gerade in sozialen Medien. Ihre Texte in diesem Buch machen deutlich, wie wertvoll und zugleich verletzlich unsere Demokratie ist.

Diese Auseinandersetzung zeigt: Demokratie ist mehr als ein politisches System. Sie ist eine Haltung, die auf Achtung der Menschenwürde, auf Meinungsfreiheit und auf Respekt vor der Vielfalt unserer Gesellschaft beruht. Unser Grundgesetz bildet das Fundament dieses Zusammenlebens. Vor ihm gibt es keine Neutralität. Wer unsere Demokratie angreift, wer ihre Werte aushöhlt oder relativiert, stellt sich gegen die Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens.

Gerade heute, in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen, ist es entscheidend, dass junge Menschen verstehen: Demokratie braucht Haltung. Die 27 Texte der Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Engels-Gymnasiums in Senftenberg machen uns allen Hoffnung, dass unsere Demokratie bei der nächsten Generation in guten Händen ist. Ich danke allen, die an diesem Buch mitgewirkt haben, für ihr Engagement. Ihre Arbeit zeigt: Demokratie lebt vom Mitmachen.

*Ihr Steffen Freiberg, Minister für Bildung, Jugend
und Sport des Landes Brandenburg*



„Meine Familie litt unter der Herrschaft der Nazis. Für mich, der gern in Deutschland lebt, ist es von großer Bedeutung zu vergeben, aber niemals zu vergessen“



Von WIKTOR BADURA, 17

Dies ist die Geschichte meiner Familie, die aus Schlesien in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei stammt. Bronislawa Czernik, meine Urgroßmutter, schwor nach dem Zweiten Weltkrieg, in ihrem ganzen Leben nie

wieder ein deutsches Wort in den Mund zu nehmen, geschweige denn Deutschland jemals wieder zu betreten. Dabei beherrschte sie die deutsche Sprache perfekt. Sie hatte Deutsch in der Schule und Familie in Wien. Doch nach dem jahrelangen Leiden unter den Nazis im Zweiten Weltkrieg und der Ermordung von Familienmitgliedern verabscheute sie alles, was mit Deutschland zu tun hatte, zutiefst.

Und nun lebe ich, ihr Urenkel, fast schon mein ganzes Leben lang in Deutschland. Einem Land, das für Demo-

kratie mit Werten wie Freiheit, Pluralismus, Gleichberechtigung und freie Meinungsäußerung steht. Die Wunden der Vergangenheit scheinen verheilt. Das heutige Deutschland hat kaum etwas mit dem Nazi-Deutschland meiner Urgroßmutter zu tun. Mein Wunsch ist es, dass das auch so bleibt.

September 1939. Franciszek Czernik, ein 28-jähriger polnischer Unteroffizier und Ehemann meiner Urgroßmutter, steht mitten im Kriegsgeschehen. Er kämpft in den Wäldern Schlesiens bei der Kavallerie. Urgroßvater Franciszek liebte Pferde. Sogar nach dem Krieg schwor er, dass Pferde das beste Fortbewegungsmittel sind. Autos verabscheute er. Dass er als Unteroffizier töten und seine Gefährten in den Tod schicken musste, war für ihn eine einzige Qual. Dennoch blieb er ein guter Mensch. Es gelang ihm sogar, Leben zu retten. Er zeigte Erbarmen gegenüber einem gefangenen deutschen Offizier, indem er befahl, ihn am Leben zu lassen. Später stellte sich das für ihn als Glücksfall heraus. Ende September 1939 wurde er von genau diesem deutschen Offizier gefangen genommen, der ihn nun seinerseits nicht töten ließ. Urgroßvater kam in das Gefangenenlager für Offiziere in Woldenberg, was ihm das Leben rettete und in dem er von Oktober 1939 bis Februar 1945 blieb. Im Gegensatz zu den Konzentrationslagern gab es für die Häftlinge in diesen Lagern, den sogenannten Oflags, ein Existenzminimum. Als die Rote Armee 1945 weiter in Richtung Westen vorrückte, musste Franciszek das Lager verlassen und sich mit den restlichen



Franciszek Czernik hoch zu Ross in der Kavallerieschule Grudziądz in Polen um 1933

Gefangenen zu Fuß auf einen langen, mühsamen Weg nach Braunschweig machen. Diese Art der Evakuierung wird heute als „Todesmarsch“ bezeichnet.

Der Weg nach Braunschweig stellte alle vor harte Bedingungen. Der Marsch war im Februar, es herrschten eisige Temperaturen. Viele der Gefangenen starben auf der 400 Kilometer langen Strecke. Für die Überlebenden kam hinzu, dass es kaum etwas zu essen gab. Deswegen brachen Franciszek und seine Gefährten in verlassene Häuser der deutschen Bevölkerung ein, um nach Nahrung zu suchen, denn viele Deutsche waren aus Angst vor der Roten Armee



Bronislawa und Franciszek Czernik im Sommer 1950 zu Besuch bei Freunden in Istebna, im Süden der Schlesischen Beskiden, einem Gebirgszug in Polen



Franciszek Czernik in der Uniform eines Zugunteroffiziers. Kurz vor seinem Tod 2003 wurde er zum Oberst ernannt

geflüchtet, die alles, was nicht niet- und nagelfest war, auf ihrem Weg nach Berlin plünderte. Wenn mein Urgroßvater und seine Leidensgenossen Nahrung in den verlassenen Häusern fanden, verschlangen viele von ihnen diese nach den langen Hungerperioden oft so schnell, dass ihre Mägen im wahrsten Sinne des Wortes platzten und Franciszek nicht selten dabei zusehen musste, wie seine Gefährten in Agonie starben. An einem besonders kalten Abend setzte er sich ans Lagerfeuer, um seine Füße aufzuwärmen. Er zog seine Schuhe aus, die nach einem Augenblick der Unachtsamkeit verschwunden waren. Und so blieb ihm keine andere Wahl, als seinen Schal in Stücke zu reißen und ihn um seine Füße zu wickeln, damit er die vielen Hundert Kilometer bis nach Braunschweig, die noch vor ihm lagen, zu Fuß bewältigen konnte. Als er nach einem Monat, im März 1945, in Braunschweig ankam, dauerte es nicht lange, bis die Amerikaner die Stadt im April befreiten. Von einem amerikanischen Soldaten bekam er eine Decke geschenkt, die bis heute im Besitz unserer Familie ist und unter der ich jedes Mal schlafe, wenn ich meine Großeltern in Polen besuche.

Noch vor Kriegsende kehrte Franciszek zurück nach Hause, nach Schlesien, wo er nach Kriegsende Schuldirektor eines Gymnasiums wurde. Doch der Kampf um ein freies und demokratisches Polen sollte noch längst nicht vorbei sein. Die Kommunisten übernahmen die Macht, und er wurde gezwungen, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beizutreten, und musste somit auch die Lügen,

die sie verbreiteten, dulden und mit ihnen zusammenarbeiten, um zu überleben. Als der Eiserne Vorhang 1989 fiel und Polen nach 50 Jahren – erst deutscher Besatzung und danach einer kommunistischen polnischen Regierung – wirklich ein freies und demokratisches Land wurde, wurden die heldenhaften Taten von Urgroßvater Franciszek gewürdigt. Im Jahr 1991 wurde ihm der „Virtuti Militari“, der höchste militärische Orden, verliehen, den man im polnischen Militär für außergewöhnliche Tapferkeit und Durchhaltevermögen bekommen kann. Die Kommunisten hatten das nicht für notwendig gehalten. Zu erwähnen ist noch, dass der Orden seit 1792 fortlaufend verliehen wird und somit der älteste Militärorden weltweit ist.

Wladislaw, der jüngere Bruder meiner Urgroßmutter Bronislawa, hatte nicht so viel Glück wie Franciszek, sein Schwager. Er überlebte den Krieg nicht. Wladislaw war 17, also so alt wie ich jetzt, als er starb. Geboren wurde er 1923 in der Tschechoslowakei in der Nähe der Stadt Cieszyn (Teschen). Er wuchs auf einem Bauernhof auf und besuchte eine deutschsprachige Grundschule, in der er fließend Deutsch sprechen und schreiben lernte. Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, engagierte er sich mit anderen 12- bis 17-jährigen Jungen und Mädchen in militanten Pfadfindergruppen, die im Untergrund lebende Partisanen unterstützten. Die Aufgabe von Wladislaw war es, die Berge und Wälder nach Feinden abzusuchen. An einem der Tage, an denen er dies tat, fanden er und seine Pfadfindergruppe einen deutschen Bunker mit Munition und Waffen – eine



Wladyslaw Teper, der Schwager von Franciszek, 1939 in Dolní Žukov nahe Cieszyn in Polen. Heute liegt der Ortsteil der Stadt Český Těšín in Tschechien

kostbare Information für die Partisanen. Leider wurde die Gruppe verraten, und Wladislaw musste sich wochenlang in Wäldern und in den Bergen verstecken. Als er nach einiger Zeit schwer krank wurde, kehrte er nach Hause zurück. Dies blieb nicht unbemerkt, und er wurde nach gerade einmal einer halben Stunde von der Gestapo verhaftet.

Sein zehn Jahre älterer Bruder Jerzy bekam in derselben Zeit ebenfalls Schwierigkeiten mit der deutschen Besatzung. Leider ist nicht bekannt, aus welchen Gründen. Auf jeden Fall wurden beide Brüder in das KZ Dachau verschleppt. Der Familie gelang es, Jerzy für eine hohe Geldsumme freizukaufen. Bei Wladislaw gelang das nicht. Er hätte, so warf man ihm vor, die Sicherheit und die Stabilität des Deutschen Reiches gefährdet und sollte dementsprechend bestraft werden. Nach mehreren Monaten Haft in Dachau wurde er in das KZ Sachsenhausen gebracht. Dort überlebte er nicht lange. Bei einem Fluchtversuch wurde er erschossen. Seine blutgetränkte Kleidung schickte man an seine ältere Schwester Bronislaw, meine Urgroßmutter. Beide Brüder haben eine große symbolische Bedeutung in unserer Familie. Beide litten unter der grausamen Herrschaft der Nazis. Beide kämpften für ein freies und demokratisches Polen, meine Heimat. Leider sind die Wunden der Vergangenheit in vielen polnischen Familien, die Ähnliches durchlebten, nicht geheilt. Es herrschen immer noch starke antideutsche Ressentiments und Feindbilder gegenüber den Deutschen. Zum Glück hat der Großteil meiner Familie dies bewältigt.

Ich lebe in Deutschland, und ich lebe gern hier. Für mich ist es von großer Bedeutung zu vergeben, aber niemals zu vergessen. Die Lebensgeschichten meiner Vorfahren erfüllen mich mit Bewunderung und mit Stolz. Alle waren bereit, ihr Leben zu geben, damit ihre Heimat Polen in Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung weiter existieren kann. Und so soll es auch in Deutschland bleiben. Die Demokratie muss auch hier erhalten und gestärkt werden. Sie muss weiterbestehen, damit jede Bürgerin, jeder Bürger in Freiheit leben kann.

„Früher sah ich die Demokratie als selbstverständlich an. Erst durch die AfD, die auf Hass und Spaltung in der Bevölkerung setzt, wurde mir klar, wie wichtig Demokratie für die Freiheit eines jeden ist“



Von OSKAR BLUM, 17

Wir leben in einer Demokratie. Laut Definition ist die Demokratie eine Staatsform, in der die Herrschaftsgewalt vom Volk ausgeübt wird. Demokratien zeichnen sich unter anderem durch Achtung der

Menschenrechte, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, ein Mehrheitssystem sowie freie und geheime Wahlen aus. Und diese Demokratie ist in Deutschland aktuell vermutlich so gefährdet wie nie zuvor. Der Grund dafür ist eine Partei, welche in der letzten Zeit eine deutlich gestiegene Zustimmung in der Bevölkerung verzeichnete und somit mehr Einfluss gewonnen hat. Das

konnte man bei der letzten Bundestagswahl überdeutlich erkennen. Die Partei, um die es sich handelt, ist die AfD. Sie stellt eine Gefahr für die Demokratie dar, dessen sind sich viele Wähler jedoch nicht oder nicht so ganz bewusst. Die AfD greift Institutionen wie Parlamente, Gerichte und Medien gezielt an, indem sie diese zum Beispiel als „Systemparteien“ oder „Lügenpresse“ betitelt. So behauptete Alice Weidel, die Medien seien das Sprachrohr der Regierungspartei. Mit dieser Aussage macht sie deutlich, dass sie die Medien für unglaublich hält, dass diese die Politik der etablierten Parteien unhinterfragt unterstützen und somit nicht objektiv berichten würden. Andere AfD-Politiker betiteln den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „Staatsfunk“ oder „Propagandaapparat“. Zudem verbreiten einige AfD-Mitglieder Verschwörungstheorien, wie zum Beispiel über eine angebliche „Umvolkung“. Diese Theorie behauptet, dass es einen absichtlichen und gezielten Austausch der deutschen Bevölkerung gibt, indem Migranten aus dem Ausland ins Land geholt werden. Das Ziel dahinter sei, die „deutsche Kultur“ und die „Volksidentität“ zu verdrängen. Der Begriff wird oft verwendet, um die Einwanderungspolitik in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen. Ein weiteres großes Problem ist, dass die AfD bewusst Ängste in der Bevölkerung schürt. Sie stellt Migration gern als Bedrohung dar und versucht, Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Statt Lösungen für Probleme zu finden, setzt sie auf Hass und Spaltung. Dadurch wird das gesellschaftliche Klima immer rauer, und die Menschen verlieren das Vertrauen in demokratische Institutionen. Außerdem unter-

gräbt die AfD die Grundwerte der Demokratie, indem sie zum Beispiel gegen Minderheiten hetzt oder die Gleichheit aller Menschen infrage stellt. Ihre Rhetorik erinnert oft an Zeiten, in denen Deutschland keine Demokratie war. Das sind gefährliche Tendenzen, die zeigen, dass diese Partei nicht auf demokratischen Prinzipien basiert, sondern sie gezielt schwächen will. Ein weiteres Beispiel für die Gefährlichkeit der AfD ist ihr Umgang mit der Geschichte. Viele ihrer Mitglieder und Anhänger verharmlosen die Verbrechen der NS-Zeit oder sprechen sogar davon, dass die deutsche Geschichte vergessen werden muss und man sich mehr auf das Heute konzentrieren müsse. Das bedeutet, dass sie weniger an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg erinnern, sondern die Geschichte nach ihrem Gusto darstellen. Das ist problematisch, denn aus der Vergangenheit zu lernen, ist wichtig, um Fehler nicht zu wiederholen.

Viele Bürgerinnen und Bürger unterschätzen die Gefahr, die von der AfD ausgeht. Manche wählen sie aus Protest gegen die etablierten Parteien, ohne genau zu hinterfragen, welche Werte und Ziele die AfD tatsächlich vertritt. Doch eine Stimme für die AfD ist keine harmlose Protestwahl – sie kann dazu beitragen, dass sich unser demokratisches System immer weiter verschlechtert. Deshalb ist es wichtig, sich genau zu informieren, demokratische Werte zu verteidigen und sich gegen Hetze und Spaltung zu stellen. Ein weiteres Problem ist die Verharmlosung rechter Gewalt durch die AfD. Immer wieder werden Angriffe auf Politiker, Jour-

nalisten oder Menschen mit Migrationshintergrund entweder heruntergespielt oder gar nicht erst verurteilt. Einige Mitglieder der AfD haben sogar Verbindungen zu rechts-extremen Gruppen oder treten auf Veranstaltungen mit bekannten Neonazis auf. Wie zum Beispiel Björn Höcke, der auf einer Veranstaltung die verbotene SA-Parole „Alles für Deutschland“ aussprach. Das zeigt, dass die Partei nicht einfach nur konservative Politik betreiben will, sondern in Teilen eine echte Gefahr für die Demokratie darstellt. Auch ihre Haltung zur Europäischen Union ist bedenklich. Die AfD fordert einen Austritt Deutschlands aus der EU („Dexit“) oder zumindest eine drastische Schwächung der europäischen Zusammenarbeit. Doch gerade in Zeiten globaler Krisen sind Zusammenarbeit und Zusammenhalt wichtiger denn je. Eine Schwächung der EU würde Deutschland nicht stärken, sondern das Land von den anderen Staaten isolieren. Statt echte Lösungen für wirtschaftliche oder soziale Probleme zu bieten, setzt die AfD auf einfache Antworten und Feindbilder. Das schadet nicht nur der Demokratie, sondern auch dem wirtschaftlichen und politischen Ansehen Deutschlands weltweit. Ein weiteres Beispiel für das fragwürdige Demokratieverständnis der AfD ist der Umgang mit Wissenschaft und Fakten. Immer wieder verbreiten AfD-Politiker Falschinformationen, sei es zur Klimakrise, zur Corona-Pandemie oder zur Migration. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert oder gezielt verdreht, um die eigenen politischen Ansichten zu schützen. Dadurch fördert die Partei Misstrauen gegenüber Experten und Institutionen und trägt zur Spaltung der Gesellschaft bei.



Trotz all dieser bedenklichen Entwicklungen erhält die AfD, wie gesagt, immer mehr Zustimmung. Das liegt unter anderem daran, dass viele Menschen das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren haben. Fehlentscheidungen in der Regierung, wirtschaftliche Unsicherheiten und gesellschaftliche Veränderungen führen dazu, dass sich manche Menschen von der Politik im Stich gelassen fühlen. Doch die Lösung kann nicht darin bestehen, eine Partei zu wählen, deren Repräsentanten die Demokratie vielfach selbst infrage stellen. Das bedeutet, sich gut zu informieren, kritisch zu hinterfragen und sich nicht von Hass und Hetze beeinflussen zu lassen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie muss immer wieder verteidigt werden. Wer eine gerechte, freie und friedliche Gesellschaft will, darf nicht zulassen, dass Parteien wie die AfD sie zerstören.

Ich bin froh darüber, in einer Demokratie aufzuwachsen. Für mich ist Demokratie nicht einfach nur

eine Staatsform, sie ist ein Versprechen für Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung. Mein Leben lang sah ich die Demokratie, in der wir leben, als selbstverständlich und „normal“ an. Heute weiß ich, dass sie etwas sehr Wertvolles ist und wir sie beschützen müssen. Und mir ist klar, dass es nicht selbstverständlich ist, in einer Demokratie zu leben. Deshalb ist es erschreckend zu erkennen, dass nicht einmal die Hälfte der Weltbevölkerung in demokratisch regierten Staaten lebt. Das ist zu wenig. Viel zu wenig. Demokratie gibt mir Freiheit. Die Freiheit, meine Meinung sagen zu dürfen, ohne Angst vor den Konsequenzen haben zu müssen. Die Freiheit, mein Leben so zu gestalten, wie ich es will, ohne darauf achtzugeben, was mir vorgeschrieben wird. Ich bin dankbar dafür, dass ich in einer Gesellschaft lebe, in der Herkunft und Religion keine besondere Rolle spielen, sondern die Tatsache zählt, dass man Mensch ist. Niemand muss sich fügen, niemand muss schweigen, und niemand muss ertragen, was ihm nicht gefällt. Jeder hat ein Recht darauf, mitzubestimmen, mitzuentcheiden und dadurch die Welt mitzugestalten. Aus diesem Grund ist es so wichtig, unsere Demokratie zu schützen.

„Für mich ist die im Grundgesetz enthaltene Ewigkeitsklausel am wichtigsten. Sie schützt die Demokratie und die Menschenrechte“

Von MAYA BÖNISCH, 17

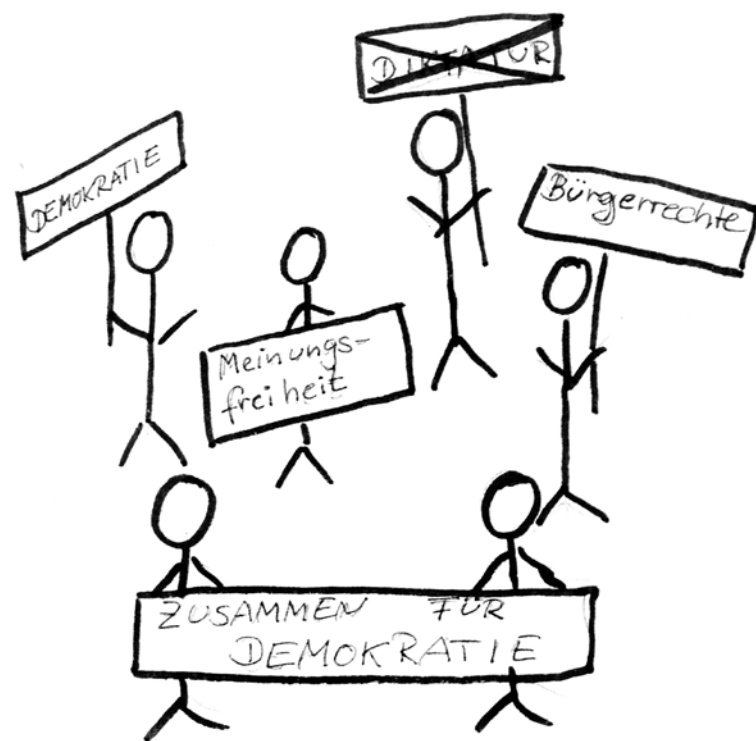
Nach Artikel 1 des Grundgesetzes ist die Würde des Menschen unantastbar. Doch das war nicht immer so. Vor über 75 Jahren, im Jahr 1949, wurde das deutsche Grundgesetz geschaffen. Die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland entstand jedoch bereits am 9. November 1918 mit der Ausrufung der Weimarer Republik, die 1933 durch die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler ihr Ende fand. Dazwischen lagen unruhige Zeiten, geprägt von immensen Existenzängsten. 1923 erschütterte die Hyperinflation die junge Republik. Der Staat war pleite, die Wirtschaft lag am Boden. Das Geld wurde immer weniger wert. Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation, als das Kilo Rindfleisch absurde 4,8 Billionen Mark kostete, wurde endlich die neue Währung, die



Rentenmark, eingeführt, durch die sich die wirtschaftliche Lage beruhigte. Das Glück der Menschen sollte jedoch nicht lange währen. Im Oktober 1929, nach dem New Yorker Börsencrash, überrollte die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland. In der Folge gab es unzählige Firmenzusammenbrüche, Bankenschließungen und Massenarbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg ab Herbst 1929 auf über sechs Millionen. Adolf Hitler nutzte die Gunst der Stunde. Nachdem er 1933 die Macht an sich gerissen hatte, verschaffte er den Menschen durch staatlich geförderte sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wieder Beschäftigung, die allerdings die Staatsverschuldung immer weiter anwachsen ließen und zudem mit schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen einhergingen. Trotzdem waren die meisten Bürgerinnen und Bürger dem Diktator so dankbar, dass sie blind seiner Wahnvorstellung folgten, Deutschland als Weltmacht zu etablieren. Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, in dem Millionen Menschen sterben sollten und der das Land in Schutt und Asche legte, war frei. Möglich machte das auch das sogenannte Ermächtigungsgesetz, das es Hitler erlaubte, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat und ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Damit war ein menschenverachtendes System geschaffen. Durch das Ermächtigungsgesetz und die sogenannte Reichstagsbrandverordnung wurden bedeutende Grundrechte außer Kraft gesetzt. So wurden das Versammlungsrecht und die Meinungs- und Pressefreiheit annulliert oder das Eindringen in die Privatsphäre ohne richterlichen Beschluss erlaubt. Die

bis dahin bestehende parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik wurde mit dem Ermächtigungsgesetz also de facto aufgelöst. Formell blieb deren Verfassung bis zum Mai 1945 jedoch bestehen.

Das größte Unheil aber war Hitlers Judenhass. Für ihn waren Juden nicht nur eine Bedrohung, eine minderwertige



Zeichnung: Maya Bönnisch

ge „Rasse“, sondern auch die Schuldigen an vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Misere. Juden galten damals als gut betuchte Menschen. Sie waren erfolgreiche Kaufleute, anerkannte Ärzte oder bedeutende Künstler. Die nicht jüdischen Deutschen dagegen litten nach wie vor oft unter Arbeitslosigkeit, verdingten sich als Tagelöhner oder arbeiteten für wenig Geld in Fabriken. Diese weitverbreiteten Klischees benutzte Hitler für seine Zwecke, um zusammen mit seiner Partei, der NSDAP, an die Macht zu kommen, den Hass gegenüber Juden weiter zu steigern und der Demokratie endgültig den Todesstoß zu versetzen.

Vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Herrschaft der Nazis war es für die Menschen also nicht nur wichtig, es war auch dringend notwendig, dass ihnen eine neue Gesetzgebung ihre Würde und ihre Rechte zurückgab. Am 23. Mai 1949 war es so weit. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ihre Verfassung, wurde unterzeichnet. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer sagte in seiner Rede: „Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes: Heute wird die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewusst erlebt hat, der denkt bewegten Herzens daran, dass heute das neue Deutschland entsteht.“

Für mich ist die im Grundgesetz enthaltene Ewigkeitsklausel am wichtigsten. Sie schützt die Menschenrechte und die Demokratie. Deshalb ist es schlimm zu sehen, wie

sich die deutsche Geschichte zwar langsam, aber Schritt für Schritt wiederholt. Nach den Worten der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer hat der Nationalsozialismus genau so angefangen. Millionen unschuldiger Menschen, welche der „arischen“ Idealvorstellung Hitlers nicht entsprachen, wurden gehasst, verspottet, ausgegrenzt, gequält oder sogar vernichtet. Dieser Hass auf unschuldige Menschen spiegelt sich heute in den extremistischen Parteien wider – egal, ob linksextrem oder rechtsextrem. Sollte eine populistische Partei an die Macht kommen, könnte es im schlimmsten Fall wie nach Hitlers Machtergreifung werden. Das macht mir Angst. Auch weil ich überall und immer wieder höre, dass die Leute eine radikale Partei wählen. Nicht nur in meinem weiteren Umfeld, sogar in meinem Bekanntenkreis.

Aber wieso wenden sich immer mehr Menschen von der Demokratie ab oder nutzen ihr Wahlrecht nicht? Die Ursache dafür ist zum Beispiel die Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen zu hoher Steuergelder, die ihrer Meinung nach für Projekte im Ausland ausgegeben werden. Außerdem ist man unzufrieden mit der Rentenbesteuerung und der Inflation. Hinzu kommt, dass viele Menschen sich von den etablierten Parteien der Mitte nicht verstanden fühlen, weil diese ihrer Meinung nach ihre Interessen nur schlecht oder gar nicht vertreten. Diejenigen, die sich nicht nach rechts orientiert haben, suchen nach einer eher humanen Partei. Das beste Beispiel ist hier die neu gegründete Partei BSW, welche bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen,

Brandenburg und Thüringen zwischen 12 und 16 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

Was mich noch erschreckt, ist, dass es in vielen Staaten auf der Welt immer noch Diktaturen und Autokratien gibt. Laut dem Demokratieindex der britischen Zeitschrift „The Economist“ lebten 2023 rund 45 Prozent der Weltbevölkerung in Demokratien, welche sich nochmals unterteilen. In einer vollständigen Demokratie westlichen Typs, wie in Deutschland, lebten nur 7,8 Prozent der Weltbevölkerung. Das entspricht 631 Millionen Menschen. 631 Millionen von 8,09 Milliarden Menschen weltweit. Das muss man sich mal vorstellen!

Für mich bedeutet Demokratie nicht nur, dass die Macht vom Volke ausgeht. Für mich bedeutet Demokratie auch, dass man seine Meinung frei äußern darf und vertreten kann. Ich wünsche mir für mein Heimatland, dass wir in einer friedlichen, meinungsfreien Gesellschaft weiter in Frieden zusammenleben können. Jede einzelne Bürgerin, jeder einzelne Bürger des Staates soll ein menschenwürdiges, sorgenfreies, selbstbestimmtes Leben in der Bundesrepublik Deutschland führen dürfen. Dafür sollten wir uns unermüdlich einsetzen.

„Ich blickte aus dem Fenster eines Zuges und sah eine Gruppe von Männern jungen Alters, die alle den Hitlergruß zeigten. Das regte mich zum Überlegen an“

Von HANS DALICHAU, 18

Nicht selten kommt es vor, wenn ich mit dem Zug durch das Land fahre, dass ich Meinungen aus extremen politischen Richtungen mitbekomme. Dies alles spitzte sich zu, als ich aus dem Fenster eines Zuges blickte und eine Gruppe von Männern jungen Alters sah, die alle den Hitlergruß zeigten. Sie sahen dabei sehr überzeugend aus. Dies regte mich zum Überlegen an. Wie kommt es dazu, dass man so überzeugt von etwas streng Verbotenem ist, dass man es so offen und so selbstverständlich zeigt? Ich konnte diese Aktion nur schwer nachvollziehen, aber irgendwas muss diese Menschen ja angeregt haben, sich öffentlich so zu präsentieren. Klar, dachte ich mir. Die Menschen heute sind unzufrieden, viele haben



keinen Job, kaum Geld, lehnen die deutsche Migrationspolitik ab oder sind enttäuscht von der Demokratie und der Politik der Mitte.

In der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg gab es eine ähnliche Stimmung wie heute. Die Menschen wurden immer unzufriedener. Die Unzufriedenheit damals war eine Folge von politischen und wirtschaftlichen Schwächen. Aufgrund der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise und dem damit verbundenen Zusammenbruch der Wirtschaft verlor die Demokratie an Zuspruch. Aus diesen Gründen gelang es dann auch Hitler und seiner NSDAP, die Macht in Deutschland zu übernehmen und die Demokratie auszuhebeln. In der Folge wurde alles noch schlimmer. Der Zweite Weltkrieg stieß Deutschland in den Abgrund, Millionen Menschen verloren ihre Heimat, ihr Hab und Gut, starben auf den Schlachtfeldern oder in den Konzentrationslagern. Erst der Sieg der Alliierten machte den Weg frei für die nächste Demokratie in Deutschland. Doch das braune Gedankengut ist in den Köpfen vieler Menschen bis zur Stunde fest verankert.

Heute ist es der Populismus, der sowohl in links- als auch in rechtsextremistischen „Lagern“ benutzt wird. Er war schon in der Antike populär, um das „einfache Volk“ gegen die „korrupte Elite“ aufzuhetzen. Diese Art der Meinungsverbreitung ist auch deshalb so beliebt wie effektiv, weil die politischen Meinungen der jeweiligen Partei so vereinfacht werden, dass sie jeder versteht. So kann sich zum Beispiel Hetze leicht und gelegentlich auch unterbewusst in den

Köpfen des einen oder anderen Menschen festsetzen. Ab diesem Punkt ist es dann oft sehr schwer beziehungsweise unmöglich, das links- oder rechtsradikale Gedankengut aus den Köpfen wieder zu entfernen. Hinzu kommt, dass durch das Nutzen der sozialen Medien das rechts- oder linksradikale Gedankengut extrem leicht verbreitet wird. Jeder, der Social-Media-Plattformen nutzt, kann darauf zugreifen und Fake News mit wenigen Klicks einer anderen Person senden. Dieses gefährliche Gedankengut wird aber nicht nur dadurch verbreitet. Einige Menschen werden auch von engen Bezugspersonen, wie Familie, Freunden oder Verwandten, mit rechtem oder linkem Gedankengut infiziert.

Blicken wir noch mal zurück auf die Zeit des Nationalsozialismus. Der unaufhaltsame Aufstieg der NSDAP war, wie bereits erwähnt, aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs während der Weimarer Republik, sprich der Hyperinflation von 1923 und der Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 begann und das Land bis 1933 in Atem hielt, möglich. Die Menschen verloren ihre Jobs, ihr Vermögen, einfach alles. Daraus entstanden Verzweiflung, Frust oder sogar Hass auf die Demokratie und ihre Politiker – etwas, das heute in Ansätzen wieder erkennbar ist. Hitler und seine NSDAP stellten damals für viele Menschen die Rettung dar. Sie vertrauten Hitler blind ihre Zukunft an in der Hoffnung, dass alles wieder gut wird. Die Folgen waren verheerend, wie man weiß. Es entstand eine Diktatur, der Zweite Weltkrieg begann, und der national-



Vom Wind zerzaust: Reichsflagge über den Dächern von Senftenberg

sozialistische Völkermord, der Holocaust, der über sechs Millionen Juden das Leben kostete, nahm seinen Anfang. Ich glaube, viele Menschen verstehen und begreifen bis heute nicht, was in dieser Zeit alles geschehen ist und dass das Volk nicht nur kein Mitspracherecht hatte, es wurde manipuliert und unterdrückt.

Kaum fahre ich wieder mit dem Zug durch Brandenburg, sehe ich Flaggen mit einer extremen politischen Meinung. Flaggen aus der Zeit des Kaiserreichs und des Deutschen Reichs, die nicht explizit verboten sind und des-

wegen von Rechtsextremen gern als Ausweichsymbole genutzt werden, um ihre Gesinnung zu demonstrieren. Mit hakenkreuzähnlichen Symbolen zum Beispiel, Kriegsflaggen, die auf eine rechtsextreme Gesinnung hindeuten, oder der „arischen Faust“. Die Fahnen wehen im Wind in Kleingartenanlagen oder sind an einer Wand befestigt. Dies zu sehen gibt mir zu denken. Warum hängt man sie auf? Aus Überzeugung? Aus Dummheit? Aus Unwissenheit? Aus Ignoranz? Aus Protest? Dieselben Zeichen wie auf den Flaggen begegnen mir auch in vielen Städten, in denen ich unterwegs bin. Ich sehe sie an Hauswänden, an Verkehrsschildern, aufgesprüht auf dem Bürgersteig. Ob diejenigen, die sie dort verewigt haben, die Demokratie nicht mögen oder nur allgemein unzufrieden sind oder nicht wissen, was sie tun, frage ich mich dabei. Ich denke, es ist eine Mischung aus allem. Aus Überzeugungstätern, aus Mitläufern, aus Ahnungslosen und aus denjenigen, die nichts aus dem dunkelsten Kapitel Deutschlands lernen wollen: dem Dritten Reich und dem Holocaust.

Ich bin anders. Ich bin das komplette Gegenteil. Man sollte aus der Geschichte lernen, damit man nie wieder Zeiten erleben muss, die menschenfeindlich und menschenverachtend sind. Doch genau das erlebe ich gerade. Der Rechtsruck in Deutschland verstärkt sich immer mehr. Die zum Teil rechtsradikalen, oft auch antisemitischen Äußerungen der Politiker dort machen mir Sorgen. Dagegen müssen wir etwas tun. Das darf nicht sein. Ich war in einigen Konzentrationslagern. Gedenkstätten wie Auschwitz-

Birkenau rauben einem den Atem. Genau deshalb verstehe auch ich nicht, warum Menschen sagen, man solle die Geschichte ruhen lassen. Doch wenn man sich nicht an sie erinnert, dann bewegen wir uns mehr und mehr rückwärts – hin zu einer Politik, die in Wahrheit wenig oder nichts mit Demokratie zu tun hat.

Leider werde nicht ich allein die Unwissenheit vieler Menschen ändern können und muss sehr wahrscheinlich auch weiterhin die Flaggen mit den hakenkreuzähnlichen Symbolen und der geballten „arischen Faust“ auf meinen Zugfahrten ertragen. Die Hoffnung gebe ich deswegen aber nicht auf. Auf gar keinen Fall. Denn es liegt an uns, an meiner Generation und hoffentlich auch an den Generationen, die nach uns kommen, die Demokratie zu verteidigen, sich für sie starkzumachen, indem wir uns gegen den Rechts- und Linksextremismus zur Wehr setzen. Wir müssen aufstehen und laut und mit Nachdruck sagen, wie wichtig die Demokratie ist. Für jeden Einzelnen von uns. Denn nur durch sie können wir alle in Freiheit leben. Übrigens: Die Demokratie gibt jedem von uns auch das Recht zu demonstrieren. Also das Recht, öffentlich seine Meinung laut und deutlich zu äußern. Das sollten sich vor allem diejenigen auf die Fahne schreiben, die für Rechts- oder Linksextremismus oder, noch schlimmer, für braunes Gedankengut auf die Straße gehen.

„Gleichberechtigung ist auch in einer Demokratie oft nicht selbstverständlich. Sie ist ein Prozess, der immer wieder neu erkämpft werden muss“

Von JULIA EMMA DEWITZ, 18

In Deutschland haben Frauen heute Rechte und Freiheiten, für die frühere Generationen lange kämpfen mussten. Sie dürfen wählen, studieren, arbeiten und ein selbstbestimmtes Leben führen. Auf den ersten Blick



scheint es, als sei die Gleichberechtigung erreicht. Doch wenn wir genauer hinschauen, gibt es immer noch Herausforderungen wie den Gender Pay Gap oder die geringe Anzahl von Frauen in Führungspositionen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass Frauen in vielen Teilen der Welt weiterhin massiv unterdrückt werden. Ein besonders drastisches Beispiel ist Afghanistan, wo Frauen nach der Machtübernahme der Taliban fast vollständig aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen sind. Während wir im demokratischen Deutschland über gleiche Karrierechancen und gleiche Bezahlung diskutieren, kämpfen Frauen in Af-

ghanistan um das Grundlegendste: das Recht auf Bildung, Freiheit und Selbstbestimmung.

Seit der erneuten Machtübernahme der Taliban im August 2021 hat sich die Situation dort dramatisch verschlechtert. Frauen dürfen keine weiterführenden Schulen oder Universitäten besuchen – Afghanistan ist das einzige Land der Welt, in dem Mädchen die höhere Bildung systematisch verweigert wird. Auch das öffentliche Leben ist für Frauen stark eingeschränkt: Sie dürfen nicht allein reisen, müssen sich strengen Kleidervorschriften unterwerfen und sind aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Die Taliban haben Frauen nicht nur aus öffentlichen Parks, Fitness-Studios und Universitäten verbannt, sondern ihnen auch verboten, für Nichtregierungsorganisationen oder die UN zu arbeiten. Damit nehmen sie ihnen jede wirtschaftliche Unabhängigkeit und machen sie vollständig abhängig von männlichen Verwandten oder Ehemännern. Frauen, die sich widersetzen, riskieren sehr schwere Strafen. Das zeigt, wie fragil Frauenrechte sind, wenn eine Gesellschaft ihre Errungenschaften nicht schützt.

Im Vergleich dazu haben wir Frauen in Deutschland viele Freiheiten. Dennoch gibt es auch hier immer noch strukturelle Ungleichheiten. Ein zentrales Problem ist die ungleiche Bezahlung. Laut aktuellen Statistiken beträgt der Gender Pay Gap in Deutschland 16 Prozent: Frauen verdienen also im Durchschnitt mehr als ein Sechstel weniger als Männer – und das im 21. Jahrhundert! Besonders



Protest von AfD-Gegnern auf einem Berliner Stromkasten

betroffen sind Frauen in sozialen und kreativen Berufen sowie in Teilzeitbeschäftigungen, die oft schlechter vergütet werden. Und auch in der Wirtschaft zeigt sich das Ungleichgewicht: Obwohl Frauen fast die Hälfte der Erwerbstätigen stellen, sind sie in Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Laut neuesten Zahlen liegt der Anteil von Frauen in Vorständen von Unternehmen der Dax-Familie bei nicht einmal 20 Prozent. Das zeigt doch, dass formale Gleichberechtigung nicht automatisch zu echter Chancengleichheit führt. Trotz dieser Unterschiede sollten wir uns bewusst machen, dass wir Frauen in Deutschland viele Privilegien genießen können, die Frauen in anderen Teilen der Welt verwehrt bleiben.

Wie zum Beispiel das Recht auf Selbstbestimmung. Wir haben das Glück, in einer Demokratie zu leben, in der (wir)

Frauen studieren, arbeiten und ihre eigenen Entscheidungen treffen können. Doch diese Rechte sind nicht selbstverständlich – sie mussten über Jahrzehnte hart erkämpft und müssen auch weiterhin verteidigt werden. Ginge es nach den Wünschen der AfD, würden sich Frauen wieder vermehrt der Kindererziehung widmen. Die Partei kritisiert in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 eine angebliche „Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“. Was damit gemeint sein könnte, verdeutlichte der AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krah in einem Beitrag auf X: „Feminismus heute ist Krebs ... Er vernichtet die Weiblichkeit, zerstört junge Menschen und verhindert Kinder.“ Auch solche Aussagen zeigen, dass Gleichberechtigung in der Demokratie nicht selbstverständlich ist. Auch nicht heute, denn es ist ein Prozess, und sie muss immer wieder neu erkämpft werden.

Die Situation in Ländern wie Afghanistan erinnert uns daran, wie wichtig es ist, Frauenrechte nicht als selbstverständlich anzusehen. Es ist unsere Verantwortung und unsere Pflicht – egal, ob Alt oder Jung – weiterhin für Gleichberechtigung zu kämpfen. Nicht nur hier, sondern weltweit. Denn echte Gleichstellung bedeutet nicht nur gleiche Rechte auf dem Papier, sondern gleiche Chancen für alle, unabhängig vom Geschlecht. Dafür, dass meine Generation und die nächsten Generationen diese Privilegien weiterhin haben können, dafür kämpfe ich, dafür stehe ich ein.

ANTISEMITISMUS

„Gerade in Deutschland, wo Freiheit und Meinungsvielfalt nicht immer selbstverständlich waren, tragen wir die Verantwortung, laut und entschlossen gegen jede Form von Extremismus einzutreten“

Von LILLI EXNER, 18

Antisemitismus. Ein Begriff, der für das Dunkle, das Böse steht. Antisemitismus ist nicht nur eine Erinnerung in den Geschichtsbüchern an ein tief-schwarzes Kapitel deutscher Vergangenheit, ein Relikt aus dem Dritten Reich, das mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verschwand. Antisemitismus ist Realität. Antisemitismus ist nach wie vor allgegenwärtig. Er zeigt sich in hasserfüllten Worten auf der Straße oder in den sozialen Medien. Dabei hat uns die Geschichte doch gelehrt, wohin dieser Zorn, die Abneigung gegen Jüdinnen und Juden führen kann – aber haben wir wirklich etwas daraus gelernt?



Über sechs Millionen jüdische Männer, Frauen und Kinder kamen in den Konzentrationslagern der Nazis ums Leben. Sie wurden deportiert, gefoltert, erschossen, vergast – nur aufgrund ihres Glaubens und ihrer jüdischen Abstammung. Das darf nie wieder geschehen! Nie wieder sollte Feindseligkeit zu solcher Unmenschlichkeit führen. Nie wieder sollten Menschen wegen ihrer Religion oder Herkunft systematisch verfolgt werden. Doch auch heute, in dem Land, wo ihnen einst versprochen wurde: „Nie wieder“, gibt es immer mehr Momente, in denen sich Gewalt und Vorurteile gegenüber der jüdischen Bevölkerung deutlich zeigen. Manchmal ist es eine subtile, in Halbsätzen versteckte Bemerkung, manchmal ein abwertender Blick oder ein vermeintli-



Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Ankunft ungarischer Jüdinnen und Juden im Mai 1944

cher „Witz“. Das zeigt uns, dass Antisemitismus immer noch eine viel zu große Präsenz besitzt, die man hinterfragen sollte. Wie kann es sein, dass jüdische Menschen 80 Jahre nach dem Holocaust noch immer Angst haben, sich offen zu ihrer Identität zu bekennen? Wie kann es sein, dass jüdische Kinder in deutschen Schulen ihre Herkunft verschweigen, weil sie sonst beleidigt oder ausgegrenzt werden? Jüdische Bürger überlegen sich sorgfältig, ob sie in der Öffentlichkeit eine Kette mit einem Davidstern tragen – aus Bedenken, schief angesehen, beschimpft oder körperlich angegriffen zu werden. Diese Entwicklung ist der klare Beweis dafür, dass der Antisemitismus kein Phänomen der Gegenwart ist, sondern tief in der Geschichte verankert und, wie gesagt, bis heute präsent ist.

Im Laufe der Geschichte hat der Antisemitismus viele Formen angenommen, darunter der Post-Holocaust-Antisemitismus. Nach 1945 wandelte sich der Judenhass. Die Holocaust-Leugnung, die Holocaust-Relativierung wurden zu zentralen Aspekten, ebenso die Schuldumkehr, durch die jüdische Menschen für ihre eigene Verfolgung verantwortlich gemacht werden. Zudem wird behauptet, die Erinnerung an den Holocaust sei übertrieben oder werde politisch instrumentalisiert. Genau solche Feindbilder zeigen, dass die Geschichte nicht genügend aufgearbeitet und Wissenslücken nicht geschlossen worden sind. Jüdinnen und Juden leben seit Jahrhunderten in Europa, und ebenso lange werden sie diskriminiert. Antisemitismus

ist also keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Bereits im Mittelalter wurde die jüdische Bevölkerung ausgegrenzt und beispielsweise für Seuchen verantwortlich gemacht. Auch in der Weimarer Republik blieb der Antisemitismus virulent, geschürt durch rechtsextreme Parteien wie die NSDAP. Diese Hetze führte nach der Machtergreifung Hitlers 1933 zu Pogromen, zu Vertreibung, zu Entrechtung und zu einer der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte: dem Holocaust.

Doch der Holocaust war nicht nur ein grauenhaftes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte, sondern der Höhepunkt jahrhundertelanger Verfolgung und Unterdrückung des jüdischen Volkes. Die Konzentrationslager, die während des Nationalsozialismus errichtet wurden, sind heute Mahnmale. In Auschwitz-Birkenau wurden über eine Million Menschen ermordet, darunter überwiegend Jüdinnen und Juden. Die grauenvollen Szenen in den Lagern – endlose Reihen von Baracken, rauchende Krematorien-Schlote und Züge, die unaufhörlich neue Opfer brachten – stehen bis heute für unfassbares Leid, das Millionen von Menschen widerfuhr. Der Besuch solcher Gedenkstätten vermittelt nicht nur Kenntnis über den Holocaust, er unterstreicht auch die heutige Relevanz des Themas und weist somit darauf hin, dass antisemitische Tendenzen erneut an Bedeutung gewinnen.

Woran liegt das? Für mich ist es der Mangel an Bildung, an Wissen und das Verdrängen der Geschichte. All das



Zeichnung: Lilli Exner

begünstigt weiterhin antisemitische Denkmuster, die bis heute bei vielen Menschen vertreten sind. Erschreckend für mich ist auch: Der Antisemitismus heute beschränkt sich nicht nur auf Worte. Neben verbalem Zorn kommt es immer wieder zu gezielten Gewalttaten, wie Übergriffen auf jüdische Mitmenschen oder Vandalismus gegen jüdische Einrichtungen. In Deutschland müssen daher oftmals Begegnungsstätten der jüdischen Bevölkerung von der Polizei geschützt werden. Doch auch die Beamten können nicht verhindern, dass Davidsterne an Häuser gesprüht

und Menschen mit Kippa bespuckt werden oder jüdische Familien Morddrohungen erhalten. Im vergangenen Jahr gab es über 5000 registrierte antisemitische Straftaten. In Sachsen-Anhalt wurden Hakenkreuze an eine ehemalige Synagoge geschmiert, in Kiel tauchten Morddrohungen gegen jüdische Menschen auf, und in Berlin fragte ein Schüler seinen jüdischen Mitschüler nach seiner KZ-Häftlingsnummer. Antisemitismus existiert jedoch nicht nur in rechtsextremen Kreisen, er taucht genauso in anderen gesellschaftlichen Milieus auf. In Berlin wurde beispielsweise ein jüdischer Student von einem propalästinensischen Kommilitonen zusammengeschlagen und zwei Kippa-tragende Israelis von einem Flüchtling aus Syrien mit einem Gürtel attackiert. Hier scheint sich die Wut über einen schrecklichen Krieg in einem anderen Teil der Welt, der schon so viele Opfer auf beiden Seiten forderte, zu blindem Hass auf jeden Juden, jede Jüdin entwickelt zu haben.

Ein großes Problem ist auch die Gleichgültigkeit vieler Menschen gegenüber antisemitischen Vorfällen. Wer nicht selbst betroffen ist, nimmt das Problem oft nicht wahr oder hält es für übertrieben. Wenn Antisemitismus jedoch als Randproblem abgetan wird, können sich die oben genannten Vorfälle weiter ungehindert ausbreiten. Wäre es deshalb nicht angebracht, diese Einstellung im Sinne des Respekts zu überdenken? Jeder antisemitische Angriff, physisch oder verbal, ist ein Angriff auf Werte wie Respekt, Menschenwürde und Mitmenschlichkeit. Werte, die man wahren sollte. Doch leider ist das oft nicht so. In der heu-

tigen Gesellschaft, in einer Welt, in der immer mehr Menschen in Extreme abdriften, wird der respektvolle Austausch von unterschiedlichen Meinungen mehr und mehr zur Seltenheit. Von daher blühen Vorurteile und wachsen Missverständnisse.

Die Geschichte zeigt darüber hinaus, dass Antisemitismus niemals von allein verschwindet. Wer die Vergangenheit nicht als Warnung anerkennt, läuft Gefahr, in alten Denkmustern gefangen zu bleiben. Und das muss unterbunden werden. Nicht nur durch Gesetze, sondern vor allem durch Bildung und Aufklärung. Daher ist es essenziell, sich mit diesem Teil deutscher Historie zu befassen und sich mit ihm und seinen Ursachen auseinanderzusetzen. Nur so können wir verhindern, dass sich Antisemitismus weiter ausbreitet. Denn nur wenn antisemitische Strukturen erkannt und benannt werden, kann vermieden werden, dass alte Feindbilder erneut an Einfluss gewinnen. Vielleicht liegt die wahre Herausforderung ja nicht nur in der Bekämpfung des Antisemitismus, sondern in der Bereitschaft, eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte Deutschlands anzuerkennen und ernsthaft Lehren daraus zu ziehen. Niemand sollte wegen seiner Herkunft, seiner Religion oder seiner politischen Überzeugung verfolgt, ausgegrenzt oder verurteilt werden. Gerade in einem Land wie Deutschland, in dessen Vorgeschichte Freiheit und Meinungsvielfalt nicht immer selbstverständlich waren, tragen wir die Verantwortung, laut und entschlossen gegen jede Form von Extremismus einzutreten.

„Mittlerweile kann fast jeder mit einfachen Tools täuschend echte Deep Fakes erstellen. Das macht mir Sorgen. Dadurch werden die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet“



Von LEO FRANZ, 17

Am 9. Januar 2025 checkte ich die sozialen Medien und bin geschockt. Ich lese eine Aussage von Alice Weidel, die während eines Livestreams auf X gefallen ist: „Der größte Erfolg

nach der schrecklichen Zeit in unserer Geschichte war, Adolf Hitler als rechts und konservativ zu bezeichnen. Hitler war kein Konservativer. Er war ein Kommunist. Ein Sozialist.“ Sofort verbreitet sich die Aussage rasend schnell im Netz. Tausende Menschen lesen sie innerhalb von Minuten – einige von ihnen hinterfragen diese Aussage nicht und verbreiten sie unkritisch weiter – egal, ob dieser Satz tatsächlich so gesagt wurde oder ob es sich um eine bewusste Falschmeldung handelt.

Fake News gelangen nicht zufällig in die sozialen Medien. Sie werden gezielt gestreut und durch Portale wie TikTok, X oder Facebook in die Welt geschickt. Diese Plattformen nutzen moderne Algorithmen, die den Nutzerinnen und Nutzern vor allem Inhalte zeigen, die ihrem Interesse entsprechen. Das bedeutet, dass Anhängerinnen und Anhänger einer bestimmten Partei sich eher die Meldungen ansehen, die ihre Überzeugungen bestätigen – unabhängig davon, ob sie wahr sind oder nicht. Ich merke das selbst immer wieder. Mein Feed zeigt mir kaum politische Fake News, während ich bei Bekannten oft sehe, wie sie ungeprüfte falsche Behauptungen anschauen. Es ist erschreckend, wie unterschiedlich unsere Informationswelten sind, obwohl wir dieselben Plattformen nutzen. Im Beispiel von Alice Weidel verbreiten sich Zitate besonders gern in politisch interessierten Kreisen. Menschen, die der AfD nahestehen, erhalten eher Inhalte, die ihre rechte Sichtweise bekräftigen, während Nicht-AfD-Wähler eher kritische Inhalte zu deren Aussagen angezeigt bekommen. Dieses Phänomen, bekannt als Filterblase, sorgt dafür, dass Menschen verstärkt mit denselben Meinungen konfrontiert werden, was es schwer macht, Fehlinformationen zu erkennen. Außerdem erschwert es den Nutzerinnen und Nutzern, ihren Horizont zu erweitern und sich auch die Inhalte anderer Parteien anzuschauen.

Ein weiteres Problem sind die Betreiber der Plattformen selbst. Elon Musk, Eigentümer von X (ehemals Twitter), und Mark Zuckerberg, Gründer von Facebook und CEO

der Muttergesellschaft Meta, haben in den letzten Jahren ihre Moderationsrichtlinien verändert. Musk hat nach der Übernahme von X die Kontrolle über Inhalte deutlich gelockert, sodass weniger Beiträge auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Man kann aufgrund der Argumente von Elon Musk schnell nachvollziehen, warum er solche Änderungen bei X vorgenommen hat: Die Anzahl der Fake News auf seiner Plattform konnte sich erhöhen. Aber nicht nur die Nutzerinnen und Nutzer, sondern auch Elon Musk selbst verbreitet Falschinformationen. Zusätzlich verstärkt wird die zunehmende Verbreitung von Fake News durch die rasante Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI). Besonders gefährlich sind hier die Deep Fakes. Realistisch wirkende Videos, die durch KI generiert wurden und Personen täuschend echte Dinge sagen oder tun lassen, die sie in Wahrheit nie gesagt oder getan haben. Ein Beispiel für die problematische Verbreitung von Falschinformationen ist ein Post von Elon Musk. Am 27. Juli 2024 teilte er selbst ein von künstlicher Intelligenz erstelltes Video, das die damalige US-Vizepräsidentin Kamala Harris bei einer Rede zeigte und sie Sätze sprechen ließ, die sie nie gesagt hatte. Das Video war gefälscht. Obwohl das Deep-Fake-Video schnell als Manipulation entlarvt wurde, hatte es allein durch Musk bereits über 130 Millionen Menschen erreicht. Ich und viele andere Nutzerinnen und Nutzer waren verunsichert, weil wir nicht sofort erkennen konnten, ob das Video echt oder ein Fake war. Neben X sind auch TikTok und YouTube Plattformen, auf denen solche manipulierten Inhalte oft viral gehen. Als positiven Punkt will ich an



Zeichnung: Florian Staff für Leo Franz

dieser Stelle erwähnen, dass solche Videos vor allem auf YouTube und TikTok gelöscht werden. Auch wenn dies oft viel zu spät geschieht, nachdem sie bereits Tausende oder sogar Millionen Menschen erreichen konnten. Für mich galt bis zu dem manipulierten Video von Kamala Harris, dass ein Video immer ein handfester Beweis für eine wahre Aussage, ein wahres Vorgehen ist, doch durch solche Fakes

zweifle ich das immer mehr an. Der Grund dafür ist, dass diese Technologien immer besser und leichter zugänglicher werden. Mittlerweile kann fast jeder mit einfachen Tools täuschend echte Deep Fakes erstellen. Das bedeutet, dass schon jetzt nicht nur einzelne Fake-News-Verbreiter oder politische Akteure diese Werkzeuge einsetzen, sondern auch normale Nutzerinnen oder Nutzer ohne viel technisches Wissen. Klar ist, dass dabei KI-Technologien immer mehr missbraucht werden und nicht nur für ihren ursprünglichen Zweck benutzt werden, wie zum Beispiel als Unterstützung für Hausaufgaben oder zur Weiterbildung. Durch die ständige Konfrontation mit Fake News, sei es durch manipulierte Videos oder inhaltlich falsche Zitate, verlieren viele Menschen somit zunehmend das Vertrauen in etablierte Medien. Das finde ich schade. Denn wenn KI-generierte Inhalte immer realistischer werden und selbst Deep Fakes kaum mehr von echten Aufnahmen zu unterscheiden sind, stellt sich mir die Frage: Was ist überhaupt noch wahr? Deshalb hat sich auch mein Verhalten in Bezug auf X verändert. Durch die Lockerung der Moderation halte ich mich immer weniger auf dieser Plattform auf und nutze sie nur noch gelegentlich.

Wie bereits erwähnt, verstärkt der Algorithmus die Spaltung von vorhandenen Meinungen und Interessen der jeweiligen Nutzer online stark. Das bemerke ich, wenn ich gelegentlich ein Video, das pro AfD ist, sehe und mir die Kommentarsektion dazu anschau. Dort finde ich kaum kontroverse Diskussionen, stattdessen lese ich hauptsächlich Kommentare, welche das Video positiv bewerten.

Dieses Phänomen verbreitet sich insgesamt weit über das Internet hinaus und zeigt sich immer häufiger in der realen Welt. Menschen mit unterschiedlichen politischen Ansichten begegnen sich nicht mehr mit Neugier oder dem Wunsch nach Austausch, sondern oft mit Ablehnung und Misstrauen. Ich habe selbst erlebt, wie politische Diskussionen im Freundes- oder Familienkreis immer hitziger werden und oft gar nicht mehr sachlich geführt werden. Statt aufeinander einzugehen, wiederholen viele einfach nur roboterhaft ihre Meinungen, die sie online konsumieren.

Fake News und manipulative Algorithmen verstärken die gesellschaftliche Spaltung und beeinflussen unser Weltbild. Das macht mir Sorgen. Denn wenn wir ungeprüfte Informationen unkritisch übernehmen, gefährden wir die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb müssen wir bewusster konsumieren, Quellen hinterfragen und uns nicht von Filterblasen leiten lassen. Nur so können wir verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen.

„Mein Urgroßvater bezahlte seinen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit mit dem Leben. Genau deshalb kann ich es nicht nachvollziehen, wie sich rechtsextreme Parteien erneut erheben können“



Von EDDIE FREIGANG, 17

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten in Europa. Doch der Preis, der dafür gezahlt wurde, ist unermesslich. Unter den Millionen Opfern, die ihr Leben für die Frei-

heit gaben, war auch mein Urgroßvater Otto Müller. Ein Mann, der seine Zukunft und die seiner Familie riskierte, um gegen die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus zu kämpfen. Otto Müller, geboren am 9. Juli 1893, Bürger aus einer einfachen Arbeiterfamilie. Im Laufe seines Lebens wurde er jedoch mehr als das. Ein Gewerkschafter und dazu ein Kämpfer für Gerechtigkeit mit dem eisernen Willen, gegen die Schandtaten der Nazis vorzugehen. Nach einiger

Zeit stieg er zu einem leitenden Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands in Senftenberg auf. Einer Partei, die sich den mächtigen Unterdrückern widersetzte. Den Kampf gegen diese Übermacht trat er in dem Wissen an, dass es sein Leben kosten könnte. Teil seiner Arbeit war es, Flugblätter wie „Pestgestank über Deutschland“ oder „Görings Hungerplan“ zu verteilen, um die Lügen und Grausamkeiten der Nazis aufzudecken. Ab Juli 1933 leitete er die illegale Gegenwehr gegen die Faschisten im Braunkohlrevier. Im Juni 1934 kam es dann, wie es wohl kommen musste: Mein Urgroßvater wurde verhaftet. Knapp vier qualvolle Monate war er der Folter widerlicher Menschen ausgesetzt. Vier Monate voller Schmerzen, Demütigungen und der Ungewissheit, was aus ihm und seiner Familie wird, ob er diese wenigstens noch ein letztes Mal sehen darf. Seine Peiniger wollten, dass er seine Kameraden verrät. Wollten, dass er seine Prinzipien aufgibt. Doch Otto blieb standhaft. Kein Wort, kein Name. Nichts. Im Oktober 1934 setzte er den Qualen ein Ende. Er wählte den einzigen Ausweg, der ihm blieb, um seine Liebsten zu schützen: Er nahm sich das Leben. Seine letzten Worte schrieb er auf einen Zettel, den man später in seiner Kleidung fand: „Liebe Marie, liebes Klärchen! Seid mir bitte nicht böse, ich kann nicht anders. Liebe Grüße, Euer Papa.“

Wenn ich an diese Worte denke, schießen mir Tränen in die Augen. Wie kann es sein, dass man so Abschied von seiner Familie nehmen muss? Wie kann es sein, dass für Ge-

rechtigkeit und das Fortbestehen von Menschlichkeit mit dem Leben bezahlt werden muss? Mein Urgroßvater hat das getan. Er opferte sein Leben – nicht nur für meine Familie, sondern auch für seine Überzeugung, dass Freiheit und Gerechtigkeit stärker sein müssen als jede Diktatur. Und genau deswegen kann ich umso weniger nachvollziehen, wie sich rechtsextreme Parteien erneut erheben können. Parteien, die nichts als Hass schüren, Menschen ausgrenzen und die Geschichte zu ihren Gunsten abändern. Meine und so viele andere Familien haben das nicht schon einmal durchgemacht, nur um wieder an die Grenzen dieses Abgrundes geführt zu werden. Schaut man sich an, was für Menschen in den Reihen von Parteien wie der AfD sitzen und was für Aussagen sie tätigen, kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. So hat ein damaliger Mitarbeiter von Antonín Brousek, dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, in einer veröffentlichten WhatsApp-Gruppe den Satz „Gegen das Konzept der Menschenrechte muss man immer sein“ verfasst. Was für eine Aussage! Dazu stellt sich mir nur eine Frage: Wie kann man gegen das Konzept der Menschenrechte sein? Dass jeder Mensch gleichwertig ist, nicht für seine Herkunft geächtet wird, die gleichen Chancen auf Weiterentwicklung bekommt oder einfach das Recht darauf hat, frei zu sein? Natürlich sind wir noch nicht so weit, dass dies alles gegeben ist. Der Unterschied ist aber, wir sind nicht gegen etwas, was selbstverständlich sein sollte. Solche Ansichten sind in der AfD aber keineswegs Einzelfälle. Björn Höcke, AfD-Chef in Thüringen, darf offiziell



Porträt von Eddies Urgroßvater Otto Müller 1918 nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg



Otto Müller im Juni 1934 bei seiner Einlieferung ins Gefängnis von Senftenberg. Im Oktober darauf nahm er sich das Leben

als „Faschist“ bezeichnet werden. Faschisten sind Anhänger einer autoritären, antidemokratischen Ideologie. Das gilt es zu bedenken, wenn also ein Landesvorsitzender einer in Deutschland bestehenden Partei, und damit in einer Demokratie, als Antidemokrat bezeichnet werden kann.

Das sind nur wenige Beispiele aus der AfD, aber auch andere Parteien wie die CDU/CSU können sich von ihren teilweise rechten Tendenzen nicht freisprechen. Ein Beispiel ist der Fünf-Punkte-Plan, welchen Friedrich Merz im

Januar 2025 vorstellte. Dieser Plan sieht vor, dass Personen, die in Deutschland Asyl beantragen möchten, bereits an der Grenze abgewiesen werden können. Was die rechtskonservative Haltung der Union noch mal verdeutlicht. Zudem steht dieser Beschluss rein rechtlich auf wackligen Füßen, denn einer der vorgesehenen Punkte sind dauerhafte Grenzkontrollen. Deutschland hat vor einigen Jahren den Schengen-Vertrag unterschrieben, darin heißt es: keine Grenzkontrollen im Schengen-Raum. Zudem wären direkte Zurückweisungen von Asylbewerbern, die auch im Plan der Union vorgestellt wurden, aufgrund der Dublin-III-Verordnung sehr schwer umzusetzen. Die CDU/CSU steht sowieso für eine konservative Ausrichtung, aber die Zusammenarbeit mit der in Teilen als gesichert rechtsextrem geltenden Alternative für Deutschland war immer ausgeschlossen – wie von den meisten anderen Parteien. Was mich deshalb umso mehr erschüttert hat, war die Bereitschaft von Friedrich Merz, diesen Plan, wenn es sein muss, mithilfe der AfD im Bundestag durchzudrücken. Dabei hatte er sich nur wenige Wochen zuvor erneut gegen die Zusammenarbeit mit dieser Partei ausgesprochen. Ich zitiere: „Es wird eine Zusammenarbeit von uns mit der AfD in Deutschland nicht geben. Und dafür verbürge ich mich als Parteivorsitzender der CDU Deutschlands.“ Was für eine heuchlerische Aussage, berücksichtigt man, was in der Vergangenheit in Deutschland passiert ist und wofür Otto Müller, mein Urgroßvater, kämpfte. Der Entschließungsantrag wurde am 29. Januar 2025 mit knapper Mehrheit im Deutschen Bundestag angenommen, aber

eben nur dank der Hilfe der AfD. Der Entwurf des Strombegrenzungsgesetzes, der später zur Abstimmung gebracht wurde, fand keine Mehrheit im Parlament. Somit hat Friedrich Merz nicht nur sein Gesicht, sondern auch die Abstimmung verloren. Wie soll man jetzt noch den Versprechen der Politiker und den Parteien glauben und auf deren Glaubwürdigkeit vertrauen, wenn sie sich so offensichtlich nicht an ihr Wort halten?

Nicht nur in Deutschland erfährt die Politik einen Umschwung. Blickt man in die USA, wurde im Januar 2025 ein neuer Präsident vereidigt. Ein Wechsel vom Demokraten zum Republikaner. Von Biden zu Trump 2.0. Ein Wechsel, dem ich im Hinblick auf die Demokratie und die Sicherheit vieler Menschen mit Furcht entgegenblicke. Mir erscheint es so, als würde Trump in seiner eigenen Traumwelt leben und sich alles so zurechtlegen, wie er das für richtig hält. Er spricht davon, dass Grönland Teil der USA werden soll, obwohl es zum Königreich Dänemark gehört und größtenteils sogar autonom geführt wird. Außerdem fordert er den Panamakanal zurück. Die Kontrolle über den Gaza-Streifen möchte er ebenso übernehmen und ihn komplett neu gestalten. Und, und, und ... Da fragt man sich doch, was möchte der Mann bitte nicht? Ein Autokrat, der dem Größenwahn verfallen ist, einer, der nicht weiß, wann es genug ist. Man kann nur erahnen, wie gefährlich er für unsere Welt, das harmonische Zusammenleben und unsere Demokratien ist.

Was mich dabei am meisten beschäftigt, ist das Warum. Warum sind wir so dumm und können so vieles nicht verhindern? Trump hat seine Aktionen öffentlich angekündigt, genauso wie die AfD ihre Intentionen öffentlich nach außen trägt – spätestens mit der Aufnahme des Begriffs „Remigration“ in das Wahlprogramm. So ähnlich hat auch Hitler alle seine Taten angekündigt. Wieso sind wir Menschen bloß so blind und laufen erneut in das offene Messer? Unabhängig, ob Trump, AfD oder sonst wer – keiner kann hinterher sagen, er hätte nicht gewusst, wen oder was er wählt. Dabei wäre es so einfach, die Demokratie zu erhalten. Man sollte nur genau hinschauen, zuhören und sich für sie einsetzen.



Stolperstein von Otto Müller vor dem Haus in der Otto-Müller-Straße in Hörlitz, in dem er lebte

„Wenn man in den Augen von Neonazis nicht dem Ideal entspricht, stößt man schnell auf Ablehnung. Es ist der Blick, der dich anders behandelt, das Schweigen in einem Raum, das plötzlich ‚ohrenbetäubend‘ wird“



Von LUCY ILLGNER, 16

Rassismus ist mehr als nur ein Wort – es ist eine Wunde, die nicht heilt, die immer wieder aufgerissen wird. In einer Zeit, in der wir Technologie nutzen, um fiktive Welten zu erkunden, und Wissen teilen können, als wä-

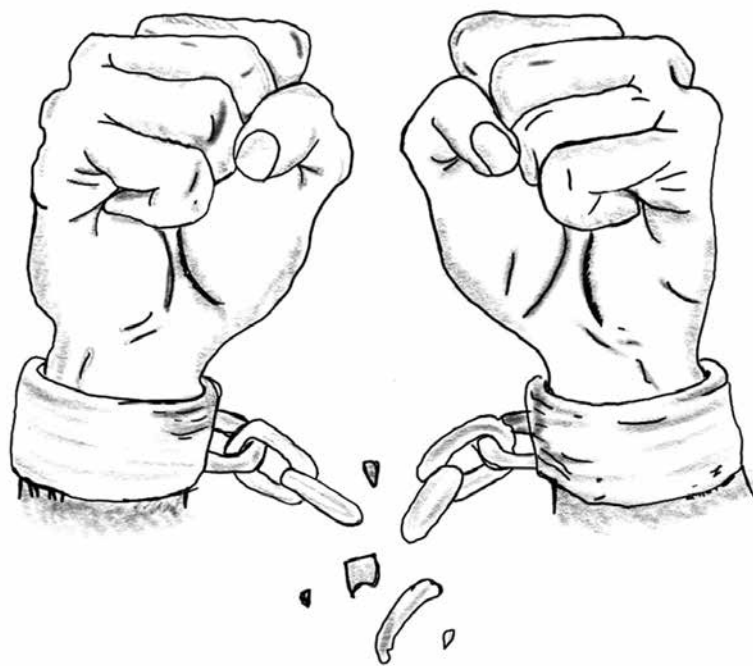
ren Grenzen nur eine Illusion, steht die Menschheit immer noch vor der Herausforderung, das Wertvollste anzuerkennen, was sie besitzt: ihre Vielfalt und ihre Freiheit.

Rassismus in der heutigen Zeit ist subtiler als früher, aber nicht weniger schmerzhaft. Betroffene teilen mir ihre Erfahrungen mit. Wenn man aus einem anderen Land kommt und in den Augen von Neonazis nicht dem Ideal entspricht,

stößt man sehr schnell auf Ablehnung, sei es, dass man eine andere Augenform hat oder eine etwas dunklere Haut. Es ist der Blick, der dich anders behandelt, das Schweigen in einem Raum, das plötzlich „ohrenbetäubend“ wird, die Ablehnung, die niemand ausspricht, die aber jeder spürt. Es ist der Moment, in dem eine Mutter ihr Kind festhält, wenn du den Raum betrittst, oder der Job, für den du nie in Betracht gezogen wirst, weil dein Name anders klingt.

Rassismus existiert seit Menschengedenken. Die Sklaven in Amerika waren eine unterjochte, ihrer Freiheitsrechte beraubte Bevölkerungsgruppe. Sklaverei war damals normal. Sie wurde kaum öffentlich hinterfragt. Man kannte nicht einmal ihre Namen, da das N-Wort für alle dunkelhäutigen Menschen benutzt wurde. Es war damals schon eine Beleidigung, die sich bis heute gehalten hat. Viele Jugendliche wissen um diese Bedeutung, und doch verwenden sie es in ihrem normalen Sprachgebrauch. Doch wir sind die Jugend von heute. Uns sollte bewusst sein, wie viele Schwarze aufgrund ihrer Hautfarbe schon gestorben sind. Ist es den Jugendlichen, die es als Schimpfwort benutzen, einfach egal, oder verdrängen sie einfach? Für die Betroffenen fühlt es sich an wie ein ständiger Kampf, eine schleichende Unsicherheit, eine Demütigung. Du wirst nicht als Mensch gesehen, sondern als Farbe, als Herkunft, als etwas Fremdes. Es tut weh, in einer Welt, die so viel von Gleichheit spricht, ständig daran erinnert zu werden, dass sie nicht gelebt wird.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spalten – nicht nur Gesellschaften, sondern auch Herzen. Sie stehlen uns die Chance, uns auf Augenhöhe zu begegnen, uns gegenseitig zu verstehen, zu akzeptieren und voneinander zu lernen. Die Geschichte zeigt, wie viel wir hätten lernen können, wenn Unterschiede nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung gesehen worden wären. Ein Beispiel, das zeigt, dass die Engstirnigkeit von Menschen ein Nachteil war, ist der verblendete christliche Fundamentalismus, der sich im (ausgehenden) Mittelalter vor allem gegen Frauen, im Speziellen gegen vermeintlich ketzerische Praktiken und das Wissen der Hebammen oder Kräuterfrauen, richtete. Dieses Beispiel passt zwar nicht ganz zum Rassismus, das weiß ich, aber ich führe es trotzdem an, weil ich es wichtig finde und weil es gut die Angst oder die Aversion gegen das Andere, das Unbekannte, das Unheimliche auch und gerade in Bezug auf Frauen darstellt. An den angeblichen Täterinnen, die aus heutiger Sicht Opfer sind, wurden krude „Nachweismethoden“ wie der Leberflecktest (auch Nadelprobe genannt) und Foltermethoden durchgeführt. Durch die Fingerpresse wurde beispielsweise versucht, falsche Geständnisse aus ihnen herauszupressen. Die gequälten Frauen gaben meist alles nur zu, um der Folter zu entkommen und um vom christlichen Gott doch noch Vergebung zu bekommen, die ihnen auf Erden unerreichbar schien. Wären die Menschen damals nicht so verschlossen gegenüber neuen Erkenntnissen gewesen, hätten sie erkennen können, wie viel Kraft in Kräutern steckt, und diese viel früher für neue Heilmethoden nutzen können. Zu hören,



Zeichnung: Lucy Illgner

wie radikal sich Menschen gegen Veränderungen gestellt haben, ist traurig. Traidrig, weil damals unzählige Frauen sterben mussten – und das nur, weil sie gebildet waren und wussten, wie man die Natur nutzen kann. Nicht wenige Männer fühlen sich bis heute bedroht, wenn Frauen über mehr Kompetenzen verfügen und versuchen, ihr Wissen einzubringen. Das Einzige, was in solchen Fällen bleibt, sind Vorurteile, Misstrauen und Angst. Auch das ist traurig. Denn hinter jeder Geschichte, jedem Gesicht steckt



Stummer Protest hinter Glas: ein Fenster nahe dem Dresdner

Zwinger am 5. Februar 2025

ein Schicksal, ein Mensch mit Träumen, Hoffnungen und dem Bedürfnis nach Anerkennung, Liebe und Akzeptanz.

Doch es gibt Hoffnung. Denn es gibt Menschen, die aufstehen, die sich nicht mit Ungerechtigkeiten abfinden wollen. Sie protestieren, sie schreiben, sie sprechen, sie lehren ihre Kinder, dass die Welt bunter ist, als die alten Denkmuster es zulassen. Es sind diese Menschen, die zeigen, die uns klarmachen, dass Zukunft anders aussehen kann. Dass die Welt nicht perfekt ist, aber besser werden kann, wenn wir anfangen, einander zu sehen – wirklich zu sehen.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind wieder präsenter geworden. Das macht mich sehr traurig. Das dürfen wir nicht länger ignorieren. Denn gerade wir, die Jugendlichen, sind es, die die Wahl haben – die Wahl, entweder stumm zuzusehen oder aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen. Die Frage ist doch, wie wir in Erinnerung bleiben wollen: als Generation, die vor ihrer Menschlichkeit, ihrem Mitgefühl und ihrem Verständnis weggelaufen ist, oder als die, die endlich erkannt hat, dass Stärke auch in der Vielfalt liegt. Das Leben ist zu kurz, zu flüchtig und zu kostbar, um es zu verschwenden. Und doch tun wir es. Wir verschwenden es damit, Mauern zu bauen statt Brücken. Das darf nicht sein.

„Nicht wählen zu gehen ist keine Lösung. Jede Stimme ist notwendig, denn sie entscheidet darüber, ob wir in einer Demokratie leben dürfen oder nicht“



Von CHARLY KAISER, 17

Meine Stimme ist eh unwichtig.“ – „Es kommen sowieso immer nur dieselben Parteien an die Macht.“ – „Die Versprechen der Parteien werden ohnehin nicht eingehalten.“ Dies sind Aussagen von Freunden und

Familie. Sie interessieren sich nicht für die Politik, entziehen sich jeglicher Meinung, um sich nicht angreifbar zu machen, oder wenden sich von der Demokratie vollkommen ab. Doch Einstellungen wie diese schaden der Demokratie ungemein. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2021 wählten rund 14 Millionen Wahlberechtigte nicht. Dabei sollte es immer im Interesse jedes Einzelnen liegen, seine Überzeugungen zu vertreten und die von ihm favorisierte Partei bei Wahlen mit seiner Stimme zu unterstützen.

Seit mehr als 20 Jahren liegt die Gruppe der Nichtwähler bei Bundestagswahlen zwischen 20 und 30 Prozent. Eine Ausnahme machte die vorgezogene Bundestagswahl 2025. Oftmals gehen die Leute nicht wählen, weil sie denken, dass ihre Stimme nichts bewirken würde, oder es fehlt ihnen ganz und gar das Interesse an der Politik. Anderen wiederum fehlt das Vertrauen in die Parteien, oder sie glauben, dass die Politiker sie nicht richtig vertreten. Mich ärgert es, dass politische Entscheidungen gegebenenfalls anders ausfallen könnten, wenn sich mehr Menschen aktiv und kritisch mit den Parteien und deren Programmen auseinandersetzen würden, sie dies aber nicht tun.

Nicht wählen zu gehen ist keine Lösung. Es gibt genügend Gründe und Möglichkeiten, seine Stimme abzugeben und damit seinen Beitrag zu einer funktionierenden Demokratie zu leisten. Denn: Nicht jeder Mensch hat das Recht zu wählen. Die Schweiz führte ein Frauenwahlrecht auf Bundesebene zum Beispiel erst 1971 ein. In Saudi-Arabien und im südostasiatischen Sultanat Brunei finden praktisch gar keine Wahlen statt. In diesen beiden Ländern entscheiden wenige Männer über die Politik und die Zukunft des Landes. In anderen Ländern, wie dem Iran oder in Afghanistan, werden Frauen ins Gefängnis geworfen, wenn sie ihre Meinungen oder ihre Ansichten öffentlich vertreten oder versuchen, diese in die Tat umsetzen. Unvorstellbar im 21. Jahrhundert.

In Deutschland hat jede Bürgerin, jeder Bürger, der 18 beziehungsweise 16 Jahre alt ist, nicht nur das Recht, sondern auch das Glück, zu wählen. Ich gab meine Stimme zur Landtagswahl 2024 in Brandenburg ab. Dank Briefwahlen oder Hilfspersonen kann jeder die Partei wählen, die seiner Überzeugung entspricht. Jede Stimme ist notwendig, denn sie entscheidet darüber, ob wir in einer Demokratie leben dürfen oder nicht. Hinzu kommt, dass Wahlergebnisse oft sehr knapp ausfallen. Auch deshalb ist es wichtig, „seine“ Partei zu wählen und sie mit seiner Stimme zu unterstützen. Denn sonst entscheiden möglicherweise andere Menschen mit einer vielleicht komplett anderen Meinung darüber, was mit unserem Land passiert und wie unsere Zukunft gestaltet wird. Denn mit jeder verlorenen Stimme gewinnen diejenigen an Macht, die möglicherweise nicht die Interessen der Mehrheit oder deine Interessen vertreten. Einige der Nichtwähler behaupten tatsächlich, die großen Volksparteien würden sowieso zu viele Stimmen bekommen, da würde doch ihre Stimme, mit der sie eine kleinere Partei wählen, ohnehin nichts bringen, nichts bewirken. Aber womöglich ist es ja gerade diese kleinere Partei, die durch deine Stimme die Fünf-Prozent-Hürde überspringt und zum Erhalt unserer Demokratie beiträgt.

Ein wichtiger Gesichtspunkt in Bezug auf das Wahlrecht ist die Bildung. Nicht jeder erfährt sie gleich und wird gut genug ausgebildet. Für viele Menschen ist es kompliziert, durchaus anstrengend oder sogar schwer, wenn es darum geht, sich mit komplexeren Themen wie der Politik oder



Zeichnung: Rudolf Schuppler

der Wirtschaft auseinanderzusetzen. Andere haben Angst vor zukünftigen Gefahren wie Kriegen, dem Klimawandel oder einer steigenden Inflation. Auch dadurch entstehen Unsicherheiten und Überforderung, wodurch nicht wenige von ihnen das Interesse an der Politik, an politischen Entscheidungen oder den Wahlen verlieren.

Glücklicherweise steigt unter Jugendlichen in den letzten Jahren das Interesse an der Politik immer mehr an. Sie wollen ihre Meinung kundtun und gehört werden. Allerdings werden wir, die Teenager, die jungen Erwachsenen, bei politischen Entscheidungen oft nicht berücksichtigt oder ernst genommen. Unsere Zukunft wird in den Hintergrund gestellt oder gar übersehen. Und das, obwohl die Sorgen unter der jungen Bevölkerung steigen und wir diejenigen sind, die die Demokratie in die Zukunft tragen sollen.

Besonders auffällig ist das Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland. Nach den drei Landtagswahlen im Osten 2024 und der Bundestagswahl 2025 fragten sich viele, warum die Menschen dort so anders wählen. Der Berliner Soziologe Steffen Mau erklärt das unterschiedliche Wahlverhalten in Ost und West mit einer anderen Sozialstruktur, Demografie und politischen Kultur. An dieser Stelle möchte ich auch die „Leipziger Autoritarismus-Studie 2024“ erwähnen, die sich mit autoritären Dynamiken in West- und Ostdeutschland beschäftigt und hervorhebt, dass in Ostdeutschland die Zufriedenheit mit der Demokratie so niedrig ist wie seit 2006 nicht mehr. Ich selbst

komme aus dem Osten Deutschlands und bin weitestgehend zufrieden mit unserer Demokratie. Deshalb sehe ich es als Chance, bei Wahlen meine Stimme abzugeben und somit selbst politisch aktiv zu sein.

Mir persönlich ist es wichtig, dass jeder, der seine Stimme abgeben darf, dies auch tut. Wir in Deutschland haben dieses Privileg, und es sollte genutzt werden. Denn genau das macht eine Demokratie aus. Mitbestimmung, Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung. Nur wenn man etwas macht, etwas bewegt, passiert etwas. Man sollte sich also nicht über die politische Lage beschweren, sondern nach vorne schauen, für Probleme Lösungen finden und wählen gehen. Dann wird die Demokratie lebendig weiterbestehen.

„Erzählungen von Zeitzeugen mit wahren Geschichten aus der Vergangenheit wie die meines Uropas sind wichtig, weil es immer noch Kriege gibt. Auch deshalb sollten einige Politiker vom rechten Rand Abstand von Hass und Hetze nehmen“



Von KÁROLY KORITNIK, 17

Wie immer zur Weihnachtszeit stellte meine Mutter Anja am Tag nach Totensonntag unseren Adventsbaum auf. Aber ehrlich gesagt, stellten mein Vater Károly und ich ihn auf, und sie schmückte ihn allein.

Meine Urgroßeltern väterlicherseits, Eva und Siegfried, kamen dann wie jedes Jahr zum Plinseessen und um sich den Baum anzuschauen. Ich war bald gefangen in der Gedankenwelt eines Teenagers, bewegte mich innerlich in anderen Welten. Denn mein Uropa, der schon 90 Jahre auf dieser Welt verweilt, fing an, Geschichten zu erzäh-

len. Meine Aufmerksamkeit war voll auf ihn gerichtet. Am 5. Dezember 2024 wurde eine Bombe auf dem BASF-Gelände in Schwarzheide in der Nähe von Senftenberg ausgegraben, ein Blindgänger, und mein Uropa sagte, er kann sich noch genau an die Flieger erinnern, von denen einer diese Bombe im Zweiten Weltkrieg abwarf. „Es waren Engländer und Amerikaner“, fügte er hinzu. „Sie flogen wie bei einer Parade, zielstrebig in einer Formation. Ein Flieger aus dem Geschwader der Alliierten wurde von einem Flugzeug der Wehrmacht zerstört.“ Ich war gefesselt von seinen Worten und fand es wie so oft erstaunlich, dass er mit 90 Jahren so ein gutes und detailreiches Erinnerungsvermögen besitzt. Seine Erzählung hat mich derart fasziniert, dass in meinem Kopf ein Stop-Motion-Film ablief. Es war, als würde ich live dabei sein, und so spannend, dass ich nicht wollte, dass er aufhört zu erzählen. Mein Uropa sprach dann auch noch über die Bombardierung von Senftenberg. Seine Mutter holte ihn aus dem Haus, und sie rannten in Richtung Raunoer Berg. Rauno war ein Dorf nördlich von Senftenberg, das 1983/84 durch den Tagebau Meuro abgebaggert und später geflutet wurde. Heute heißt das Gewässer Großräschener See. Aber das nur nebenbei. Auf jeden Fall versteckten sich mein Uropa, seine Mutter und andere Leute in Arbeiterbaracken, die nicht mehr genutzt wurden. Es wurde geschossen, und Uropa wusste nicht, wer die Schüsse abfeuerte. Eine Weile lagen alle flach auf dem Boden, bis sich irgendwann jemand die Windel eines Babys nahm, sie an einem Stock befestigte und nach draußen rannte. Die Schüsse hörten

nach einigen Sekunden tatsächlich auf. Uropa erzählte das wie eine einfache Geschichte aus seiner Kindheit. Für ihn war sie das vermutlich auch. Meine Uroma war nicht sehr begeistert davon, dass er diese Geschichte schon wieder erzählte. Sie konnte diese und andere Geschichten nicht mehr hören. Doch ich wollte alles wissen, er sollte weiter erzählen. Aber nach 70 Jahren Ehe hatte seine Frau alle diese Geschichten eben schon zum x-ten Mal gehört.

Zeitzeugen mit wahren Geschichten aus der Vergangenheit sind wichtig für unsere Zukunft. Schließlich gibt es heutzutage sogar in der Politik Menschen, die die Machenschaften der Nationalsozialisten verleugnen. Das ist auch der Grund, warum ich meine Geschichte mit den Erzählungen meines Uopas beginne. Seine Kindheit wurde vom Zweiten Weltkrieg beeinträchtigt und geprägt. An die Politik der Nationalsozialisten zu Kriegsbeginn hat er kaum Erinnerungen. Er war ja noch ein Kind. Später passte er sich an, weil er wusste, dass man vorsichtig sein musste mit dem, was man sagt und was man tut. Als er kurz nach den Luftangriffen der Alliierten auf Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945 dorthin fuhr, konnte er die Rauchwolken über der Stadt schon von Schwarzheide aus am Himmel erkennen. Uropa beschreibt Dresden nach den verheerenden Bombardements in seinen Erzählungen stets als einzigen Aschehaufen. Als Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, war er erleichtert und glücklich zugleich. Das erzählt er auch immer wieder.



1943 in Senftenberg. Einschulung von Uropa Siegfried Gesche im
Alter von sechs Jahren

Ich habe mich in diesem Buch auch deshalb für seine Geschichten entschieden, weil es heute immer noch Kriege gibt. Warum lernen die Menschen nicht aus der Vergangenheit? Warum nutzen sie ihr Wissen nicht für die Verhinderung von Grausamkeiten und Mord? Der amerikanische Schriftsteller Carl Sandburg schrieb in einem seiner Gedichte von 1936: „Sometime they’ll give a war and nobody will come.“ Dieser Satz brachte mich zum Nachdenken. In den Kriegen, die jetzt auf dieser Welt herrschen, kämpfen keine Politiker auf dem Schlachtfeld. Die Soldaten sind meistens einfache Bürger, die sich dem Feind entgegenstellen. Wenn sie nicht kämpfen würden, was wäre dann? Gäbe es dann überhaupt Krieg? Ich denke nein.

Nach dem schrecklichen und grausamen Zweiten Weltkrieg, dem hässlichsten Kapitel der neueren deutschen Geschichte, wurde alles anders. Deutschland wurde unter den vier Siegermächten aufgeteilt. Die südliche Zone ging an die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich bekam die südwestliche Zone, Großbritannien die nordwestliche Zone. Der Osten wurde der Sowjetunion zugesprochen. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 reagierte Josef Stalin schnell: Im Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, ein Staat, der die Demokratie zwar im Namen trug, in dem tatsächlich aber nur eine Partei das Sagen hatte, die wiederum abhängig von dem Regime in Moskau war.



Im Frühling 1960: Eva und Siegfried Gesche legten nach ihrem Besuch bei Verwandten in Frankfurt am Main einen Zwischenstopp in Dresden ein

Am 31. Januar 2025 bekam ich mein Zeugnis für die 11. Klasse. Meine Großmutter Isolda, die Mutter meiner Mutter, und die Eltern meines Vaters, meine Großeltern Károly und Petra, wuchsen wie meine Eltern in der DDR auf. Ich fragte sie, ob sie gerne wieder in einer Staatsform wie der DDR leben würden und wenn ja, warum. Jeder von ihnen war eher an einem solchen Leben interessiert. Meine Urgroßeltern, die beide 1935 geboren wurden, haben die DDR von Anfang bis Ende miterlebt. Mein Uropa erzählte mir, dass es in politischer Hinsicht viele Vor- und Nachteile gab. Das Volk war nicht frei und hatte wenig Mitspracherecht. Alles wurde kontrolliert und streng überwacht. Es gab nur eine Partei, und reisen durfte man nur in bestimmte Gebiete. Heute leben wir in einer Demokratie. Wir sind frei und können mitentscheiden. Die Welt steht uns offen. Meine Urgroßeltern sind dennoch zufrieden, in der DDR gelebt zu haben. Es gab zwar viel weniger, man konnte weniger machen, man war eingeschränkt, aber sie waren dennoch glücklich. Sie hatten fast alles, was sie brauchten. Die typische Floskel dafür: „Wir hatten nüscht, aber wir waren trotzdem glücklich.“ Ich verstehe die Sicht meiner Großeltern und die der Menschen, die sich die DDR zurückwünschen. Ich denke aber, das hat nichts mit der Demokratie zu tun. Sie wünschen sich keine Diktatur zurück, sondern die kommunistischen Werte der DDR. Wenn alle ungefähr die gleichen Chancen haben und ähnlich verdienen, sagen sie, lebt man in einer Welt mit weniger Materialismus und Neid. Deswegen waren viele Menschen zufrieden.

Auch, und vielleicht gerade deshalb, sollten einige unserer Politiker – und damit meine ich die vom rechten Rand – von Hass und Hetze Abstand nehmen. Doch vor allem sollten alle Politiker lernen, einander wieder zuzuhören, und nicht nur auf der eigenen Meinung beharren. Und sie sollten begreifen, dass man nicht anderen die Schuld für selbst gemachte Probleme geben darf. Ein ungezügelter Kapitalismus und die Gier vieler Menschen zerstören die schöne Idee der Demokratie. Nicht wenige von ihnen sind Egoisten. Doch eine Welt funktioniert besser, wenn wir an alle denken. Nur gemeinsam ist man stark, auch wenn es nicht immer leicht ist, viele Meinungen zu berücksichtigen. Die Demokratie ist nun mal das Beste, was wir haben. Mein Appell mit diesem Text ist: Schätzt, was ihr habt. Seid zufrieden mit den kleinen Dingen im Leben. Denkt nicht immer nur an euch selbst, helft einander, und hört einander zu. Erinnert euch an die Vergangenheit, lebt in der Gegenwart, und setzt euch ein für eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

„Der Rechtsruck in Deutschland stellt ein großes Risiko dar. Aber ich will mich nicht daran gewöhnen, Angst um meine Zukunft und unsere Demokratie zu haben“



Von HANNAH LÄMMERHIRT, 18

Ich will mich nicht daran gewöhnen, Angst vor den Ergebnissen der nächsten Wahl zu haben. Ich will mich nicht daran gewöhnen, wie Parteien öffentlich Hass auf andere Menschengruppen verbreiten. Ich will

mich nicht daran gewöhnen, Menschen zu begegnen, die mir sagen, sie gehen nicht wählen, weil es ja eh nichts bringt. Ich will mich nicht daran gewöhnen, strategisch wählen zu müssen, damit rechtsextreme Parteien nicht die Wahl gewinnen. Ich will mich nicht daran gewöhnen, Angst um meine Zukunft und unsere Demokratie zu haben. All das sind Ängste, welche ich als Jugendliche nicht haben sollte. Ich sollte mir darum Gedanken machen, welchen Studiengang ich wähle, ob ich ein Auslandsjahr mache oder wie ich meine erste eigene Wohnung einrichte. Stattdessen wächst bei mir und vielen

weiteren Jugendlichen die Angst. Angst um unsere Demokratie, Angst vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Unterdrückung. Doch warum ist unsere Demokratie in Gefahr?

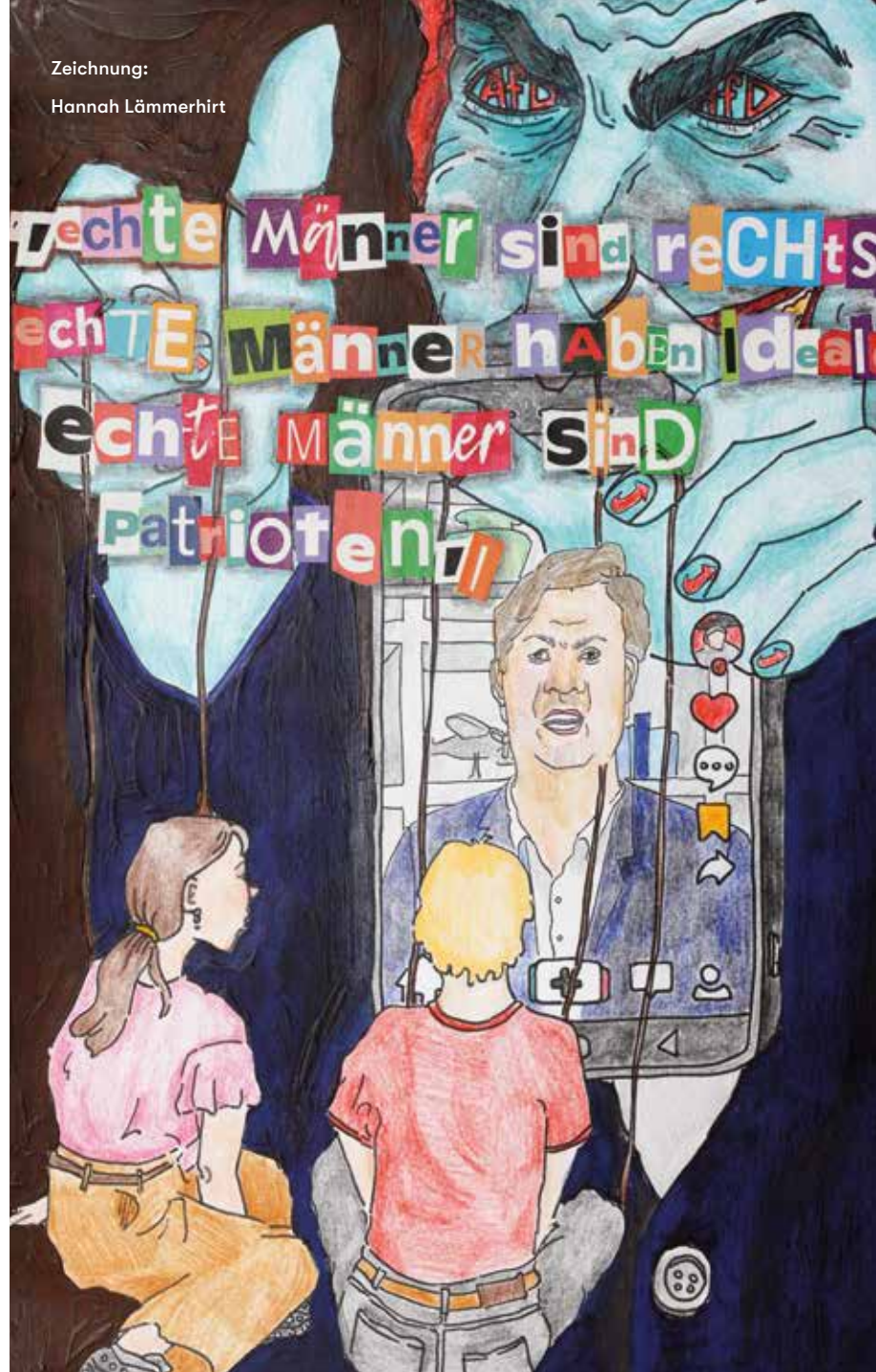
Ich denke, dass der Rechtsruck, welcher in den letzten Jahren in Deutschland zu beobachten ist, ein großes Risiko darstellt, weil er die Grundrechte und demokratische Institutionen einschränken will und Hass sowie Spaltung in der Gesellschaft verbreitet. Den Rechtsruck habe ich im letzten Jahr erst so richtig wahrgenommen, denn ich hatte wie viele weitere Jugendliche zum ersten Mal die Chance, wählen zu gehen. In den Jahren zuvor waren die Wahlergebnisse noch so weit entfernt und etwas, worauf man sowieso keinen Einfluss hatte, und nun hatte man selbst die Möglichkeit, mit zu entscheiden. Doch als ich am Abend der Landtagswahlen die Ergebnisse sah, wurde mir zum ersten Mal wirklich das Ausmaß der politischen Situation in Deutschland bewusst. Die AfD war in vielen Bundesländern eine der stärksten beziehungsweise die stärkste Partei. So auch in Brandenburg, dem Bundesland, in dem ich lebe. 2019 holte sie 23,5 Prozent der Stimmen, 2024 waren es schon 29,2 Prozent. Damit lag sie nur knapp hinter der führenden SPD. Und auch in Bundesländern wie Thüringen oder Sachsen holte die AfD mit 32,8 Prozent beziehungsweise 30,6 Prozent Rekordwerte. Bei der Bundestagswahl 2025 konnte sie ihr Ergebnis sogar verdoppeln: Von 10,4 auf 20,8 Prozent. Diese Ergebnisse lösen Unverständnis und Angst in mir aus, vor allem wenn ich höre, wie Zeitzeugen der NS-Zeit in Interviews erzählen, dass es damals genauso angefangen

hat. Die Ergebnisse machen mich aber auch wütend. Wie kann es sein, dass Menschen eine Partei wählen, in welcher Mitglieder mit Hitler sympathisieren und Aussagen tätigen wie: „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt“ (so schon 2017 der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke). Eine Partei, welche queeren Menschen die Freiheitsrechte nehmen oder die „Ehe für alle“ abschaffen will. Eine Partei, welche den Begriff „Remigration“ geprägt hat und Hunderttausende Schutz suchende Menschen abweisen und Familien trennen will. Eine Partei, welche am menschengemachten Klimawandel zweifelt und Klimaschutzmaßnahmen abschaffen oder aus Verträgen wie dem Pariser Klimaabkommen aussteigen möchte. Letzteres macht mich besonders sauer, weil die meisten Mitglieder dieser Partei bei einem Durchschnittsalter von 55 Jahren nicht mehr viel von den Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen werden. Unsere und die Generationen nach uns dafür umso mehr.

Nach all diesen Ausführungen fällt es mir wirklich schwer zu verstehen, weshalb diese Partei so viel Zuspruch bekommt. Dass es Menschen gibt, die wirklich denken, diese Partei sei die Lösung für ihre Probleme. Doch anstatt mit Unverständnis oder Hass zu reagieren, sollten wir nach den Ursachen dieser Bewegung suchen. Warum haben so viele Menschen das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren und sehen rechte Parteien als die einzige Alternative? Ich kann mir vorstellen, ein Großteil des Vertrauens geht verloren, weil die Menschen keine Lösungen von der Politik bekommen. Kei-

Zeichnung:

Hannah Lämmerhirt



ne Lösungen für ihre Probleme und Existenzängste wie Altersarmut, Wohnungsnot oder steigende Kriminalitätsraten. Diese Probleme werden durch aktuelle Krisen wie die Inflation oder den Russland-Ukraine-Krieg ausgelöst und weiter verschärft, andere Menschen wiederum haben Schwierigkeiten, sich finanziell über Wasser zu halten. Diese Enttäuschung zeigte sich schon in den letzten Jahren. So waren große Teile der Bevölkerung mit der Politik während der Corona-Zeit sehr unzufrieden. Viele Menschen verloren damals ihre Arbeit, lebten wegen der ansteigenden Inflation bald am Existenzminimum oder fühlten sich durch die Impfpolitik in ihren Freiheitsrechten beschnitten. Besonders die jungen Menschen fühlten sich während der Corona-Pandemie von der Politik im Stich gelassen und nicht verstanden. Viele Haushalte und vor allem die Schulen waren für Homeschooling technisch nicht ausgelegt, und viele Schülerinnen und Schüler hatten mit schlechten Noten und psychischen Problemen zu kämpfen. All das wurde von der Politik kaum bis gar nicht abgefangen. Solche und viele weitere emotionale Themen machen sich rechte Parteien zunutze. Sie versprechen einfache Lösungen für komplexe Probleme. Dazu gehört auch die Migrationspolitik, wobei Flüchtlinge gerne als Prellbock benutzt werden. Viele Menschen machen sich deshalb Hoffnungen. Hoffnung, dass Parteien wie die AfD nun endlich Veränderungen bringen und die Probleme in Deutschland anpacken werden. Doch das stimmt nicht, weil deren Lösungsansätze oft nicht realisierbar sind. Stattdessen werden den Wählerinnen und Wählern gerne nicht umsetzbare Lösungsvorschläge vorgegaukelt.

Warum rechte Parteien vor allem junge Menschen erreichen, ist meiner Meinung nach die Nutzung der sozialen Medien. Keine Partei ist auf TikTok so aktiv wie die AfD. Mit provokanten Aussagen wie: „Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten“ (Maximilian Krah) oder kurzen Ausschnitten von Reden im Bundestag begeistert die AfD vor allem die Jugendlichen. Wenn man sich die Follower-Zahlen auf TikTok anschaut, liegt die AfD allein mit ihrem Kanal der Bundestagsfraktion bei über 550.000 weit vor der SPD, deren Fraktions-Account gerade mal rund 158.000 Follower hat. Einige der Wählerinnen und Wähler geben der AfD auch ihre Stimme, um damit ihren Protest auszudrücken. Sie fühlen sich von der Politik entweder im Stich gelassen oder von ihr ignoriert und wollen „denen da oben“ damit ihre Unzufriedenheit zeigen. Manche denken sicher auch, ihre Stimme mache sowieso keinen Unterschied. Aber den macht sie! Jede Stimme für die AfD ist eine Stimme gegen unsere Freiheitsrechte. Gegen Humanität und Empathie. Gegen unsere Zukunft und gegen die Demokratie. Dabei ist es so wichtig, sie zu verteidigen. Vor allem in der heutigen Zeit, in der Demokratien immer seltener werden und totalitäre Regierungsformen zunehmen.

Doch warum ist sie so wichtig? Mir ist Demokratie wichtig, weil ich gerne mitbestimmen möchte, wer unser Land wie regiert. Für mich heißt Demokratie auch, dass ich Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit habe und selbstbestimmt leben kann. Einen weiteren Vorteil sehe ich da-

rin, dass die Gesellschaft offener und toleranter gegenüber Minderheiten und anderen Kulturen ist, weil diese durch Gesetze geschützt sind und sich in die Gesellschaft einbringen können. Einen wichtigen Teil der Demokratie macht für mich auch die Gewaltenteilung aus, damit nicht ein einzelner Mensch seine Macht missbrauchen und ein totalitäres Regime wie zu NS-Zeiten errichten kann.

Genau aus diesen Gründen müssen wir unsere Demokratie gut schützen. Ein einfacher Weg, dies zu tun, ist, demokratische Parteien zu wählen. Auch wenn du denkst, du bist zu unbedeutend, um etwas zu bewirken, das bist du nicht. Deine Stimme kann viel verändern, auch wenn du es nicht siehst. Also nutze diese Chance und gehe wählen! Doch Demokratie lebt nicht nur von Wahlen allein. Sie lebt auch vom kritischen Hinterfragen, von politischer Bildung und einer unabhängigen Presse. Deswegen ist es wichtig, Sachverhalte kritisch zu beleuchten, sich auf mehreren, aber vor allem seriösen Plattformen zu informieren, um Fake News keine Chance zu lassen. Und wir müssen wieder lernen, unsere Demokratie mehr zu schätzen. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, wie schnell sie zu Fall gebracht werden kann, wenn genügend Menschen wegsehen.

Deswegen: Sei laut, nutze deine Stimme, engagiere dich, und vor allem zeige Courage und Empathie deinen Mitmenschen gegenüber, damit es nie wieder so weit kommt. Denn nie wieder ist jetzt!

„Ich halte Populismus für extrem gefährlich. Durch ihn wird der eigentliche Knackpunkt in einer Debatte, das Für und Wider bei einem Problem, ad absurdum geführt“

Von JONAS ARNE
LEHMANN, 18

Er hat es wirklich getan.“ Diese Worte meiner Oma sind mir bis heute im Gedächtnis geblieben. Sie meinte damit den Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Ich

wusste zunächst gar nicht, was sie meinte. Natürlich hatte ich das Geschehen an der russisch-ukrainischen Grenze verfolgt, das sich in den Wochen davor immer weiter verschärft hatte. Aber dass Putin tatsächlich in ein souveränes Land einmarschieren würde und somit einen Krieg in Europa vom Zaun bricht, hätte ich niemals für möglich gehalten. Doch genau dies tat er im Zuge seiner sogenannten „dreitägigen Spezialoperation“. Dass heute noch immer Krieg in der Ukraine herrscht, zeigt, dass Putins Plan nicht



aufgegangen ist, die Ukraine im Handstreich zu erobern. Immer noch sterben dort täglich Menschen. Ob Ukrainer oder Russen. Kinder, Mütter, Väter, Großeltern oder Soldaten. Alles Menschen, die ihre Träume hatten, Menschen, die einfach nur in Frieden leben wollten, so wie du und ich. Bei all diesem Leid stellt sich nun die Frage, wie und ob überhaupt sich ein Fortführen dieses Krieges rechtfertigen lässt. Wie sich Waffenlieferungen an die Ukraine rechtfertigen lassen und wie ein gerechter Frieden erreicht werden kann. Die Antworten auf diese Fragen sind nicht leicht.

Wenn ich mir den Wahlkampf für die letzte Bundestagswahl anschau, dann sehe ich viele Parteien, die einfach lautstark ihre Meinung hinausgeschrien haben, ohne tatsächlich Lösungen anzubieten. Stattdessen reduzieren sie komplexe Probleme auf Schlagwörter oder Feindbilder. So etwas nennt man Populismus, und ich sehe mich immer häufiger im Alltag mit diesem konfrontiert. Ich halte Populismus für extrem gefährlich. Durch ihn wird der eigentliche Knackpunkt in einer Debatte, das Für und Wider bei einem Problem, ad absurdum geführt. Populisten wie Weidel oder Wagenknecht scheinen einfache Lösungen für schwierige Themen zu liefern. Ob für den Ukrainekrieg, unsere Wirtschaft oder die Migration. Oft wird nur versucht, Schlagzeilen zu produzieren, um Wählerstimmen abzugreifen. Ich habe das Gefühl, einige Politiker versuchen gar nicht mehr, die Interessen ihrer Wähler zu repräsentieren, sondern durch das Schüren von Angst, das Verbreiten von Desinformation und das Tätigen von kon-



Sticker auf einem Fenster in Elsterwerda im Januar 2025



CDU-Wahlplakat aus dem Bundestagswahlkampf 2025 in Ludwigsfelde:
beschmiert



SPD-Plakat in Senftenberg:
verunstaltet



AfD-Plakat in Senftenberg:
unbefleckt

troversen Aussagen möglichst viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, um so die nächste Wahl zu gewinnen. Dieser Plan scheint aufzugehen, denn vor allem rechtspopulistische Parteien erleben einen enormen Aufschwung. Dabei sollten die Bürgerinnen und Bürger doch jene Parteien wählen, welche ihre Interessen wirklich am besten vertreten, und nicht jene, die in einigen strittigen Themen am lautesten und extremsten schreien. So finde ich es zum Beispiel vollkommen unangebracht, wenn das BSW mit außenpolitischen Themen Wahlkampf zur Landtagswahl in Brandenburg macht. Im Vordergrund der Debatte sollten doch Themen stehen, die tatsächlich eine Veränderung für den Bürger herbeiführen könnten. Gerade wenn es um eine Landtagswahl geht. Solche kontroversen Themen hingegen werden im Wahlkampf gerne instrumentalisiert, um möglichst viele Menschen zu mobilisieren.

Unsere Gesellschaft ist gespalten, und die Populisten befeuern diese Spaltung noch. Wir streiten uns über Themen wie Migration, Waffenlieferungen und unsere schwächelnde Wirtschaft. Diese Themen sind ohne Frage wichtig, denn sie greifen gesellschaftliche Sorgen vieler Menschen auf. Allerdings müssen diese Themen nicht per se populistisch sein, sondern wir sollten sie viel eher als echte Herausforderungen ansehen, die eine sachliche und faktenbasierte Diskussion verlangen. Auch die sozialen Netzwerke spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Sie fungieren oft als Verstärker, da populistische Parteien von Algorithmen profitieren, die extreme Meinungen sichtbarer machen. Partei-

en wie die AfD sind zudem besonders aktiv und erfolgreich in den sozialen Medien. Dabei scheint es auch fast egal zu sein, wie viel Blödsinn manche Beiträge enthalten. So fiel der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024, Maximilian Krah, zum Beispiel mit solchen Aussagen auf wie: „Echte Männer sind rechts. Echte Männer haben Ideale. Echte Männer sind Patrioten.“ Trotzdem kam die AfD am Ende der Europawahl auf 15,9 Prozent und wurde somit zweitstärkste Kraft. Und das, obwohl sie, wie in ihrem aktuellen Wahlprogramm zu lesen, die EU in ihrer gegenwärtigen Form ablehnt. Soziale Medien sorgen nicht nur dafür, dass sich populistische Aussagen schneller verbreiten, sondern sie bieten die Grundlage für Fake News und Desinformationskampagnen. Vor allem die AfD wird immer wieder mit russischen Desinformationskampagnen in Verbindung gebracht. So waren Spitzenpolitiker der AfD immer wieder auf der Plattform „Voice of Europe“ zu sehen. Diese, wie im März 2024 von europäischen Geheimdiensten aufgedeckt, von einem Putin-nahen Oligarchen finanzierte Plattform veröffentlichte prorussische Narrative und sonstige Propaganda mit dem Ziel, die Wahlen in der EU zu beeinflussen und die Gesellschaft zu destabilisieren. Durch KI und den reduzierten Faktencheck zum Beispiel bei X (ehemals Twitter) wird es immer schwerer, die Wahrheit von Lügen zu unterscheiden. Ein wunder Punkt, der von autokratischen Staaten wie Russland oder China gern ausgenutzt wird, um unsere Demokratie zu untergraben. All dies zeigt mir, wie wichtig es ist, selbstbewusst für unser demokratisches System einzustehen und dessen Werte

zu verteidigen. Ich würde mir wünschen, dass wir uns von Propaganda und Hetze nicht verunsichern lassen und uns wieder auf einen faktenbasierten Diskurs fokussieren und danach unsere Entscheidungen treffen. Generell finde ich, dass viele Parteien zu ideologisiert handeln. Egal, ob links oder rechts. Eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den Parteien scheint unmöglich zu werden. Die Spaltung der Gesellschaft zeigt sich eben auch in unserer Parteienlandschaft. Dass Demokratie auch Kompromiss bedeutet, das scheint vielen nicht mehr klar zu sein.

Gegenüber den Demokratien stehen die Autokratien. Also Länder, in denen die unumschränkte Staatsgewalt in der Hand eines einzelnen Herrschers oder einer einzelnen Partei liegt. Trotzdem stehen Demokratien weltweit unter Druck. So zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2024, dass von 137 untersuchten Ländern nur 63 Demokratien auf 74 Autokratien kommen. So viele wie in 20 Jahren nicht. Auch zeigt sich, dass Autokratien öfter in einen Konflikt verwickelt sind. Die Welt ist zu einem unsicheren Ort geworden. Krisen, Kriege und Unterdrückung nehmen zu. Obwohl man doch eigentlich glauben müsste, wir Menschen hätten aus den gewaltsamen letzten Jahrhunderten gelernt. Nun stellt sich die Frage, wie man mit dieser Entwicklung umgeht. Auf der einen Seite haben wir Autokratien in China und Russland, die heute mit gezielten Cyberangriffen, Desinformationskampagnen und Sabotageaktionen versuchen, Unruhe zu stiften und unsere Gesellschaft zu spalten. Auf der anderen Seite ist die Wirt-

schaft Deutschlands extrem abhängig von diesen Ländern. Gerade China ist ein wichtiges Absatz- und Zulieferland für deutsche Unternehmen. Wir müssen zumindest auf wirtschaftlicher Ebene mit diesen autokratisch regierten Ländern zusammenarbeiten. Dieser Fakt bringt uns in eine moralisch schwierige Lage. Als demokratisches Land verurteilen wir Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung. Jedoch haben Autokratien keinen geringen Anteil an dem Wohlstand, in dem wir heute leben dürfen. Können wir jemanden verurteilen und vielleicht sogar mit Sanktionen belegen, wenn wir eigentlich von ihm profitieren?

Ich wünsche mir eine gerechte und friedliche Welt, die nicht in Demokratie und Autokratie, in „Gut“ und „Böse“ gespalten ist. Und ich träume von einer Welt, in der dieser Wunsch nicht völlig unrealistisch ist. Autokraten und Populisten sind auf dem Vormarsch. Trotz Desinformation und Spaltung müssen wir den demokratischen Diskurs schützen, auf Fakten bauen und zusammenhalten. Nur so können wir den Weg zu Frieden und Gerechtigkeit realisieren.

POLITISCHE BILDUNG

„Viele, vor allem junge Menschen, wissen gar nicht genau, was Demokratie ausmacht. Die Schule könnte sie dies lehren. Leider wird durch soziale Disparitäten verhindert, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben“

Von HANNAH LEIN, 16

Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ (*Oskar Negt, deutscher Soziologe und Sozialphilosoph*)



Demokratie ist etwas, das viel zu oft für selbstverständlich gehalten wird. Ich wachse in einer Gesellschaft auf, in der man wählen kann und seine Meinung frei äußern darf. Wenn ich mir jedoch die gesellschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahre anschau, wird mir klar, dass die Demokratie nicht mehr so stabil ist, wie sie mal war. Überall in Europa, auch hier in Deutschland, gewinnen rechtspopulistische und extremistische Parteien, wie

die AfD, der Rassemblement National oder die FPÖ, an Zustimmung. Ich habe große Angst davor, dass Hass und Intoleranz gegenüber Menschen mit anderer Herkunft, Religion oder Ansichten sich ausbreiten und zur Normalität werden. Oft fällt mir auf, dass viele, vor allem junge Menschen, gar nicht genau wissen, was Demokratie ausmacht. Für sie ist es nur das Wählen von Parteien. Vor einem Jahr dachte ich auch so. Seitdem ich mich jedoch intensiver mit diesem Thema beschäftige, merke ich, wie ausschlaggebend, wie wichtig jeder einzelne Mensch für die Demokratie ist. Ich muss mich für meine Überzeugungen starkmachen und dafür einstehen. Demokratie bedeutet für mich der gegenseitige Respekt auch anderen Meinungen gegenüber. Also Achtung von Menschenrechten, die Gleichberechtigung aller Menschen und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Und es bedeutet, Verantwortung für mich und für andere zu tragen. Dieses Verständnis fehlt häufig, und ich habe das Gefühl, dass es daran liegt, dass in den Schulen und auch zu Hause zu wenig darüber geredet und Mitbestimmung sowie Toleranz gelebt werden.

Ich erlebe das an meiner Schule selbst. Entscheidungen, die uns Schülerinnen und Schüler betreffen, werden häufig ohne uns getroffen. Natürlich gibt es Möglichkeiten, als Schülersprecherin oder Schülersprecher aktiv zu sein und damit die Meinungen und Vorschläge von den Mitschülerinnen und Mitschülern zu äußern. Jedoch finde ich, dass diese nur selten angenommen oder umgesetzt werden. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung erleben Schüle-

rinnen und Schüler politische und demokratische Bildung häufig nur als trockenen Theorieunterricht, ohne dass sie wirklich mitentscheiden dürfen.

Im Politikunterricht habe ich gelernt, dass unsere Staatsform nur funktioniert, wenn wir sie aktiv gestalten und für sie eintreten. Mittlerweile ist es wichtiger denn je, seine eigene Meinung zu vertreten, Kompromisse zu finden oder andere Ansichten und Meinungen auszuhalten. Die Schule könnte genau dieser Ort sein, an dem wir dies lernen. Leider wird durch soziale Disparitäten verhindert, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben. Diese soziale Ungleichheit ist ein weiterer Grund dafür, dass wenig oder sogar gar kein Interesse bei Kindern und Jugendlichen für politische Bildung vorhanden ist. Die Shell-Jugendstudie 2019 zeigt die starke Abhängigkeit von der sozialen Herkunft. Wer in einer Familie lebt, in der Politik Thema ist, hat bessere Chancen, sich politisch zu orientieren und sich aktiv in der Gesellschaft zu beteiligen. Am Esstisch reden meine Familie und ich häufig über aktuelle Ereignisse, und ich erfahre dadurch neue und vor allem verschiedene Standpunkte, durch die es mir leichter fällt, meine eigenen Ansichten zu festigen. Leider hat nicht jeder die Möglichkeit, in so einer politisch interessierten Familie aufzuwachsen.

In einer Welt voller unterschiedlichster Ansichten, Meinungen und Überzeugungen beobachte ich, dass sich viele Menschen nicht mehr gehört und gesehen fühlen. Da-

durch entsteht Unzufriedenheit. Das hat zur Folge, dass Menschen anfälliger für einfache oder radikale Lösungen sind. Rechtspopulistische Gruppen und Parteien nutzen diese Gefühle gezielt aus. Sie bieten einfache Antworten auf komplexe Probleme und schaffen Feindbilder. So wird aus Unzufriedenheit mit der Politik schnell eine Ablehnung der Demokratie. Ich verstehe wirklich nicht, warum das Wort Demokratie für viele nur in der Politik vorkommt. Schulen könnten genau diese Orte sein, an denen wir als Schülerinnen und Schüler tatsächlich mitbestimmen dürfen: wie zum Beispiel bei Projekten die alleinige Verantwortung tragen und Entscheidungen treffen. Oder Diskussionsrunden leiten, in denen alle Meinungen gehört, diskutiert und akzeptiert werden. Hierbei müssen sowohl die Schule als auch die Gesellschaft Verantwortung übernehmen.

In diesem Zusammenhang spielen soziale Medien eine zunehmend bedeutende Rolle. Ich merke selbst, welch immensen Einfluss Plattformen wie TikTok und Instagram auf mich haben. Außerdem verstärken Algorithmen meistens nur die eigene Position, sodass man kaum mit anderen Meinungen konfrontiert wird. Manchmal würde ich gerne alle diese Apps löschen. Ich werde jedoch davon abgehalten, da ich das Gefühl habe, etwas zu verpassen und nicht mehr informiert zu sein. Mich erschreckt, wie abhängig soziale Medien mich und viele andere machen.

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass der Schulunterricht über das fachliche Wissen hinausgehen sollte und die

Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bekommen, wie man beispielsweise richtige Informationen von Fake News unterscheiden kann. Fest steht, dass nur im Zusammenspiel von schulischer mit sozialer Bildung die Grundlagen für die Demokratie wieder gefestigt werden können. Genau deshalb halte ich Oskar Negts Aussage „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ für zutreffend. Demokratie ist ein Prozess, bei dem Neues zu lernen immer erforderlich ist. Von uns allen!



Im Klassenzimmer. Die Autorinnen und Autoren des Buches bei einer Null-Bock-auf-Lernen-Inszenierung. Nur Maddox meldet sich

**„Die Geschichte mag uns lehren,
wie dunkel die Welt sein kann,
aber sie zeigt uns auch, wie viel
Licht entstehen kann, wenn wir
zusammenstehen. Diesen Weg sollten
wir gemeinsam gehen“**



Von VIVIAN MAIBAUER, 18

Ich habe mich entschieden, über Antisemitismus zu schreiben, weil ich auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen möchte. Mein Ziel ist es, zu informieren und Vorurteile abzubauen, ohne dabei politisch Stellung zu beziehen.

Es geht mir darum, die Menschlichkeit zu fördern, damit jeder frei von Angst und Diskriminierung leben kann.

Antisemitismus ist ein Begriff, der eine Schwere in sich trägt, die kaum zu erfassen ist. Er erinnert uns an den Holocaust, das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte, das sowohl Trauer als auch Wut hervorruft, und doch ist er bis heute allgegenwärtig. Warum aber ist es so wichtig,

darüber zu sprechen? Warum sollen wir uns, besonders als Jugendliche, mit diesem Thema auseinandersetzen? Es geht nicht darum, Schuld zuzuweisen oder politische Position zu beziehen, sondern darum zu verstehen, was Antisemitismus ist, was er mit den Menschen macht und wie wir alle dazu beitragen können, eine bessere Zukunft zu gestalten.

Antisemitismus beschreibt die lange Geschichte von Feindseligkeit, Vorurteilen und Diskriminierung von Jüdinnen und Juden. Diese negative Einstellung reicht bis ins Mittelalter zurück, als Juden für Naturkatastrophen, Seuchen oder wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht wurden. Im 20. Jahrhundert gipfelte der Hass im Holocaust, einer der größten Tragödien der Menschheitsgeschichte, bei der über sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet wurden.

Antisemitismus tritt in verschiedenen Formen auf. Er zeigt sich als offen ausgelebter Hass, zum Beispiel in Form von direkten verbalen Beleidigungen, Gewalt oder Hetze gegen jüdische Menschen, Verschwörungstheorien, die weismachen wollen, dass Jüdinnen und Juden eine geheime Kontrolle über Medien, Politik oder Wirtschaft hätten. Stereotype, die jüdische Menschen mit Geldgier oder anderen negativen Eigenschaften assoziieren. Hinzu kommt der subtile Antisemitismus, der sich in der Verharmlosung des Holocaust, abwertenden Witzen oder dem Infragestellen jüdischer Identitäten äußert. Er existiert also nicht nur

in der Vergangenheit, sondern ist bis zur Stunde ein ernstes Problem. Das zu verstehen, ist mir wichtig. Vielleicht denkst du: „Ach, das ist doch Geschichte. Heutzutage gibt es das doch nicht mehr.“ Leider ist das nicht wahr. Der Antisemitismus ist eben nicht verschwunden, er hat nur sein Gesicht verändert. Laut dem Bundesinnenministerium wurden 2023 allein in Deutschland 5164 antisemitische Straftaten registriert – das entspricht mehr als 14 Vorfällen pro Tag. Auch in Europa ist die Situation erschreckend. Die neueste Umfrage der EU-Grundrechteagentur (FRA) zeigt, dass 80 Prozent der Jüdinnen und Juden in Europa der Auffassung sind, dass der Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Fast die Hälfte von ihnen überlegt, das Land, in dem sie leben, zu verlassen, weil sie sich nicht sicher fühlen.

Doch es sind nicht nur die Zahlen, die alarmieren, sondern auch die Geschichten dahinter. Es gibt Menschen, die Angst haben, eine Kippa zu tragen, Kinder, die in der Schule gemobbt werden, weil sie jüdisch sind, und Familien, die Synagogen besuchen und dabei immer Sorge haben, dass etwas passieren könnte. Antisemitismus ist real, und er betrifft sehr viele Menschen. Vielleicht fragst du dich: „Was hat das mit mir zu tun? Ich bin doch nicht antisemitisch.“ Das ist gut. Dennoch ist der Antisemitismus nicht nur ein Problem einzelner Menschen, sondern das einer Gesellschaft. Er ist wie ein Gift, das schleichend das Miteinander zerstört. Wenn wir schweigen oder wegsehen, lassen wir zu, dass dieses Gift weiterwirkt.

Der Antisemitismus war im Dritten Reich der Grund dafür, dass Konzentrations- und Vernichtungslager errichtet wurden, vor allem um Juden auszulöschen. In KZs wie Groß-Rosen gab es Zwangsarbeit, und es entstanden Außenlager, in die die Häftlinge aufgrund von Überfüllung evakuiert wurden. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs gab es von dort die sogenannten Todesmärsche ins Altreich, bei denen viele der Häftlinge starben. Das Außen-



Bild einer Ausstellung des Jüdischen Museums Galizien in Krakau, Polen, im Juli 2024

lager Großkoschen bei Senftenberg, wo ich lebe, war eines der Außenlager von Groß-Rosen. Dort waren Franzosen, Kroaten, Serben, Tschechen, Belgier und Griechen inhaftiert, darunter auch neun politische und zwei sogenannte „asoziale“ Häftlinge, deren Herkunft nicht bekannt ist. Insgesamt gab es 750 Häftlinge in Großkoschen. Seit ich davon weiß, hat dies eine ganz andere Wirkung auf mich. Wenn ich dort bin, spüre ich immer eine erdrückende Atmosphäre, die mir Schauer über den Rücken laufen lässt. Alle negativen Gedanken und Ängste sammeln sich in meinem Kopf, und ich kann kaum klar denken. Dass es Großkoschen gibt, wussten die Einwohner zwar, aber fast jeder von ihnen hatte keinen blassen Schimmer, was für Grausamkeiten sich dort vor nunmehr über 80 Jahren abspielten. Unser Seminarkurs „#GegenDasVergessen“ hat sich 2023 zum Ziel gesetzt, Empathie zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen. Wir setzten uns mit dem KZ-Außenlager Großkoschen und den Opfern auseinander und wollen Gedenktafeln aufstellen. Und wir schrieben unser erstes gleichnamiges Buch „#GegenDasVergessen“. In dem gesamten Projekt ging es uns in erster Linie darum, die Verbindung zwischen Geschichte und Gegenwart zu verstehen. Aus diesem Grund schreibe ich auch in dem Buch „#FürDemokratieGegenExtremismus“ mit.

Antisemitismus ist ein Thema, das uns lehrt, warum es so wichtig ist, aufmerksam zu sein und zu bleiben, hinzusehen und zu handeln. Denn wenn ich aus der Geschichte etwas lernen kann, dann das, dass Gleichgültigkeit gefähr-

lich ist. Es handelt sich ja nicht nur um ein historisches Ereignis, sondern, wie gesagt, um ein aktuelles Problem, das viele Menschen betrifft. Stell dir vor, du gehst durch deine Stadt und siehst plötzlich, dass irgendjemand die Schaufenster eines jüdischen Geschäfts eingeschlagen hat. Oder du hörst einen abwertenden Kommentar über Jüdinnen und Juden. Vielleicht spürst du dann Traurigkeit oder Wut. Wenn du nichts spürst, dann stell dir vor, du wärst selbst jüdisch. Stell dir vor, es wäre dein Geschäft, deine Familie, dein Glauben, der so angegriffen wird. Wie würdest du dich fühlen? Genau hier beginnt Empathie. Es geht darum, sich in andere hineinzusetzen und zu verstehen, wie es ist, von Hass betroffen zu sein. Und wenn wir das einmal fühlen, können wir nicht mehr schweigen. Vielleicht fragst du dich: „Was kann ich alleine denn schon ändern?“ Mehr, als du denkst. Es gibt viele kleine Schritte, die vieles verändern können. Das bedeutet nicht, dass man politisch aktiv werden muss. Das ist auch nicht mein Ziel. Es reicht, wenn wir im Alltag aufmerksam und mitfühlend sind. Informiere dich einfach über die Geschichte des Antisemitismus, und höre jüdischen Menschen zu, die dir ihre Geschichten erzählen und über ihre Erfahrungen sprechen. Hinterfrage Vorurteile, wenn du Witze oder Kommentare hörst, die antisemitisch sind, und misch dich ein. Das kann unangenehm sein, aber es ist wichtig. Steh auf und sei ein Verbündeter. Wenn du siehst, dass jemand diskriminiert wird, zeige Solidarität. Zeige Haltung. Erinnerung dich an die Geschichte, besuche Gedenkstätten, lies Bücher über den Holocaust, oder sprich mit Überleben-

den, wenn du die Möglichkeit hast. Es geht nicht darum, die Welt im Alleingang zu verändern, sondern darum, im Kleinen anzufangen. Jede Stimme zählt, jede Handlung gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit ist ein richtiger, ein wichtiger Schritt.

Trotz der Schwere des Themas gibt es auch Hoffnung. Hoffnung in den Menschen, die sich gegen Antisemitismus stellen. Hoffnung durch Bildung, die jungen Menschen zeigt, wie wichtig Vielfalt und Respekt sind. Und es gibt die Hoffnung in dir selbst, weil du diesen Text liest und dich vielleicht mit diesem Thema auseinandersetzt. Antisemitismus ist ein Problem, das uns alle angeht. Es ist kein jüdisches Problem, sondern ein menschliches. Es liegt an uns sicherzustellen, dass wir aus der Vergangenheit lernen und uns eine Zukunft schaffen, in der alle Menschen frei von Angst und Hass leben können. Die Geschichte mag uns lehren, wie dunkel die Welt sein kann, aber sie zeigt uns auch, wie viel Licht entstehen kann, wenn wir zusammenstehen. Wir sollten diesen Weg gemeinsam gehen – mit offenen Augen, mit offenem Herzen und dem festen Willen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Gerade wir, die in einer Demokratie leben, haben die Chance, diese Welt zu gestalten.

„Irgendetwas ist schiefgelaufen. Der Begriff ‚Nazi‘ scheint unter den Jugendlichen mehr und mehr eine neue Bedeutung zu bekommen. Eine, die oft mit Provokation und Gewalt verbunden ist. Das muss man ändern“

Von LENA THERES
NEUBERT, 16

Nazi. Ein Wort, das für das Böse steht. Für Grausamkeit, Menschenverachtung, Tod und Völkermord. Im Zweiten Weltkrieg starben auf Befehl Hitlers Millionen Menschen – einfach, weil sie anders waren. Weil sie nicht „arisch“ waren, einer anderen Religion angehörten, die falsche sexuelle Orientierung hatten oder eine andere Politik vertraten. Das sollte niemals vergessen werden. Auch an meiner Schule höre ich täglich das Wort „Nazi“. Als Beleidigung, als Witz. Das Wort, das für die dunkelste Zeit der neuen deutschen Geschichte steht, wird banalisiert. Das empört mich. Aussagen wie „Der sieht aus wie ein Nazi“ oder „Du



Nazi!“ werden auch von meinen Freunden benutzt. Das beschämt mich. Ein Begriff wird missbraucht. Wenn ich so etwas höre, denke ich nicht mehr an die Vergangenheit, an das, was der Begriff im Eigentlichen bedeutet, sondern ich denke an die mir gut bekannte Person, die so etwas gesagt hat, oder an jemanden, der eher konservativ ist oder weit rechts steht. Oder an jemanden, der einfach etwas nachplappert, ohne zu wissen, was er sagt.

Der Nationalsozialismus, der Schrecken, Unmenschlichkeit und Leid symbolisiert, ist das Lieblingsthema vieler Schülerinnen und Schüler im Geschichtsunterricht. Für mich passt der Begriff „Lieblingsthema“ nicht zum Dritten Reich. Ich finde ihn unpassend, weil dort Verbrechen in einem unfassbaren Ausmaß stattfanden. Mir ist seit Langem bewusst, dass man möglichst alles tun sollte, um zu verhindern, dass derartige Verbrechen noch einmal geschehen. Stattdessen sollten wir aus der Geschichte lernen. Ich sage es noch einmal: Millionen Menschen wurden wegen einer anderen Religionszugehörigkeit, einer anderen politischen Denkweise oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt. Das darf niemals vergessen werden. Deshalb finde ich es so wichtig, dieses Thema nicht zu verharmlosen.

Doch irgendetwas ist schiefgelaufen. Denn es gibt Menschen, die für Ausgrenzung sind. Wenn ich mir vorstelle, dass die rechte Szene in Deutschland immer mehr Jugendliche anzieht, erfüllt mich das mit einer Mischung aus Sor-

ge, Unverständnis und dem Wunsch, die Ursachen dafür zu verstehen. Besonders der Begriff „Nazi“ scheint mehr und mehr eine neue Bedeutung zu bekommen – eine, die leider oft mit Provokation und Gewalt verbunden ist. Ein Beispiel dafür ist die JN, die Organisation „Junge Nationalisten“, die 1969 gegründet wurde. Sie ist die offizielle Jugendorganisation der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ (bis 2023 NPD) und unterstützt das Spektrum der rechtsextremistischen Szene. Vor allem durch Social Media scheint diese Organisation wieder mehr Zulauf zu haben. Ziel der JN ist es, andere von ihren rechten Ideologien zu überzeugen. Vor allem junge Menschen. Und dann gab es bis vor etlichen Wochen noch die JA, die „Junge Alternative“, die Jugendorganisation der AfD, die seit Februar 2024 als gesichert rechtsextrem eingestuft werden durfte. Auch sie nutzte Social Media für ihre Zwecke, um ihr rechtes Gedankengut, ihre rechte Propaganda einer bereitwilligen Klientel leichter zugänglich zu machen. Nach der Auflösung der JA Ende März 2025 soll es innerhalb der AfD bald eine neue Jugendorganisation geben. Mal schauen, wie sich deren Mitglieder positionieren werden.

Ich frage mich oft, warum die rechte Szene gerade bei Jugendlichen – vor allem in den ostdeutschen Bundesländern – so viel Anklang findet. Vielleicht weil Unwissenheit eine große Rolle spielt. So sehe ich zum Beispiel, wie manche Jugendliche in Online-Foren oder durch provokative Memes mit rechten Inhalten in Kontakt kommen, ohne sich der Tragweite dieser Aussagen bewusst zu sein. Wenn

man sich die Mühe macht, die Ideologien dieser Gruppierungen zu hinterfragen, wird einem eigentlich schnell klar, wie menschenverachtend und gefährlich sie sind.

Zu denen, die solche Ideologien öffentlich verbreiten, gehören auch einige AfD-Mitglieder.

„Hitler war ein Kommunist. Ein Sozialist.“ – Alice Weidel, AfD-Parteichefin, im Gespräch mit Tech-Milliardär



Nazi-Schmierereien an einer Hauswand im Senftenberger Schlosspark im Januar 2025

Elon Musk. (Anmerkung: Diese Behauptung ist falsch, da bei den Nationalsozialisten ein rassistisches und biologistisches Denken herrschte, das Historiker klar rechts einordnen.)

„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte.“ – Alexander Gauland, mittlerweile AfD-Ehrenvorsitzender, auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative für Deutschland 2018.

„Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ – Björn Höcke, AfD, „Wall Street Journal“, 2017.

Fast jeder Jugendliche in meinem Umkreis kennt diese Zitate. Allein solche Aussagen von Politikern zu hören, lässt mich das gesamte Konzept der Demokratie und der freien Meinungsäußerung hinterfragen. Doch sie sind erlaubt, weil wir in einer Demokratie leben. So konnte in Braunschweig auch die Demonstration der Splitterpartei „Die Rechte“ unter dem Motto „Braunschweig, Nazi-Stadt“ stattfinden. Für mich ist das nichts weiter als pure Ignoranz der Demokratie gegenüber. Unmöglich finde ich es auch, wenn Jugendliche oder Erwachsene rechte oder nationalsozialistische Symbole an ihrer Kleidung tragen, als wären sie ein modisches Accessoire. Oder wenn sie Begriffe benutzen, die eindeutig aus der NS-Zeit stammen. Das alles kann und darf nicht akzeptiert werden, weil es für mich die Grenze der freien Meinungsäußerung überschreitet und noch dazu die Gewaltherrschaft unter den Nazis mehr und mehr ausblendet. Diese Geschichte darf

sich nicht wiederholen. Damit das verhindert wird, muss leider noch viel getan werden.

Im vorletzten Jahr besuchte ich eine Feier von Bekannten. Da kaum Jugendliche anwesend waren, kamen die



Der Sticker „Make Ökos rechts again“ klebte im Februar 2025 an einer Laterne vor der Polizeiwache in Senftenberg. Aber nicht lange

wenigen jungen Leute schon fast automatisch zusammen. Darunter auch ich. In einem Gespräch bezeichnete sich ein Junge, ungefähr 17 Jahre alt, ganz selbstverständlich als Nazi und rechtsextrem. Ohne zu zögern, hob er den rechten Arm und deutete den Hitlergruß an. Ich war geschockt, konnte im Moment kaum darauf reagieren und fragte ihn schließlich, was er denn von dem Dritten Reich denken würde. Seine Antwort war beunruhigend eindeutig: „Es sollte genau so wieder geschehen.“ Als ich – völlig perplex – nachhakte, was genau denn so wieder geschehen soll, konnte er kaum eine ordentliche Antwort geben beziehungsweise definieren, was im Nationalsozialismus geschah. Seine Aussage wirkte inhaltslos, fast wie hingeworfen, einfach wie etwas, das er einmal irgendwo aufgeschnappt hatte. Alle anderen Jugendlichen schienen seine Meinung zu vertreten. Sie äußerten Parolen wie „Scheiß Ausländer“ oder „Deutschland soll wieder deutsch werden“. Das fand ich besonders verstörend, und ich fühlte mich immer unwohl.

Im Nachhinein hätte ich gerne noch gezielter nachgefragt, um die schon fast stolz vorgetragene Ansicht dieses Jungen besser zu verstehen. Und ich fragte mich, wieso gerade ich an diesem Tisch saß, und versuchte, die Aussagen und Fakten dieser Gleichaltrigen, die alle falsch waren, sachlich zu widerlegen, ohne jemandem dabei zu nahe zu treten. Und ich stelle mir bis heute die Frage, ob es einfach ein neuer Trend oder eine Art Angst vor Ausgrenzung ist, wenn man dem nicht widerspricht, was vielleicht der bes-

te Freund gerade von sich gibt. Selbst wenn es falsch ist und man in Wahrheit anderer Meinung ist. Für mich sind Menschen, die die Vergangenheit leugnen, nichts weiter als unwissend, inkompetent und ungebildet.

Heute frage ich mich bei solchen Diskussionen immer: Kann man eine so tief verankerte, eingebrannte Meinung, die auch einen politischen Ansatz hat, überhaupt ändern? Man kann. Man muss es nur wollen. Auch ich vertrete nicht jede Form von Veränderung oder Wandel. Auch ich bin oft anderer Meinung. Doch ich bin weder eine rechte Person, geschweige denn ein Nazi. Ich bin eine Demokratin. Und genau deswegen ist es für mich wichtig, meine Stimme für die Demokratie zu erheben und ein Buch wie dieses mitzugestalten.



Rechtsextreme Sticker an Glasfenstern

in Elsterwerda im Januar 2025

„Die Ablehnung der Demokratie sieht man nach meiner Erfahrung vor allem durch das Einschränken der Pressefreiheit, die im deutschen Grundgesetz festgehalten ist. Wer dagegen verstößt, erklärt sich also auch zu einem Antidemokraten“



Von PHILIPP
REINKENSMEIER, 18

Alerta, alerta, antifascista!“, „161!“ und „Kapitalismus abschaffen!“ – oft höre ich diese Ausrufe. Auch zu lesen sind sie. Sei es an bemalten Stromkästen oder an Hauswänden. Sie sind Teil

der linken bzw. linksextremen Organisation Antifa (Antifaschistische Aktion). Die Antifa ist kein einheitlicher, zentral organisierter Verband, sondern ein Sammelbegriff für verschiedene antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen. Unterschieden wird dabei jedoch nicht nach links oder rechts, sondern nach links oder linksextrem. Ob die Antifa als linksextrem bezeichnet werden kann, hängt von der

jeweiligen Gruppe ab. Sie umfasst ein breites Spektrum von gemäßigten linken Demokraten bis hin zu radikalen Gruppierungen mit revolutionären oder systemkritischen Ansichten. Der Verfassungsschutz nimmt ebenfalls eine differenzierte Einstufung vor. Dieser unterscheidet Linksextreme, insbesondere wenn sie Gewalt als Mittel des politischen Kampfes befürworten, oder andere Antifa-Gruppen, die er als friedlich einstuft, wenn sie sich im zivilgesellschaftlichen Bereich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aussprechen.

Die Antifa ist natürlich nur ein Beispiel für den Linksextremismus in Deutschland, wenn auch ein spezielles. Aber was ist das überhaupt? Als Linksextremismus werden politische Ideologien und Bewegungen bezeichnet, die darauf abzielen, das bestehende gesellschaftliche und politische System – oft die parlamentarische Demokratie und die kapitalistische Wirtschaftsordnung – radikal zu verändern bzw. sogar abzuschaffen. Dabei lehnen linksextreme Gruppen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und setzen sich für eine klassenlose Gesellschaft ein, die meist durch Kommunismus oder Anarchismus erreicht werden soll.

Durch Zufall habe ich einmal ein Gespräch mitbekommen, bei dem eine im Internet aktive Person von linksextremen Menschen bedroht wurde. Die Situation spielte sich bei einer Demonstration in Dresden ab. Die schon bereits erwähnte Organisation Antifa führte eine Demo

gegen die politisch auffällige AfD durch. Dabei wollte der Blogger Eindrücke sammeln und filmte die Versammlung. Seine Pressefreiheit wurde daraufhin eingeschränkt, indem zwei offenbar linksextreme Mitglieder der Antifa ihm die Kamera aus der Hand schlugen und ihn bedrohten. Später fand ich die Aufnahmen auf der Online-Plattform TikTok und konnte somit das gesamte Gespräch nachvollziehen. Offenbar alkoholisiert, bedrohten die Antifa-Anhänger den Blogger und drohten ihm Gewalt an, wenn er das Filmen nicht unterlassen würde. Der Blogger ließ sich jedoch nicht beeindrucken und versuchte, die Lage sachlich zu beruhigen. Dies gelang ihm nicht, weshalb er schlussendlich die Polizei rufen musste.

Dieser Vorfall beschreibt gut die typischen Merkmale des Linksextremismus. Als Erstes steht dabei die Ablehnung der Demokratie im Vordergrund. Viele linksextreme Strömungen sehen Parlamente und demokratische Prozesse als Werkzeuge der „herrschenden Klasse“ und fordern eine „revolutionäre Umgestaltung“. Die Ablehnung der Demokratie sieht man nach meiner persönlichen Erfahrung vor allem durch das Einschränken der Pressefreiheit. Diese ist jedoch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgehalten. Wer dagegen verstößt, erklärt sich also auch zu einem Antidemokraten.

Als weiteres sehr prägnantes Merkmal lässt sich die Gewalt als Mittel des politischen Kampfes feststellen. Während nicht alle linksextremen Gruppen Gewalt anwenden,



Sprühereien gegen links an einer Hauswand beim Schlosspark von Senftenberg

gibt es Strömungen, die Sabotage, Angriffe auf Institutionen oder Ausschreitungen bei Demonstrationen als legitime Mittel betrachten. Letzteres beschreibt dabei sehr gut meine oben erzählte persönliche Erfahrung. Das Androhen von Gewalt und schließlich auch das Umsetzen derselben spricht ebenfalls gegen die demokratischen Werte und somit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Eine weitere persönliche Erfahrung aus meinem Leben beschreibt die Situation, in der ein guter Bekannter und ich einen Mann beim Besprühen eines Stromkastens beobachteten, der offenbar ein Mitglied der Antifa war. Er besprühte diesen in weiß-roten Farben und schrieb „161“ drauf. Die Zahlen stehen für die Buchstaben A, F und A, was „Antifaschistische Aktion“ bedeutet. Aufgrund der Gewaltbereitschaft der Antifa entschieden wir uns dazu, nicht auf die Person zuzugehen und uns im Hintergrund zu halten. Wenige Tage später wurden die Ziffern 161 durch eine weitere 1 ergänzt, wodurch nun die Zahlenreihenfolge 1161 auf dem Stromkasten stand. Ausgeschrieben bedeutet diese Zahlenfolge „Anti-Antifaschistische Aktion“, was der gegnerischen Seite der Antifa, also der Rechten beziehungsweise rechtsradikalen Gruppen zuzuordnen ist. Neben der Sachbeschädigung, die durch das Besprühen von Hauswänden oder wie in diesem Fall eines Stromkastens entsteht, zeigen solche Aktionen auch, wie gespalten die jeweiligen Lager sind und wie viel Hass und Gewalt verübt werden. Erschreckend finde ich, dass Gewalt nicht nur den gegenüberstehenden Lagern (links und

rechts) angedroht und gegen sie angewendet wird, sondern auch gegenüber Politikern und „normalen“ Bürgern. Linksextremisten rufen unter dem Motto „Antifa heißt Angriff“ regelmäßig zu von ihnen so bezeichneten „Gegenaktionen“ auf, welche sich gegen ihrer Meinung nach „faschistische“ Personen, Gruppen oder Institutionen richten. Gemeint ist damit letztlich nichts anderes als die Begehung von Straftaten wie Sachbeschädigungen, Brandstiftungen oder teils erheblichen Körperverletzungen, bei denen in Einzelfällen auch der Tod von Menschen in Kauf genommen wird.

Linksextremistische Gewalttäter verfolgen mit ihren Angriffen nicht nur ein bestimmtes Opfer, sondern streben ein weitreichendes Ziel an. Ihr fortwährend geführter gewaltsamer „antifaschistischer Kampf“ soll vor allem ein Klima der Einschüchterung schaffen. Dabei richten sich ihre Aktionen gezielt gegen Personen, die sie als rechts oder rechtsextremistisch einordnen. Ziel ist es, diese politischen Gegner aus der Gesellschaft zu verdrängen und sie daran zu hindern, ihre Meinungen öffentlich zu äußern. Im Jahr 2023 ereigneten sich laut Bundeskriminalamt (BKA) 7777 Straftaten von Linksextremisten. Die Zahl der Gewaltdelikte betrug 916. Ein Beispiel für eine Gewalttat ereignete sich beispielsweise am 16. Mai 2020 in Stuttgart, als drei Männer, die auf dem Weg zu einer Corona-Demonstration waren, mit Faustschlägen und Tritten angegriffen wurden. Bei diesem Angriff wurde ein Mann so schwer verletzt, dass er lange Zeit im Koma lag und in akuter Lebensgefahr

schwebte. Zu dieser Tat bekannten sich die Täter später selbst auf einer Internetplattform und kündigten im gleichen Atemzug weitere Gewalttaten an.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Linksextremismus in Deutschland eine ernst zu nehmende Bedrohung darstellt, die sich nicht nur in gewaltsamen Aktionen, sondern auch in der Ablehnung demokratischer Werte und der Freiheit der Meinungsäußerung zeigt. Die Antifa ist nur ein Beispiel für diese extremistischen Strömungen, die mit Gewalt, Einschüchterung und Sachbeschädigung versuchen, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Die Zahl der Straftaten, die von Linksextremisten begangen werden, zeigt, wie weit die Bereitschaft geht, demokratische Grundrechte zu untergraben. Es ist wichtig, diesen Entwicklungen aufmerksam zu begegnen und sich klar gegen jede Form von Extremismus, ob links oder rechts, zu positionieren, um die Stabilität unserer Gesellschaft und unserer Demokratie zu wahren.



Manche haben mit links nichts am Hut: Statement an der Wand eines Fast-Food-Restaurants in Senftenberg

„Unsere Demokratie schützt und wertschätzt Frauen. Trotzdem finde ich es schockierend zu sehen, dass sie in Deutschland ihre Jobs in Vorständen oder Aufsichtsräten großer Unternehmen noch immer einer Quote verdanken“



Von GWEN SHIRLEY
ROICK, 17

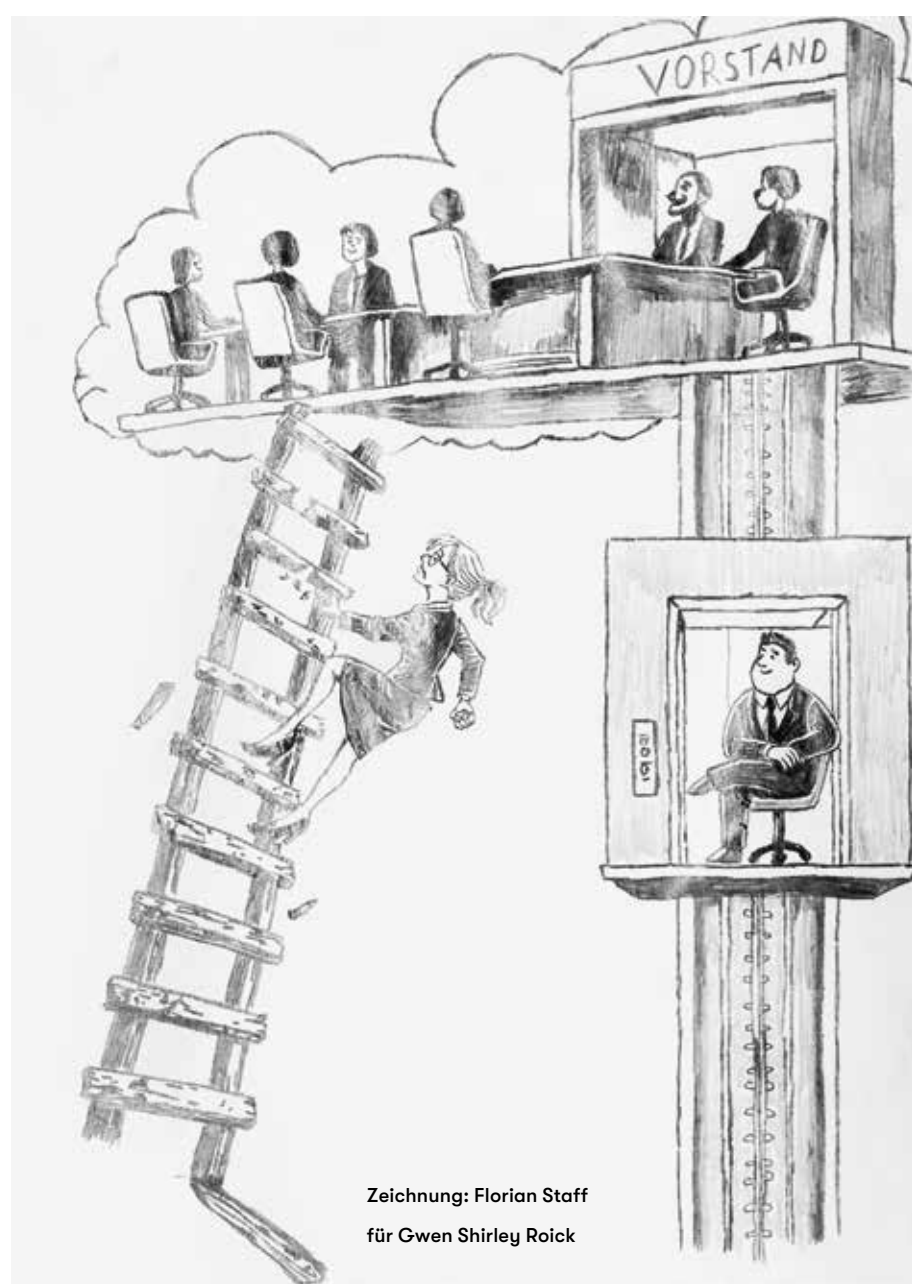
Ich als Frau habe das Glück, in einer Zeit und in einem Land geboren zu sein, in dem es meine Grundrechte sind, zu wählen, Bildung zu genießen, über meinen Körper zu bestimmen, zu lieben, wen ich

möchte, zu sagen, was ich denke, anzuziehen, was mir gefällt, und dabei sicher zu sein. Ich selbst habe keinen Beitrag für diese Privilegien geleistet. Diesen Kampf haben Frauen vor mir über Jahrhunderte ausgetragen. Und genau das ist es, was mich dazu bewegt, meine Stimme in diesem Buch zu nutzen, einen Beitrag zu leisten und dafür zu kämpfen, diese Rechte zu behalten und auszubauen. Leider gibt es

auf der Welt immer noch zu viele Frauen, die in der Spirale der Unterdrückung gefangen sind. Deshalb bin ich und jede andere, die jeden Tag mit diesen Rechten aufwacht, es ihnen schuldig, dafür zu kämpfen, dass jede Frau für sich selbst entscheiden darf. Denn es ist keine Demokratie, wenn Frauen nicht legal abtreiben können. Es ist keine Demokratie, wenn Frauen in der Ehe straffrei vergewaltigt werden dürfen, und es ist keine Demokratie, wenn Frauen keine Mitspracherechte haben. Ich persönlich musste noch keine Erfahrungen damit machen, aufgrund meines Geschlechts benachteiligt oder diskriminiert zu werden. Und das ist etwas, wofür ich dankbar bin. Besonders wenn man bedenkt, dass noch vor weniger als einem halben Jahrhundert Frauen beispielsweise in beruflicher Hinsicht abhängig von dem Wohlwollen ihres Mannes waren. Mich schockiert es jedes Mal aufs Neue, wie fest verankert die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in vielen Köpfen immer noch ist. Natürlich habe auch ich schon oft Sätze wie „Frauen gehören in die Küche“ oder „Für die Kinder und das Putzen sind doch die Frauen verantwortlich“ gehört. Viel schockierender war für mich jedoch zu erfahren, warum dieses Klischee unser aller Vorstellungsvermögen und besonders das der Männer bis heute dominiert. Viele dieser Ansichten sind durch die Geschichte geprägt.

Uns sind Erzählungen von Jägern und Sammlern bekannt, die durch eine klare Arbeitsteilung gekennzeichnet sind. Frauen kochen und kümmern sich um die Kinder, während die Männer mit gefährlichen Waffen durch die

Natur ziehen, um die Familie zu ernähren. Interessant ist jedoch zu wissen, dass es Funde gibt, die diese Theorie ins Wanken bringen, und dass auch viele Fehlannahmen in Bezug auf die Ausgrabungen kursieren. Erst 2023 gab es einen Nachtrag zum Grab des „Ivory Man“, einem Grab, reich an Waffen und anderen wertvollen Beigaben. Aufgrund jahrhundertelanger Rollenklischees wurde seit 2008 davon ausgegangen, dass es sich um einen Mann handelte, doch nach neuesten DNA-Tests wurde sowohl im Fall des „Ivory Man“ als auch in bis zu 50 Prozent weiterer Fälle festgestellt, dass es in Wahrheit weibliche Kämpfer waren. Damit scheint bewiesen, dass bereits unsere Vorfahren mehr Wert auf die Fähigkeiten des Individuums gelegt haben als auf deren Geschlecht. Doch leider tragen solche Funde weniger zur Änderung unseres Grundverständnisses über die „natürliche“ Rollenverteilung bei, als anzunehmen ist. Denn schon kurz nach der Epoche der Jäger und Sammler musste die Frau als Mutter möglichst viele Kinder zum Erhalt der Armeen in die Welt setzen. Das Bild der Frau als „Gebärmachine“ ist bis heute in vielen Köpfen und besonders in vielen Kulturen fest verankert. Dadurch wurde die Frau automatisch aus dem gesellschaftlichen Raum gedrängt. Die Politik und die Rechte der Bevölkerung wurden ausschließlich von Männern auf- und ausgebaut. Der Diskurs wurde also von ihnen dominiert, und die Rolle der Frauen wurde über die Zeit hinweg zunehmend abgewertet. Durch diesen Prozess wurden sie im Laufe der Geschichte schließlich als das „schwächere“ Geschlecht wahrgenommen, weil die



Zeichnung: Florian Staff
für Gwen Shirley Roick

Gesellschaft diese ungerechte Hierarchie systematisch geschaffen und fest verankert hat.

In dieser Hinsicht fühlt es sich für mich besonders fraglich an, ob Männer tatsächlich in der Lage sind, gerechte Entscheidungen für frauenrelevante Themen zu treffen. Ob also ein Politiker, der „schockiert“ ist über einen Gesetzesvorschlag zur Rechtmäßigkeit der Abtreibung bis zur zwölften Woche, wirklich das Recht hat, für Millionen von Frauen im Land zu entscheiden, sollte hier besonders hinterfragt werden. Jemand, der nie in der Lage sein wird, ein Kind auszutragen, sollte meines Erachtens keine Entscheidungsgewalt über dessen Rechtmäßigkeit haben dürfen. Eine Mutter, die sich gegen ihr eigenes Kind entscheidet, sollte nicht für eine solch schwere Entscheidung verurteilt werden. Welche Gründe es auch immer dafür gibt. Wenn eine Frau nicht über ihren Körper bestimmen darf, entsteht eine Unverhältnismäßigkeit, vor der man nicht die Augen verschließen darf. Wie würde es um die Abtreibung stehen, würden Männer schwanger werden? Wie laut wäre dann der Aufschrei der Gesellschaft?

Trotzdem sollte man bedenken, dass die Demokratie mit allen ihren Vorteilen Frauen in Deutschland schützt und wertschätzt. Es ist mir wichtig, das zu sagen. Auch wenn ich in meinem Text Aspekte im Umgang mit „der Frau“ kritisiere, möchte ich dennoch anmerken, wie viel weiter die deutsche Gesellschaft hinsichtlich der bedingungslosen Gleichberechtigung im Vergleich zu anderen Kulturen und

Ländern ist. Ich bin mir dieser vorteilhaften Umstände bewusst und finde dennoch, dass auch unsere Generation die Möglichkeit haben sollte, dieses Erbe weiter auszubauen. Denn auch wenn ich keinen Beitrag zu meinen aktuellen Rechten als Frau in diesem Land geleistet habe, möchte ich mich nicht auf diesen ausruhen, sondern mich aktiv daran beteiligen, sie weiterzuentwickeln und meinen Beitrag zu leisten. Doch nicht nur ich kann dazu beitragen. Das können alle Geschlechter, denn ein misogynen Verhalten legen nicht nur Männer an den Tag, sondern auch die Frauen selbst. Mit Schuldzuweisung bei sexueller Belästigung an die Frau, Kritik an Frauen, die ihre Karriere über ihre Rolle als Mutter stellen, oder Abwertung von Frauen in Führungspositionen – jede dieser Handlungen trägt dazu bei, dass die Abwertung weiter Bestand hat.

Ich kann nur hoffen, dass es für die nächste Generation ebenso unvorstellbar sein wird, dass es tatsächlich eine Frauenquote geben musste, um gleich qualifizierten, wenn nicht qualifizierteren Frauen in männerdominierten Berufen Plätze einzuräumen. Trotzdem bin ich gegen eine Frauenquote – auch wenn das ein Satz ist, der konträr zu meinen vorherigen Aussagen steht. Und das nicht, weil ich der Meinung bin, dass Frauen einfach nicht in bestimmte Berufe gehören, im Gegenteil. Ich finde es schockierend und traurig zu sehen, dass im Jahr 2025 Frauen ihre Jobs beispielsweise in Vorständen oder Aufsichtsräten großer Unternehmen noch immer einer Quote zu verdanken haben. Es fühlt sich für mich einfach nicht zeitgemäß an,

wenn Männer nicht wegen ihres Könnens einen Vorteil im Beruf haben, sondern wegen ihres Geschlechts. Warum gelingt es nicht, eine gerechte und neutrale Haltung der Gesellschaft zu erlangen, welche es Menschen jeden Geschlechts ermöglicht, auf faire Weise eine Position nach ihren Fähigkeiten zu bekommen? Was hält uns davon ab, Vaterschaftsurlaube als exakt dasselbe Risiko für einen Arbeitsausfall zu sehen wie den Mutterschaftsurlaub? Welche Vorurteile blockieren das Denken so vieler zu stolzer Männer bis heute so massiv? Ist es der Widerwille, alte Rollenmuster aufzubrechen, oder einfach nur Angst? Was immer es ist, ich kann nur hoffen, dass, falls ich eines Tages eine Tochter haben sollte, diese die Möglichkeit hat zu werden, was sie möchte: ohne Angst vor Chancenungleichheit, Diskriminierung, Ausgrenzung und sexuell motivierten Anfeindungen.

„Ich sehe mich als Teil eines Projekts, das für die Demokratie und gegen jede Form von Extremismus steht. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, meinem Umfeld immer wieder zu erklären und vorzuleben, wie wichtig Demokratie ist und wie schützenswert“

Von CHARLOTTE
SCHIMMACK, 18

In den letzten drei Jahren, in denen ich mich näher mit der deutschen Politik auseinandergesetzt habe – vor allem in unserem Seminarkurs „#GegenDasVergessen“ –, wurde mir bewusst, dass sich die Menschen auch in meinem Umfeld, in meiner Stadt, immer weiter nach rechts bewegen. Ganz anders als ich, die genau das Gegenteil tut. Jedoch kommt man oft nicht um eine Auseinandersetzung mit den „Rechten“ herum. Ich für meinen Teil kämpfe durch unsere Projekte für die Demokratie und Sorge damit dafür, dass die NS-Geschich-



te in der Region aufgearbeitet wird. Auch deshalb ist es für mich absolut nicht nachvollziehbar, wie man Politikern zuhören kann, die über manche Menschen reden, als wären sie die Pest, die unsere „deutsche“ Kultur verseuchen oder verunreinigen. Mit diesen Politikern meine ich solche, die die Rechte von Homosexuellen, Migranten, Antifaschisten oder Frauen einschränken wollen.

Ich könnte noch weiter aufzählen, doch dann würde ich kein Ende finden. Mir ist bewusst, dass ich niemandem den Mund verbieten kann, obwohl ich häufig einen starken Drang danach verspüre. Es sollte Normalität sein, jeden Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Glauben, gleich zu behandeln und nicht abwertend zu reagieren. Wir leben in einer vielfältigen, bunten Welt, welche es zu bewahren gilt. Dieses Ziel erreichen wir nicht, wenn wir um uns eine Mauer bauen, die nicht durchdrungen werden darf. Deshalb sollte es die Aufgabe der Gesellschaft sein, sich gegenseitig zu unterstützen und zu respektieren. Was soll denn sonst aus unserer Zukunft werden? Aus unseren Kindern, wenn sie nicht die Demokratie und ihre damit verbundene Freiheit wertschätzen lernen? Wir sehen doch überall auf der Welt, wie schnell es gehen kann, dass man innerhalb kürzester Zeit keine Rechte und Werte mehr hat. Schrecklich, diese Vorstellung.

Ich will das nicht. Nicht für meine Kinder, nicht für meine Feinde, nicht für jemanden in unserem Universum. Erst wenn man etwas nicht mehr hat, weiß man

es zu schätzen und dankbar zu sein. Doch muss es erst zu Angriffen auf das „Fremde“, zu Verboten kommen, damit man sieht und realisiert, wie wertvoll die Demokratie ist? Leider ja. Der Grund dafür sind beispielsweise Politiker, die mit folgenden Aussagen um die Ecke kommen: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde“ (Marcel Grauf, rechtsextremer Aktivist) oder „Am besten das Pack zurück nach Afrika prügeln“ und „Auf der Stelle erschießen, dann wird sich das ganz schnell legen“ (Dieter Görnert, früherer AfD-Lokalpolitiker). Dies sind nur drei von unzähligen menschenverachtenden Aussagen, die gemacht wurden. Hier wird nicht nur der Nationalsozialismus verherrlicht, sondern auch einer Diktatur gehuldigt, welche allein über sechs Millionen Jüdinnen und Juden auf dem Gewissen hat. Nur wer im Geschichts- und Politikunterricht nicht aufgepasst hat, kann solche niederträchtigen Aussagen von sich geben. Gerade, und Gott sei Dank, kämpfen in Deutschland viele Menschen darum, dass die Geschichte des Dritten Reiches und des Holocaust nicht vergessen wird. Doch Menschen wie diese Politiker machen es uns nicht leichter. Es ist ja nicht so, als würden wir, die Befürworter, die Kämpfer für die Demokratie, uns in der Öffentlichkeit nicht oft genug zeigen und klarstellen, wie wir zu dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte stehen. Trotzdem werden immer wieder diskriminierende Meinungen verbreitet, die mit meinem Menschenbild absolut nicht übereinstimmen.

Dabei leben wir in einem Land, in dem niemand Angst vor Diskriminierung haben sollte. Die Realität sieht aber leider anders aus, obwohl alle lange genug Zeit hatten, über die Jahre zwischen 1933 und 1945 nachzudenken. Gefühlt entwickeln wir uns gerade wieder zurück. Wollen Menschen abschieben, ja sogar vernichten. Manchmal komme ich mir tatsächlich vor wie im Mittelalter oder in der Steinzeit, als man Feinde mit Handbeil und Keule bekämpfte. Menschen, die immer noch nicht verstehen wollen, dass gleichgeschlechtliche Liebe normal ist, dass Kopftuchtragen und das Zusammenleben verschiedener Kulturen, die unterschiedlicher nicht sein könnten, normal ist, lehne ich ab.

In Bezug auf die Rechte der Frauen, die bis heute in Deutschland nicht vollkommen gleichgestellt sind, darf ich den Herren, die nach wie vor eine antifeministische Haltung haben, sagen: Ihr müsst endlich kapieren, dass wir genauso qualifiziert sind wie ihr. Manchmal sogar qualifizierter. Frauen in der Wissenschaft beispielsweise haben das häufig genug bewiesen. Eigentlich sollte die Gleichberechtigung kein Problem mehr darstellen. Aber leider leben wir immer noch in einer Welt, in der einige Männer ihre Frauen, ihre Mütter oder ihre Schwestern unterdrücken. Die Diskussion ist also nicht vom Tisch, sondern in der Gesellschaft nach wie vor Thema. Dabei ist die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesetzgebung schon längst eine abgeschlossene Sache. Doch die Realität zeigt eben, dass der Fortschritt an dieser Stelle trotzdem nur schlep-



Zeichnung: Charlotte Schimmack

pend vorangeht. Frauen haben oft immer noch schlechtere Aufstiegschancen oder müssen mit einer geringeren Bezahlung leben. Am frustrierendsten finde ich jedoch die im Kopf eingemeißelten Rollenbilder. In der Politik werden Frauen von älteren Kollegen meiner Meinung nach immer noch schief angeschaut. Dabei hat der Großteil der Frauen eher ein Gespür für Empathie und Gleichberechtigung.

In den letzten Jahren musste ich mir anschauen, wie unsere Demokratie immer weiter zerbricht. Als jemand, die Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung seit der Kindheit beigebracht bekommen hat, fühle ich mich deshalb verpflichtet, meinem Umfeld immer wieder zu erklären und vorzuleben, wie wichtig Demokratie ist und wie schützenswert. Wir haben die Möglichkeit, wählen zu ge-

hen und uns politisch zu engagieren. Dennoch höre ich des Öfteren, dass Menschen nicht wählen gehen, da es sie entweder nicht interessiert oder sie sich nicht mit den Wahlprogrammen auseinandergesetzt haben. Ich bin in einem Alter, in dem es für mich stressig wird, Arbeit, Zukunftsvorstellungen und viele andere Dinge, die in meinem Kopf herumschwirren, für die Zeit nach dem Abitur zu ordnen. Politik ist aber nun mal ein sehr wichtiger Aspekt, der zum Erwachsenwerden dazugehört. Damit muss man sich beschäftigen und auseinandersetzen und die Chance nutzen, wahlberechtigt zu sein. Es heißt ja: Jede Stimme zählt.

Ich zeige jedem, dem ich begegne, meine Haltung gegenüber der deutschen Politik. Denn ich sehe mich als Teil eines großen Projekts, das für die Demokratie und gegen jede Form von Extremismus steht. Demokratie ist eine Staatsform, die erhalten werden muss. Das erfordert viel Engagement. Ich trage meinen Teil gern und voller Überzeugung bei. Und ich sehe mich als Beispiel dafür, dass es an der Zeit ist, dass wir alle handeln und uns für die Demokratie einsetzen. Wir müssen uns gemeinsam den extremistischen Tendenzen entgegenstellen. Gerade wir, die jungen Erwachsenen. Denn wir, die jungen Menschen, sind verantwortlich für unsere Zukunft. Wie diese aussehen wird, liegt in unserer Hand. Lasst uns also unsere Chancen nutzen und etwas Großes schaffen. Den Erhalt unserer Demokratie. Für uns und für alle, die nach uns geboren werden.

„Auf den Plattformen Instagram, X oder TikTok propagiert die AfD ihre provokanten und zum Teil falschen Behauptungen im großen Stil, um insbesondere jüngere Zielgruppen zu erreichen“

Von EMILIA SOPHIE
SCHMIDT, 17

Soziale Medien sind heutzutage nicht mehr wegzudenken. Besonders die Verbreitung von Desinformationen und das Wachsen populistischer Parteien wie der AfD werfen Fragen nach ihrer Zukunft auf. Denn diese Informationen bilden nicht den vollumfänglichen Inhalt ab, sie geben nur einen winzigen Teil der Realität wieder. Es handelt sich dabei um Themen, die im Schulunterricht aufgegriffen werden sollten.



Politische Bildung nimmt in der Unterrichtszeit im Schnitt nur 2,3 Prozent ein. Herausgefunden hat das die Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Statusbericht zum Thema „Populismus, Fake News, Lügenpresse“. Der Bericht

thematisiert die politische Bildung an Schulen und deren Bedeutung für die Demokratie. Obwohl Unterricht in politischer Bildung Schülerinnen und Schülern beibringen soll, fundierte Entscheidungen zu treffen und sich aktiv einzubringen, nimmt er in der Schulzeit eben nur wenig Raum ein. Das heißt durchschnittlich nur vier Wochen in sechs Jahren Sekundarschule. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass die Schulen vor neuen Herausforderungen stehen: Jugendliche beziehen politische Informationen oft aus sozialen Medien, haben aber Schwierigkeiten, Fake News von seriösen Nachrichten zu unterscheiden. Der Bericht empfiehlt daher, politische Bildung zu stärken: durch mehr Unterrichtszeit, verbindliche Mindeststandards und eine bessere Lehrerbildung. Politische Bildung muss ausgeweitet werden, um Jugendlichen das nötige Wissen für eine aktive demokratische Teilhabe zu vermitteln. Besonders in einer Zeit, in der die sozialen Medien oft die wichtigste Informationsquelle sind.

Das Internet ermöglicht es, Informationen schnell zu verbreiten, Meinungen auszutauschen und sich politisch zu engagieren. Außerdem schaffen digitale Plattformen viel Aufmerksamkeit für bestimmte Themen der verschiedenen Parteien. Doch wie beeinflussen soziale Medien demokratische Prozesse, und warum findet die AfD immer mehr Anklang bei Jugendlichen? Das Interessante dabei: Wie hängen die beiden Dinge zusammen? Netzwerke funktionieren über Algorithmen. Wenn ich Inhalte like oder teile, ermittelt der Algorithmus daraus, welche anderen Inhalte



Zeichnung: Ulrike Kollatzsch für Emilia Sophie Schmidt

für mich am relevantesten und interessantesten sind, und zeigt mir entsprechende Ergebnisse künftig vermehrt an. Politisch gesehen, wird meine Meinung also über meine demokratische Betrachtungsweise analysiert und noch weiter ausgebaut. Im schlimmsten Fall bekomme ich dann keine andere Sichtweise vorgesetzt, da keine Meinungsvielfalt besteht. Es wird nur diese eine Haltung unterstrichen, um mich auf einen Weg zu leiten, der meine bereits vorhandene Meinung verstärkt und sich damit positiv auf das Wahlergebnis der Partei auswirkt.



Nazi-Sticker auf dem Handy eines weitläufigen Bekannten

Kommen wir zu den Falschinformationen. Was triggern sie? In kurzen Videos werden Fakten aus dem Zusammenhang gerissen und somit falsch präsentiert. Dabei können die Informationen von dem eigentlichen Wahlprogramm weit abweichen, und die Menschen wählen eine Partei, ohne den eigentlichen Hintergrund zu kennen. Damit werden sie Opfer von manipulativen Inhalten. Eine Partei, die in den sozialen Medien aktiv unterwegs ist, ist die Alternative für Deutschland. Auf den Plattformen TikTok, Instagram, X und anderen ist die AfD im Vergleich zu anderen Parteien verstärkt dabei, ihre Politik im großen Stil zu propagieren. Dies liegt unter anderem daran, dass diese Plattformen eine große Reichweite bieten, insbesondere bei jüngeren Zielgruppen, die über Nachrichtenmedien schwerer zu erreichen sind. Rechtspopulistische Parteien und ihre Unterstützer setzen oft auf emotionale und provokante Inhalte, um Aufmerksamkeit zu erhalten. Dabei werden auch teils irreführende oder falsche Behauptungen aufgestellt, um Unsicherheiten zu verbreiten und das Misstrauen gegenüber politischen Gegnern zu stärken. Die AfD setzt vor allem auf kurze Botschaften, die leicht die kurze Aufmerksamkeitsspanne vieler Menschen erreichen. Dies zeigt, wie wichtig es ist, Inhalte kritisch zu hinterfragen und sich aus verschiedenen, vertrauenswürdigen Quellen zu informieren.

Auch ich habe rechtsextremistische Erfahrungen gemacht. Neulich hatte ich eine Begegnung, die mich ziemlich zum Nachdenken brachte. Eine Freundin von mir hatte Freunde von sich mitgebracht, die ich noch nicht

kannte. Wir haben uns alle entspannt in der Gruppe unterhalten, bis irgendwann im Gespräch rauskam, dass manche von ihnen mit der AfD sympathisieren. Als ich nachfragte, warum sie ausgerechnet die AfD unterstützen, kam keine klare Antwort. Von einem kam dann so etwas wie: „Ich interessiere mich halt für Deutschland, und sie sagen wenigstens, was sie denken.“ Irgendwann hatte ich das Gefühl, derjenige fand es einfach „cool“, eine solche Meinung zu vertreten. Er konnte mir keine fundierten Argumente nennen und wich meinen Fragen eher aus. Die meisten anderen schienen Mitläufer zu sein, um sich dazugehörig zu fühlen. Denn auch bei ihnen wirkte es überhaupt nicht so, als hätten sie sich wirklich mit den Inhalten dieser Partei auseinandergesetzt.

Nachdem wir uns getrennt hatten, wurde mir klar, wie wenig politische Bildung bei den Jugendlichen manchmal vorhanden ist. Vielleicht haben sie irgendwo in den sozialen Medien wie TikTok, Instagram et cetera ein paar Aussagen aufgeschnappt, die ihrer Vorstellung entsprechen, ohne wirklich zu verstehen, was dahintersteckt. Schlussendlich hat mich das Ganze nachdenklich gemacht. Ich glaube, dass sich noch viel mehr Jugendliche aus ähnlichen Gründen zu rechtspopulistischen Parteien hingezogen oder zugehörig fühlen und dass sich das leider auf unsere heutigen Wahlergebnisse auswirkt. Wer eine zukunftsorientierte und demokratische Politik will, sollte der AfD keine Stimme geben. Und in den Schulen sollte dafür gesorgt werden, dass das Fach Politik viel öfter auf dem Lehrplan steht.

„Auch wenn ich oft an den Herausforderungen und Gefahren zweifle, die uns durch Fake News und Populismus drohen, spüre ich gerade deshalb in mir den ungebrochenen Willen, mich für eine offene und faktenbasierte Gesellschaft einzusetzen“

Von JOEL SCHUPPAN, 17

Die Wahrheit ist das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Ohne sie fehlen ein fairer Meinungs Austausch, faktenbasierte Entscheidungen und das Vertrauen in Politik und Medien. Nur wenn wir uns auf echte Fakten verlassen können, machen Wahlen, Gesetze und Diskussionen Sinn. Doch heute wird die Wahrheit immer öfter angegriffen: Falschmeldungen und Lügen verbreiten sich rasch und verunsichern die Menschen. Wenn wir nicht mehr wissen, was stimmt, schwindet das Vertrauen in Medien, Politik und Gesellschaft – und genau das wird von manchen gezielt ausgenutzt. Manche Poli-



ker und Journalisten erzählen gern, was die Menschen hören wollen, auch wenn es unwahr ist, und gewinnen so an Macht – auch auf die Gefahr hin, dass die Demokratie geschwächt wird.

Ich persönlich beobachte diesen Wandel mit Sorge. In meinem Alltag fällt mir immer wieder auf, wie leicht sich manche Menschen von reißerischen Überschriften und simplen Antworten überzeugen lassen. Als jemand, der großen Wert auf echte Fakten legt, empfinde ich es als schmerzhaft, wenn sich Dialoge im Netz in Schlachtfelder aus Lügen und Halbwahrheiten verwandeln. Gerade in Zeiten, in denen Informationen in Sekundenbruchteilen verbreitet werden, muss ich mich ständig fragen, wem ich noch vertrauen kann. Ich merke oft, wie meine eigene Verunsicherung wächst, wenn mir bewusst wird, dass selbst etablierte Medien manchmal mit Unsicherheiten kämpfen. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass wir – wenn wir kritisch und wachsam bleiben – der Desinformation entgegentreten können. Fake News sind gezielt verbreitete Falschmeldungen mit der Absicht, Menschen zu täuschen oder zu manipulieren. Ein bekanntes Beispiel ist die Behauptung, dass bei der US-Präsidentenwahl 2016 Millionen illegale Stimmen abgegeben wurden. Diese Lüge, die in sozialen Medien kursierte, schürte Misstrauen in das Wahlsystem und spaltete die Gesellschaft. Auch während der Corona-Pandemie kursierten falsche Behauptungen, etwa dass das Virus eine Erfindung sei oder Impfstoffe grundsätzlich gefährlich seien. Solche Nachrichten führten



Zeichnung: Ulrike Kollatzsch für Joel Schuppan

dazu, dass viele Menschen Maßnahmen ignorierten oder sich nicht impfen ließen. Ich erinnere mich noch gut an die hitzigen Diskussionen in meinem Freundeskreis, in denen Vertrauen und Vernunft oftmals auf dem Spiel standen.

Soziale Medien wie Facebook, X und TikTok spielen bei Fake News eine zentrale Rolle. Ihre Algorithmen bevorzugen provokante Inhalte, die starke Emotionen wie Angst oder Wut auslösen – Inhalte, die besonders viele Menschen erreichen und weiterverbreitet werden. Ein Beispiel ist die sogenannte Pizzagate-Verschwörung, bei der fälschlicherweise behauptet wurde, Politiker hielten Kinder in einer Pizzeria gefangen. Obwohl es keinerlei Beweise gab, schenkten Millionen Menschen weltweit dieser Lüge Glauben, was mir als Beobachter erneut die Zerbrechlichkeit unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Augen führte. Emotionen und der sogenannte Confirmation Bias – also die Neigung, Informationen zu glauben, die die eigenen Ansichten bestätigen – erleichtern es, auf Fake News hereinzufallen. So fanden Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie vor allem dort Anklang, wo bereits Misstrauen gegenüber der Wissenschaft bestand. Populismus, der einfache Antworten auf komplexe Fragen bietet, schürt zusätzlich Ängste und Misstrauen, was das demokratische Miteinander weiter untergräbt. Auch ich habe schon erlebt, wie mein persönlicher Austausch mit Freunden und Familie durch unsachliche Diskussionen belastet wurde, wenn Fakten durch bequeme Lügen ersetzt wurden. Populisten wie Donald Trump in den USA oder Politiker bestimmter

Parteien in Deutschland nutzen gezielt diese Strategien. Sie stellen sich als die wahren Vertreter des „Volkes“ dar, diskreditieren kritische Medien und greifen demokratische Institutionen an. Beim Brexit etwa wurden populistische Parolen verwendet, um falsche wirtschaftliche Versprechen zu verbreiten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Botschaften von rechts oder links kommen – Populismus zielt darauf ab, Spaltung und Misstrauen zu schüren. Für mich



Post von US-Präsident Donald Trump am 26. Februar 2025 auf Instagram über seine Zukunftsvorstellung für den Gazastreifen

persönlich ist es erschütternd zu sehen, wie leicht Menschen in diesen Bann gezogen werden und wie sehr sie sich von einfachen Lösungen verführen lassen, wenn die Komplexität unserer Welt zu überwältigend scheint.

Die Verbindung von Fake News und Populismus ist auch deshalb besonders gefährlich, weil sie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen nachhaltig zerstört. Während der Corona-Pandemie schürten manche Politiker gezielt Zweifel an der Gefährlichkeit des Virus und der Sicherheit von Impfungen – mit schwerwiegenden Folgen für die öffentliche Gesundheit. In den USA schädigten Falschmeldungen dem Vertrauen in das Wahlsystem so sehr, dass es 2021 zur Erstürmung des Kapitols kam. Solche Entwicklungen zeigen mir immer wieder, wie eng Desinformation und politische Radikalisierung miteinander verknüpft sind und wie wichtig es ist, sich gegen diesen Trend zu wehren.

Gleichzeitig führt die ständige Verbreitung von Fake News zu einer wachsenden Spaltung in unserer Gesellschaft. Ich sehe, wie Familien und Freundeskreise zerbrechen, dass immer mehr Menschen an der Unabhängigkeit von Medien, Gerichten oder Wahlen zweifeln. Wer jahrelang hört, dass „die da oben“ lügen, sucht sich schließlich eigene, oft extreme „Wahrheiten“. Es schmerzt mich, wenn ich mitansehen muss, wie langjährige Beziehungen unter Misstrauen leiden oder sogar in die Brüche gehen. Gleichzeitig geraten Journalisten und Wissenschaftler, die auf

Fakten basierte Informationen weitergeben, unter Druck und werden bedroht – eine Entwicklung, die nicht nur die Meinungsfreiheit einschränkt, sondern auch mein Vertrauen in die Zukunft unserer Gesellschaft erschüttert.

Dennoch gebe ich nicht auf. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns gemeinsam gegen diese Entwicklungen stellen können. Politische Maßnahmen, wie strengere Regulierungen für soziale Medien, sind ein wichtiger Schritt, um gezielte Desinformation einzudämmen. Plattformen sollten transparenter machen, wer politische Werbung schaltet und wie ihre Algorithmen arbeiten. Aber auch Bildung spielt eine entscheidende Rolle: In Schulen muss Medienkompetenz genauso großgeschrieben werden wie Mathematik oder Geschichte, damit schon früh gelernt wird, Falschmeldungen zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Technologie kann ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten. Künstliche Intelligenz wird immer besser darin, Fake News zu identifizieren und zu kennzeichnen, wobei generative KI-Chatbots wie ChatGPT selbst auch Fake News produzieren können, sie „halluzinieren“. Daher können sie (noch) nicht als verlässliche Informationsquelle genutzt werden. Gleichzeitig engagieren sich zahlreiche Initiativen und Faktenprüfer, die sich dafür einsetzen, falsche Informationen zu entlarven. Ich persönlich habe schon von Projekten gehört, die mithilfe moderner Technik versuchen, die Echtheit von Bildern und Videos zu überprüfen – ein Hoffnungsschimmer in einer Welt, in der digitale Manipulation immer raffinierter wird.

Auch wenn ich oft an den Herausforderungen und Gefahren zweifle, die uns durch Fake News und Populismus drohen, spüre ich gerade deshalb in mir den ungebrochenen Willen, mich für eine offene und faktenbasierte Gesellschaft einzusetzen. Ich bin optimistisch, dass wir – wenn wir uns auf Aufklärung, Transparenz und Zusammenhalt besinnen – den Schaden begrenzen und das Vertrauen in unsere Demokratie wiederherstellen können. Jeder von uns kann dazu beitragen, indem er kritisch hinterfragt, informiert, diskutiert und sich aktiv gegen Hass und Spaltung wehrt. Letztendlich liegt die Verantwortung bei uns allen. Ich persönlich habe mich dafür entschieden, nicht wegzusehen, sondern meinen Teil dazu beizutragen, dass Wahrheit und Vernunft in unserer Gesellschaft stärker bleiben als Lügen und Angst. Wenn wir alle wachsam und kritisch bleiben und uns nicht von Angst und Lügen leiten und beeinflussen lassen, kann unsere Demokratie stark bleiben.

DEMOKRATIE ALS SCHACHSPIEL

„Ohne Freiheit, die wie die Dame nahezu unbegrenzt über das Schachbrett ziehen kann, und ohne Toleranz, die wie der König den Schutz des Systems gewährleistet, kann eine Gesellschaft meiner Meinung nach nicht demokratisch sein“

Von FLORIAN STAFF, 17

Die Demokratie ist wie ein Schachspiel. Jede Figur hat ihre eigene Bedeutung, ihre eigenen Regeln, aber nur gemeinsam und miteinander entfalten sie ihre volle Kraft. In unserem Spiel des Lebens sind Freiheit und

Toleranz – die Dame und der König – unersetzlich und von großer Bedeutung. Für mich beginnt Demokratie in der Familie. Sie ist der Ort, an dem Akzeptanz, Toleranz und Respekt für alle großgeschrieben und gelebt werden sollten. Das sind die Werte, die mir seit meiner Kindheit von meinen Eltern vermittelt wurden. Genau wie im Schach, wo jede Figur, ob Bauer oder Dame, ihre Rolle spielt, müssen auch



in einer Demokratie alle Stimmen gehört und respektiert werden. Das ist es, was Demokratie ausmacht. Die Freiheit, das Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Eine meiner eindrucksvollsten Erfahrungen mit der Bedeutung der Demokratie wurde mir durch die Geschichte von Garri Kasparow deutlich. Ein Schachweltmeister, der mich nicht nur durch seine Züge und als Virtuose auf dem Schachbrett durch seine Königsindischen Angriffe, ein perfektes Zusammenspiel aus Angriff und Verteidigung, seine harmonischen Stellungen, sondern auch durch seinen Mut gegenüber der politischen Unterdrückung in der Sowjetunion beeindruckte. Er zeigte mir auch, was es bedeutet, nicht in einem demokratischen System leben zu können. Kasparows Kampf gegen ein diktatorisches Regime begann schon in seiner Kindheit. Er wurde in Baku geboren. Auch aus Sorge, dass er wegen antisemitischer Ressentiments mit seinem jüdischen Nachnamen niemals den Durchbruch als Schachspieler schaffen würde, entschied die Familie, seinen Namen von Garik Weinstein in Garri Kasparow zu ändern. Ein neues Regime hinderte ihn später auch daran, an der Beerdigung seiner Mutter in Russland teilzunehmen. Diese Erfahrungen zeigten mir, wie zerbrechlich die Freiheit in einem nicht demokratischen System sein kann. Die Arte-Dokumentation „Garri Kasparow – Rebell und König des Schachspiels“ stellt seine Geschichte besonders eindrucksvoll dar.

Das Wertvollste an der Demokratie ist für mich die Verbindung von Freiheit und Toleranz. Wie die Dame und

der König im Schachspiel bilden diese beiden Werte einen wichtigen Teil des demokratischen Systems. Ohne Freiheit, die wie die Dame nahezu unbegrenzt über das Schachbrett ziehen kann, und ohne Toleranz, die wie der König den Schutz des Systems gewährleistet, kann eine Gesellschaft meiner Meinung nach nicht demokratisch sein. Diese beiden Prinzipien bilden die Basis für Gleichberechtigung und ein respektvolles Miteinander. Ähnlich wie die restlichen Schachfiguren, die im Zusammenspiel eine harmonische Einheit bilden. In einer Demokratie ist es essenziell, nicht nur einzelne Entscheidungen oder Konflikte isoliert zu betrachten, sondern sie im Zusammenhang mit dem Gesamten zu sehen – ähnlich wie beim Schach, bei dem jeder Zug das gesamte Spiel beeinflusst. Diese Vogelperspektive ermöglicht es, Herausforderungen nicht als unüberwindbare Hindernisse zu begreifen, sondern als Teil eines Prozesses, in dem Freiheit und Toleranz als Maßstäbe dienen. So wie der Verlust einer Figur im Schach nicht automatisch eine Niederlage bedeutet, sollten auch gesellschaftliche Spannungen oder Meinungsverschiedenheiten nicht als Bedrohung, sondern als Chance zur Weiterentwicklung der Demokratie verstanden werden. Entscheidend dabei ist, dass alle Stimmen gehört und respektiert werden, denn jede Figur, jede Stimme trägt zum Schutz des demokratischen Systems bei. Demokratie bedeutet jedoch nicht, dass alle einer Meinung sind, im Gegenteil. Sie lebt von leidenschaftlichen Diskussionen und dem Ringen um die besten Lösungen. Doch dieser Streit muss auf Respekt und Wahrheit beruhen, sonst wird er zur Spaltung statt zur Bereicherung.

Aber genau das passiert immer häufiger. Anstatt zuzuhören, werden Fronten verhärtet, anstatt nach gemeinsamen Wegen zu suchen, werden Gräben vertieft. Es ist, als würde man im Schach, anstatt seine Figuren im Zusammenspiel harmonisch zu positionieren, einen Isolani schaffen und ihn weit entfernt von jeglicher Unterstützung der anderen stehen lassen. So entsteht eine immer schwierigere Stellung, die nicht nur das eigene Spiel schwächt, sondern dem Gegner Raum für den Angriff gibt. In der Gesellschaft bedeutet das, dass Konflikte statt gelöst, nur noch verschärft werden. Toleranz wird oft als Schwäche missverstanden, und Meinungsfreiheit dient manchen nur noch als Vorwand, um Hass zu verbreiten. Dabei ist der Kompromiss das Herzstück jeder Demokratie. Nicht als Zeichen von Kapitulation, sondern als Kunst, Gegensätze zu überbrücken und zu verbinden. Doch wenn Parteien und politische Akteure ihn nur noch als Verrat an ihren Idealen darstellen statt als notwendiges Mittel, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten, dann gerät das Fundament der Demokratie ins Wanken.

Demokratie ist kein Kampf, den einer allein gewinnen kann. Sie ist ein gemeinsames Projekt, das nur funktioniert, wenn alle bereit sind, aufeinander zuzugehen. Sie braucht Geduld, Zuhören und den Willen, auch unbequeme Wahrheiten zu akzeptieren. Genauso wie im Schach, wo keine Figur allein das Spiel entscheidet, sondern jede Bewegung bedacht und im Zusammenspiel mit den anderen erfolgen muss. Eine Gesellschaft bleibt nur dann stabil,



Zeichnung: Florian Staff

wenn ihre Menschen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam für Freiheit und Toleranz einstehen, denn ohne diese Werte ist das Spiel der Demokratie verloren. Deshalb dürfen Ängste und Unsicherheiten, die in politischen Prozessen auftauchen, nicht verdrängt werden. Stattdessen müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen, ähnlich wie beim Schach, bei dem wir gedanklich so lange spielen, bis wir sie überwunden haben. Das gedankliche Mattsetzen der Ängste stärkt uns und hilft, die Demokratie zu schützen. Wenn die Werte von Freiheit und Toleranz nicht gegeben sind, ist die Demokratie in Gefahr. Die Harmonie wird gestört, und die Stellung verschlechtert sich bis zum letzten Zug, der das Ende einer Demokratie bedeutet.

Deshalb müssen wir an den Momenten in der Welt, die uns die Bedeutung der Demokratie vor Augen führen, festhalten oder uns, wie Kasparow, für die Demokratie und die Freiheit einsetzen. Die Geschichten von Unterdrückung und dem Kampf für Freiheit in nicht demokratischen Staaten lehren uns, wie glücklich wir uns schätzen können, in einer Demokratie zu leben. Es ist unsere Pflicht, die Werte von Freiheit und Toleranz nicht nur zu bewahren, sondern sie aktiv zu verteidigen. Die Demokratie ist wie in einem Schachspiel strategisch, komplex und wertvoll. Jeder von uns spielt eine Rolle, und nur gemeinsam können wir sicherstellen, dass die Spielregeln von Freiheit und Toleranz respektiert und geschützt werden und die Demokratie erhalten bleibt.

„Wie oft ich von ‚den Alten‘ gefragt werde, warum so viele Jugendliche rechts sind, kann ich nicht mehr zählen. Und ich konnte zu selten antworten, dass sie versagt haben. Leichte Antworten auf diese Fragen liefern jetzt rechte Populisten“

Von ANTON STEINIGER, 17

Ich stand da. Völlig überrascht und fertig. Meine Freunde kamen angerannt, und wir blieben hinter einer Hausecke stehen. Komplett außer Atem. Langsam wurde es dunkel und immer unheimlicher. Wir wussten nicht, was jetzt passieren würde. Wir mussten erst mal realisieren, was gerade passiert war. Doch dafür blieb wenig Zeit. Beim Erfassen der Situation im Kopf lief es uns eiskalt den Rücken hinunter. Einer meiner Freunde schaute um die Ecke und rief uns zu, dass sie wiederkommen. Richtig, wir wurden von Faschos verfolgt. Mitten in einer sächsischen Kleinstadt war uns übermütigen Jugendlichen



die hirnverbrannte Idee gekommen, auf den Plakaten der Europawahl herumzustickern. Selbst nach einem ersten Einschüchterungsversuch durch Zurufe aus einem Fenster kamen wir nicht auf die Idee abzuhaufen. Aber als dann plötzlich ein schwarzer Kombi mit quietschenden Reifen vor uns hielt und zwei Bomberjacken- und Springerstiefelträger ausstiegen, um uns anzuscreien, rannten wir weg, als ginge es um unser Leben. Und während wir flüchteten, kam noch ein anderer Wagen angerast mit jemandem mit Schäferhund, der uns verfolgte. An der Ecke war nur kurz Zeit zum Verschnaufen. Dann ging die Flucht weiter ...

Demokratiefeindliche Gedanken finden wir heutzutage fast überall. Ob wir totalitäre Staaten in den Nachrichten sehen, Dokus über Diktaturen schauen oder unserem Nachbarn oder Mitschülern zuhören. Demokratiefeinde sind nicht mehr allein, wie wir lange dachten. Wahrscheinlich liest jeder von uns fast täglich irgendwas über schlimme rechte Ideen und denkt sich, so böse kann das ja gar nicht sein, wenn diese Ideen auch im Bundestag von der politischen Mitte unterstützt werden. Oft wird dann von uns vergessen, was die Folge von rechten Ideen beziehungsweise Ideologien ist. Von Ausgrenzung bis zur Gewalt.

Rechtsextreme Gewalt in Deutschland ist ein ernsthaftes und wachsendes Problem. Sie stellt eine Gefahr für Einzelpersonen, die Gesellschaft und die demokratische Ordnung dar. Aber warum ist rechte Gewalt besorgniserregend? Einerseits wegen der Zunahme der Fälle rechtsextremer

Straftaten 2024 auf geschätzte 41.406 Delikte. Das ist ein starker Anstieg im Vergleich zum vorherigen Rekordhoch 2023 mit knapp 29.000 Fällen. Solche Straftaten sind immer gegen Personen oder Institutionen gerichtet und infolgedessen gegen Freiheit und Demokratie. Es sind aber auch viele Gewalttaten gegen Personen aus Minderheiten dabei. Fälle wie die zehn NSU-Morde, Dresden (2015), München (2016), der Anschlag in Halle (2019) oder der Mord an Walter Lübcke (2019) sowie Hanau (2020) zeigen, dass rechte Gewalt nicht nur gefährlich, sondern auch tödlich ist. Dazu kommen die unzähligen Angriffe auf Wahlkampfhelfer und Politiker bei den letzten Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. All denjenigen, die sich nicht an diese Vorfälle erinnern können, sei gesagt, dass diese Beispiele nur ein kleiner Teil der rechtsextremen Gewalt in Deutschland sind. Wer einen genaueren Überblick braucht, kann jederzeit im Verfassungsschutzbericht nachschauen.

Aber zurück zu unseren Beispielen. Der NSU ermordete zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin (neben unzähligen weiteren begangenen Straftaten). In Dresden griffen 2015 Rechtsextremisten ein linkes Wohnprojekt mit Sprengstoffsätzen an, und im Jahr darauf erschoss ein Schüler in München neun Menschen mit Migrationshintergrund. In Halle versuchte 2019 ein schwer bewaffneter Mann, eine Synagoge zu stürmen, und tötete zwei Passanten nach eigenem Scheitern. Im selben Jahr erschoss ein Rechtsextremist den Politiker Walter Lübcke, der sich für Migranten starkmachte. Ein Jahr

später erschoss ein Mann in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund, seine Mutter und sich selbst. Auch Bedrohungen von Journalisten, Politikern und Aktivisten nehmen zu. Außer den direkten Angriffen auf Personen sind Flüchtlingsunterkünfte, Synagogen und Moscheen immer wieder Ziele von Angriffen. Neben der Unmenschlichkeit solcher Verbrechen und der Gefahr, die für die Personen besteht, ist rechts-extreme Gewalt vor allen Dingen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Demokratie und Gesellschaft. Denn rechte Gruppierungen unterwandern staatliche Institutionen und Sicherheitsbehörden (zum Beispiel rechtsextreme Netzwerke bei Polizei und Bundeswehr). Doch nicht nur in unseren staatlichen Einrichtungen, auch international sind Rechtsextreme breit vernetzt. Über Social Media erfolgt oft eine starke Radikalisierung, weil man in seinen Bubbles kaum Gegenwind oder andere Meinungen erfährt. Darüber hinaus werden in den sozialen Medien auch Ideologien wie der „Große Austausch“ oder „White Supremacy“ verbreitet.

Wie schlimm ist es insgesamt? Rechtsextreme Gewalt ist nicht nur eine sicherheitspolitische Herausforderung, sondern bedroht



Zeichnung:
Anton Steiniger,
KI-Kunst (ChatGPT)

auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte. Besonders besorgniserregend ist, dass sie sich nicht nur in Straftaten äußert, sondern auch in einer schleichenden Normalisierung rechtsextremer Ideologien innerhalb der Bevölkerung. Doch was können wir, die Demokraten, dagegen tun? Der Weg, der jedem in den Sinn kommen könnte, sind eine bessere Strafverfolgung und ein konsequenteres Vorgehen gegen rechte Netzwerke. Damit meine ich einen stärkeren Verfassungsschutz, der erfolgreicher aufdeckt als bei den NSU-Verbrechen.

Die Verantwortung für Präventionsarbeit an die Schulen abzugeben, ist für mich seit Jahren jedoch der größte Fehler der älteren Generation. Wir, die junge Generation und Träger der Zukunft, sollen jetzt für den Rechtsruck verantwortlich sein. Das ist absurd! Wie oft ich von „den Alten“ gefragt werde, warum so viele Jugendliche rechts sind, kann ich nicht mehr zählen. Und ich konnte zu selten antworten, dass sie versagt haben. Dass vieles schlicht das Ergebnis von jahrzehntelangem Wegschauen der Politiker in Deutschland ist. Leichte Antworten auf die Fragen, die die letzten Generationen nicht klären konnten, liefern jetzt rechte Populisten. Deshalb noch mal: Daran sind nicht wir, die Jungen, schuld. Und die Schulen sind dafür auch nicht verantwortlich. Extremismus in jeder Form muss die Politik gemeinsam mit der Gesellschaft verhindern. Radikalisierung kann durch stärkere Regulierung extremistischer Inhalte im Netz verhindert oder zumindest abgeschwächt werden, da in den sozialen Medien viele Inhalte nur eigene

Meinungen triggern und damit gefährlich sein können. Die steigenden Zahlen und die zunehmende Gewaltbereitschaft zeigen, dass dieses Thema höchste Aufmerksamkeit erfordert. Und zwar so lange, wie man vor Neonazis immer noch oder schon wieder wegrennen muss.

Erinnern Sie sich noch an den Anfang meiner Geschichte? Ich nur zu gut. Wir standen noch an der Ecke, bis mein Freund Alarm schlug. Sie sind noch da. Sie haben uns noch nicht verloren. Dann rannten wir weiter. Keiner von uns wusste, wo wir langrennen sollten. Wir kannten uns ja nicht aus hier. Einfach in irgendwelche Straßen einbiegen? Da hörten wir schon wieder Motorengeräusche und Schreie hinter uns. Mir gefror das Blut in den Adern. Ich bekam kaum noch Luft, die Lunge stach in meiner Brust, die Füße schmerzten. Wieder eine Straßenecke und noch eine ... wohin auch immer der Weg uns führt. Plötzlich tauchte rechts eine Baustelle auf. Mein Freund erkannte die Chance, und wir quetschten uns an den Bauzäunen vorbei auf eine große Schotterstraße. Zum Glück war alles menschenleer. Dann versteckten wir uns. Hielten die Luft an. Wir kauerten mitten auf der Baustelle zwischen Betonteilen und einem Stromkasten. Mit dem Auto oder dem Hund kam hier niemand rein, also mussten sie aufgeben. Meine Freunde und ich verharrten lange zwischen den Betonteilen und dem Stromkasten. Und während wir dort verharrten, hörten wir, wie unsere Verfolger unter Flüchen langsam den Rückweg antraten. Wir waren noch nie so erleichtert gewesen. Dann wollten wir nur noch weg. Weg nach Hause.

„Viele Nichtwähler fremdeln mit der Politik. Sie glauben nicht, dass ihre Stimme etwas ändert oder sich ihre Lebensqualität verbessert. Es fehlt ihnen das Vertrauen in die Politiker und deren Fähigkeit, tatsächliche Veränderungen herbeizuführen“



Von WILMA THOMAS, 17

In mehreren demokratischen Ländern konnte man bei vergangenen Wahlen gelegentlich eine abnehmende Wahlbeteiligung feststellen. Dies beruht auf einem komplexen Phänomen, wofür es verschiedene Gründe gibt.

Ein zentraler Grund ist das gestiegene Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und ihren Akteuren. Viele Nichtwähler fremdeln mit der Politik. Sie glauben nicht daran, dass ihre Stimme einen Unterschied machen würde oder dass sich ihre Lebensqualität durch die politischen Debatten ändert. Kurz, es fehlt ihnen das Vertrauen in die Politiker und deren Fähigkeit, tatsächliche Verände-

rungen herbeizuführen. Das Ergebnis: Viele Nichtwähler sind von dem bestehenden politischen System frustriert und sehen keine geeigneten Alternativen unter den bekannten Parteien, die in der Lage wären, ihre Interessen zu vertreten. Viele Nichtwähler fühlen sich darüber hinaus auch nicht ausreichend informiert, um eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen. Demografische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen oder die ethnische Zugehörigkeit beeinflussen ebenfalls die Motivation zur Abgabe einer Stimme.

Demokratie bedeutet für mich, dass das Volk Vertreterinnen und Vertreter für einen bestimmten Zeitraum wählen kann, die dann die Wähler in den Parlamenten, wie zum Beispiel dem Bundestag, in den Landesregierungen, den Landkreisen, Städten und Kommunen, vertreten. Das wiederum bedeutet, dass sie die Meinungen und Wünsche ihrer Wählerinnen und Wähler ernst nehmen und die notwendigen Maßnahmen dafür in den jeweiligen Parlamenten vertreten beziehungsweise in die Wege leiten. Weiter bedeutet Demokratie für mich Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeit der freien Meinungs- und Willensäußerung. Durch die Zunahme der Komplexität von politischen Zusammenhängen in Deutschland, Europa und der Welt ist es allerdings schwieriger geworden, Lösungen zu finden, die allen Beteiligten gerecht werden. Und dies nutzen beispielsweise Rechtspopulisten beziehungsweise Rechtsextremisten für die Verbreitung ihrer „Wahrheiten“ und ihrer vermeintlich einfachen Lösungen aus. Ein Beispiel dafür sind die

Debatten über Zuzug, Migration und Ausländerfeindlichkeit. Hier werden Bevölkerungsgruppen verurteilt, um die eigene Enttäuschung in Bezug auf die soziale Lage und den Lebensstandard zu rechtfertigen. Weiter muss ich feststellen, dass die politische Debatte über Sachlösungen zunehmend durch einen Streit von parteipolitischen Ideologien überlagert wird. Die Themen der politischen Diskussionen spiegeln häufig auch nicht die Alltagssorgen und Wünsche der Wählerinnen und Wähler wider. Dabei ist doch gerade die Umsetzung ihrer Wünsche ein zentrales Element der Demokratie, die von der Umsetzung des Wählerwillens, der freien Meinungsäußerung, der Toleranz und der Rechtsstaatlichkeit lebt.

In den letzten Jahren hat sich auch die Rolle der sozialen Medien in Bezug auf die politische Diskussion und die Meinungsbildung stark verändert. Um den Einfluss der sozialen Medien positiv zu gestalten, wären meines Erachtens verstärkt gezielte Maßnahmen, wie zum Beispiel Aufklärung, politische Bildung, Transparenz bei der Entscheidungsfindung und die Eindämmung von Falschinformationen, notwendig. Viele Wähler bilden ihre politischen Meinungen und Entscheidungen auf der Grundlage von Inhalten, die sie in den sozialen Netzwerken konsumiert haben. Diese Plattformen ermöglichen eine schnelle Verbreitung von Informationen, können jedoch auch zur Verbreitung von Fehlinformationen beitragen. Ein gutes Beispiel hierfür war die US-Wahl 2016. Daher ist neben dem Austausch in den sozialen Medien auch der direkte Dialog



Wilma zerreißt für ihre Geschichte Wahlzettel

zwischen Bürgern und Politikern unerlässlich. Dies wiederum setzt voraus, dass man sich auch mit den politischen Programmen der Parteien im Zuge der eigenen Meinungsbildung auseinandersetzt. Häufig ist in diesem Zusammenhang auch zu beobachten, dass

- Versprechungen durch die Politik gemacht und hinterher nicht eingehalten werden,

- Sachthemen stark von politischen Meinungen überlagert werden,
- der Ton der Meinungsäußerung radikaler wird,
- die politischen Themen teilweise nicht mit den Lebenswirklichkeiten übereinstimmen.

Diese Entwicklung führt in Teilen der Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Akteuren, welche durch die Wahl von populistischen beziehungsweise radikalen Parteien oder dem Nichtwählen zum Ausdruck gebracht wird. Jedoch bleibt das Fernbleiben von den Wahlen nicht ohne Folgen. Denn wenn viele Wählerinnen und Wähler ihr Wahlrecht nicht nutzen, ergibt sich eine Schieflage, da die Interessen dieser Personen im politischen Alltag nicht berücksichtigt werden und es dadurch zu einer Klientelpolitik kommen kann. Somit könnte eines der zentralen Versprechen der Demokratie, dass jede Stimme gleich wichtig ist und zählt, nur noch bedingt gelten.

Sozial schwache, weniger gebildete Menschen und Personen aus ärmeren Verhältnissen machen einen großen Teil der Nichtwähler-Gruppe aus. Sie fühlen sich oft ausgegrenzt, nicht wahrgenommen oder verstanden und interessieren sich deshalb immer weniger für Politik. Das ist ein Teufelskreis mit langwierigen Folgen. Der Bezug zur Politik, das Interesse und das Vertrauen in sie gehen verloren. Und es besteht die Gefahr, dass die Kluft zwischen denen, die wählen, und denjenigen, die nicht wählen, immer größer wird oder dass einzelne Parteien überproportio-

nal im politischen Betrieb vertreten sind und somit deren Programme und politische Ansichten leichter umgesetzt werden können. Um das alles zu ändern, braucht es eine intensive Aufarbeitung, um die Nichtwähler wieder für das politische Geschehen zu interessieren – obwohl die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl im Februar 2025 mit 82,5 Prozent die höchste seit Jahrzehnten war.

Doch weil sich das wieder ändern könnte, halte ich es für wichtig, das Vertrauen in die Wichtigkeit von Wahlen und die politischen Institutionen nachhaltig zu stärken. Dafür wären nachfolgende Ansätze meiner Meinung nach möglich beziehungsweise erforderlich:

- Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung,
- Bürgerbeteiligungen mit der Möglichkeit, sich nicht nur bei Wahlen in den aktiven Prozess mit einzubringen,
- Bildung und Aufklärung für ein besseres Verständnis in Bezug auf politische Prozesse und Funktionsweise der Institutionen,
- Rechenschaftspflichten und Verantwortungsübernahme der politischen Akteure für ihre Entscheidungen und Handlungen,
- regelmäßige Dialogformate für die Bevölkerung, um Anliegen und Probleme offen zu diskutieren,
- eine gesetzliche Verpflichtung zur Wahlteilnahme,
- die Möglichkeit von Online-Wahlen, um die Wahlbeteiligung zu fördern,
- eine stärkere Einbindung von sozialen Medien und digitalen Plattformen zur Mobilisierung von Wählern,

- das Erlernen der Demokratie sollte bereits im Schulalltag vermittelt werden.

Für mich ist es unerlässlich, dass Politik und Gesellschaft gemeinsam an der Stabilisierung des Vertrauens in demokratische Prozesse arbeiten, um die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, ihre Stimmen abzugeben. Nur durch ein aktives Engagement aller Beteiligten und einer verlässlichen Umsetzung des Wählerwillens können die demokratische Teilhabe gefördert und die Wahlbeteiligung nachhaltig gesteigert werden.

„Teenager in meinem Alter verbreiten ‚Wahrheiten‘ von einer Alice Weidel oder einem Björn Höcke. Oder sie haben von ihren Eltern gehört, dass die AfD mittlerweile die einzig wählbare Partei sei. Auch das ist ein Grund, weshalb so viele Jugendliche rechtsextrem sind“

Von ANNIKA UHLIG, 17

In meiner Heimatstadt im südlichen Teil Brandenburgs mochte ich es immer gerne, besinnliche Spaziergänge durch die Straßen zu machen. Die beklebten Schilder und Laternen direkt neben dem Bürgersteig sind mir bis vor ein paar Jahren nicht wirklich aufgefallen. Nehme ich jetzt all meinen Mut zusammen und betrachte die Aufkleber mit offeneren Augen, sehe ich die rechtsextremen Parolen in ein paar Stichwörtern zusammengefasst. Seitdem fällt es mir ehrlich gesagt schwer, meine Blicke nicht auf diese Sticker zu richten. Das



Spaziergehen wird immer anstrengender. Ich verspüre Wut und überlege jedes Mal, wer die Gleichheit aller Menschen infrage stellt. Ich weiß, dass in meiner Stadt viele Jugendliche leben, die gerne mal einen, in ihren Worten harmlosen, Witz über den Holocaust bringen. Normalerweise ist es nicht meine Art, Leute anzusprechen, die lautstark nationalsozialistische Lieder singen und auf dem Supermarkt-Parkplatz verkünden, wie sehr sie es lieben, rechts zu sein. Auch deshalb herrscht in meinem Kopf ein riesiges Gefühl von Wut, aber auch die Angst davor, dass die Generationen nach mir mit solchen Ideologien aufwachsen werden. Ich kann es mir kaum noch verkneifen, meine Gedanken für mich zu behalten. Ich weiß auch, dass nicht nur die Jugendlichen in meiner Stadt und die in meiner Umgebung Ansätze von rechtsorientierten Vorstellungen besitzen, sondern auch viele Erwachsene und Politiker. Umso mehr bringt mich dies zum Nachdenken. Und so frage ich mich oft, wieso es das überhaupt gibt. Wir haben heutzutage unzählige Möglichkeiten, uns über den Nationalsozialismus aufzuklären. In deutschen Schulen werden seit Jahren Exkursionen in Konzentrationslager durchgeführt. Man kommt also kaum daran vorbei, sich mit dieser dunklen Vergangenheit Deutschlands auseinanderzusetzen. Besonders Jugendlichen wird dadurch der Blick auf diesen Teil der deutschen Geschichte nahegebracht. Die Wichtigkeit dieser Problematik wird von den meisten Menschen generell sehr ernst genommen – und das ist eine positive Nachricht. Andererseits: eben nur fast.

Zeichnung: Ulrike Kollatzsch
für Annika Uhlig



Umso mehr stellt sich mir deshalb die Frage, weshalb nicht nur in meiner Stadt, sondern in ganz Deutschland immer mehr Jugendliche auf die Straße gehen, um gegen „das Fremde“ im Land zu protestieren. Sie wünschen sich einen Staat ohne Migranten. Sie wollen sich endlich wieder wie „deutsche Bürger“, „deutsche Bürgerinnen“ fühlen, ohne in der Bahn, im Einkaufsladen, auf dem Marktplatz oder in einem Restaurant auf Menschen zu treffen, die eine andere Herkunft, eine andere Hautfarbe besitzen. Allein dieser Gedanke macht mich traurig. Was spricht gegen ein Land, das für Weltoffenheit und Meinungsfreiheit steht? Eine Nation, die den Leuten Sicherheit und Chancen auf Bildung, ein Dach über dem Kopf sowie eine Krankenversicherung bietet? Daran ist doch nichts Schlechtes. Es kann einfach nicht sein, dass es so viele Personen gibt, die gegen das alles und gegen Menschenrechte sind, nur weil nicht jeder die gleiche Hautfarbe, die gleiche Herkunft oder die „richtige“ Religion besitzt. Wir können uns so glücklich schätzen, in diesem sicheren Land zu leben und dass wir in der Nacht nicht Angst haben müssen, unser Haus könnte von einer Bombe getroffen werden.

Dennoch ist der Hass in der Bevölkerung so laut wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das fängt schon bei den Kindern und Jugendlichen an. Sie sprechen von Dingen, obwohl sie nicht die geringste Ahnung haben, was hinter so manch schrecklichen Worten steht. Manchmal habe ich Bedenken, dass sich dieser Hass zu schnell ausbreitet. Jeden Tag sehe, lese oder höre ich auf Social-Media-

Plattformen und Straßen davon, wie schlimm die Flüchtlingspolitik und die Messerangriffe von Ausländern auf die deutsche Bevölkerung seien: „Es sind immer die Gleichen, wir müssen endlich etwas dagegen tun.“ Was ich damit meine? Teenager in meinem Alter verbreiten „Wahrheiten“ von einer Alice Weidel oder einem Björn Höcke. Oder sie haben von ihren Eltern gehört, dass die AfD mittlerweile die einzig wählbare Partei sei. Genau das spricht doch die Thematik an, weshalb so viele Jugendliche rechtsextrem sind. Sie bekommen es von ihrem Elternhaus nicht anders mit. Ihnen bleibt kaum die Wahl, in welche politische Richtung ihr Denken gehen soll. Bietet man Aufklärung über gesichert rechtsextreme Parteien oder Personen an, so wird diese oft gar nicht erst angenommen beziehungsweise ernst genommen. Diese Ideologie ist so tief in den Köpfen verankert, dass ein Ausweg nur schwer zu finden ist. Man könnte auch sagen, dass die Jugendlichen in einem riesigen Labyrinth gefangen sind. Die Hecken sind viel zu hoch, um den Ausgang zu finden. Sie verlaufen sich immer mehr. Keiner weiß, wo es langgeht. Gefangen in ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Antisemitismus, geraten sie so in das verzweigte Dickicht des Labyrinths.

Ich fühle mich so schlecht. Haben wir noch immer zu wenig Verständnis für die Vergangenheit? Wie viel Zeit muss noch vergehen, bis der Rechtsextremismus endlich aufhört? Wir haben doch gesehen, was er in der Zeit von 1933 bis 1945 angerichtet hat. Er hat Millionen Menschen das Leben geraubt. Das ist Warnung genug. Aber nein. Wir

stehen kurz davor, dass so etwas wieder passieren kann. Die AfD ist in den Umfragen die zweitstärkste Partei. Das muss uns doch Angst machen. Es sind nicht die Migranten in unserem Land. Es sind die AfD-Politiker im Bundestag. Um dieses Argument einmal mehr zu unterstreichen, möchte ich auf das Gespräch der AfD-Parteichefin Alice Weidel mit dem Tech-Unternehmer Elon Musk eingehen. Die AfD-Kanzlerkandidatin sprach davon, dass Adolf Hitler ein Kommunist und links war, was eine „Verdrehung der Geschichte“ ist. Diesen Satz bekomme ich kaum aus meinem Kopf. Ich verstehe nicht, wieso die Menschen nicht endlich aufwachen und auch oder gerade Jugendliche solch eine „Politikerin“ als Vorbild und Lösung für Deutschland sehen. Die Worte von Frau Weidel sollten verboten werden. Die Geschichte hat bewiesen, dass Hitler definitiv kein Kommunist war. Doch mein Gefühl sagt mir, dass es für viele Deutsche, besonders unter den Jugendlichen, keinen Anreiz gibt, über die Worte von Alice Weidel nachzudenken, obwohl Medien seit dem Gespräch darüber berichten, wie falsch ihre Äußerung war. Dies löst in mir eine unerklärliche Unruhe aus. Sind die jungen Menschen etwa schon so stark vom rechtsextremen Gedankengut beeinflusst worden, dass sie sich keine Sorgen mehr machen?

Ich habe überall Gänsehaut, denn ich kann gut einschätzen, dass diese Jugendlichen eine Gefahr für uns werden können. In meiner Gedankenwelt gibt es diesen Extremismus nicht. Ich wünsche mir ein Land, einen Kontinent, einen Planeten ohne Hass, Kriege, Gewalt und Unter-

drückung. Wieso soll das unmöglich sein? Gerade meine Generation kann doch noch handeln, damit sich die Geschichte nicht wiederholt. Wir alle haben die Chance, endlich etwas zu verändern. Doch anstatt zusammen für Demokratie und Gerechtigkeit zu kämpfen, spaltet sich die Gesellschaft wieder und rückt weiter nach rechts. Ich kann verstehen, wenn dieser Kampf viele Menschen müde macht. Doch Aufgeben ist keine Option. Gerade in dieser schwierigen Situation müssen unsere Stimmen lauter werden. Ich bin voller Zuversicht, dass unser Wille stärker ist als der Hass in vielen Teilen der Bevölkerung. Und dass die Demokratie weiterbesteht.

„Rechte Gruppen sind schlau geworden. Sie verbreiten Witze und Memes auf TikTok, YouTube oder Instagram, die bei Jugendlichen auf den ersten Blick gern lustig wirken, aber eigentlich Vorurteile, Hass und Hetze schüren“



Von MADDOX WORISCHEK, 17

Das Internet ist für uns Jugendliche heute ein selbstverständlicher Teil des Lebens. Es ist unser Ort, um zu lernen, uns auszutauschen und unsere Meinungen zu bilden. Doch gerade dort, wo wir uns frei fühlen und uns

treffen, lauert eine Gefahr, die viele auf die leichte Schulter nehmen: der rechte Druck, der sich in sozialen Netzwerken und sogar in Memes verbirgt. Ich persönlich bin gegen rechte Politik. Ich lehne Hass, Ausgrenzung und menschenverachtende Ideologien ab, weil ich daran glaube, dass unsere Gesellschaft nur funktioniert, wenn wir zusammenhalten und uns gegenseitig respektieren. Doch genau das versu-

chen rechte Gruppen im Internet zu zerstören. Sie nutzen jede einzelne Möglichkeit, um ihre Gedanken in die Köpfe von jungen Menschen zu pflanzen. Viele sind der Meinung, dass rechte Propaganda im Internet beispielsweise mit Nazi-Symbolen oder klaren Hassbotschaften offensichtlich ist.

Doch die Realität sieht anders aus. Rechte Gruppen sind schlau geworden. Sie tarnen sich als harmlose Communitys, verbreiten Witze und Memes, die auf den ersten Blick lustig wirken, aber eigentlich Vorurteile, Hass und Hetze schüren. Sie nutzen populäre Plattformen wie TikTok, YouTube oder Instagram, um junge Leute zu erreichen. Besonders gefährlich ist, dass diese Inhalte oft subtil sind. Es fängt vielleicht mit einem harmlos wirkenden Kommentar an: Darf man das heute überhaupt noch sagen? Oder: Früher war alles besser, genau. Solche Aussagen wecken Zweifel an unserer Gesellschaft und lassen Jugendliche glauben, dass sie Opfer einer ungerechten Welt sind. Schritt für Schritt werden sie so in ein rechtes Weltbild gezogen, oft ohne es zu merken. Jugendliche sind besonders anfällig für solche Manipulationen, weil sie sich noch auf der Suche nach ihrer wahren Identität befinden. Viele fühlen sich unverstanden, haben Probleme in der Schule oder zu Hause und suchen nach Gemeinschaft. Rechte Gruppen bieten genau das an: eine scheinbar starke Gemeinschaft, in der man sich verstanden fühlt, obwohl sie sich gar nicht für den Menschen interessieren, sondern nur für ihre Ideologie. Dafür nutzen sie gezielt Unsicherheiten aus, sei es die Angst vor einer ungewissen Zukunft, Frust über gesellschaftliche Probleme oder das

Gefühl, nicht dazugehören. Plötzlich scheinen einfache Lösungen greifbar: Alle anderen sind schuld, oder wir brauchen nur die AfD! Doch in Wahrheit sind das keine Lösungen, sondern gefährliche Vereinfachungen, die nur Spaltung und Hass bringen. Wenn Jugendliche in rechte Denkweisen abrutschen, hat das oft drastische Folgen. Sie entfernen sich von alten Freunden und der Familie, werden aggressiver in Diskussionen und fühlen sich überlegen. Irgendwann sind sie vielleicht nicht mehr nur Konsumenten von rechter Propaganda, sondern beginnen selbst, Hassbotschaften zu verbreiten. Das Internet bietet unendlich viele Möglichkeiten, aber es kann auch ein gefährlicher Ort sein. Wer einmal tief in die rechte Szene geraten ist, hat es schwer, wieder herauszukommen. Denn ein Like bei einem unbekannten Video reicht aus, dass der Algorithmus anfängt, gezielt rechte Inhalte auf deiner Seite anzuzeigen.

Ich bin der Meinung und der Überzeugung, dass wir etwas gegen den rechten Druck im Internet tun können und müssen. Das Wichtigste ist, sich bewusst zu machen, wie rechte Manipulation funktioniert. Wenn man versteht, dass vieles gezielt beabsichtigt, Hass und Spaltung zu bringen, kann man sich



Zeichnung:
Maddox
Worischek,
KI-Kunst
(ChatGPT)

besser dagegen schützen. Ich bin gegen rechte Politik, weil ich daran glaube, dass wir eine gerechte, offene Gesellschaft brauchen. Rechte Gruppen versuchen, das Gegenteil zu erreichen: Sie wollen spalten, Ängste schüren und Macht über Menschen gewinnen. Gerade wir, die Jugendlichen, müssen uns bewusst machen, dass wir nicht auf solche Tricks hereinfallen dürfen. Wir sind die Zukunft. Wir haben es in der Hand, ob wir in einer Gesellschaft leben wollen, die auf Respekt, Vielfalt und Miteinander basiert, oder in einer, die von Hass, Hetze und Ausgrenzung geprägt ist. Das Internet ist ein mächtiges Werkzeug, und wir müssen lernen, es richtig zu nutzen. Dazu gehört, nicht alles zu glauben, was man liest oder hört, sondern Meinungen oder Statements auch zu hinterfragen und Quellen zu prüfen. Sich nicht manipulieren zu lassen, sondern kritisch zu denken. Und vor allem: zusammenzuhalten, statt uns spalten zu lassen.

Wir sind eine Gemeinschaft. Uns darf es nicht passieren, dass wir uns von einer politischen Gruppe so beeinflussen lassen, dass Streit entsteht nur wegen einer anderen Herkunft, eines anderen Glaubens, einer anderen Hautfarbe. Bevor Jugendliche Anhänger solcher Gruppen werden, sollten sie sich informieren, wie es vor über 90 Jahren war, als es den Segen der Demokratie nicht gab und Menschen ohne Grund Angst um ihr Leben haben mussten. Denn am Ende zählt doch nicht, wer am lautesten schreit, sondern wer die besseren Argumente hat. Ich bin mir sicher: Die bessere Zukunft liegt in einer Gesellschaft, die Menschen verbindet und nicht trennt.

„In ihrem Wahlprogramm kennt die AfD nur eine Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kind. Wie kann Alice Weidel, die mit einer Frau verheiratet ist, diese Position, die mit ihrem eigenen Leben nicht übereinstimmt, moralisch mit sich vereinbaren?“

Von JOCELYNE LEA
WOWERIES, 17

Ein Widerspruch definiert die Spannung zwischen Gegensätzen, ein Funke zwischen zwei Wahrheiten und das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen. Wenn ich an einen Widerspruch denke, ziehe ich eine Parallele zu der Politikerin Alice Weidel. Sie ist für mich eines der vielen ungelösten Rätsel, welche ohne einen Einblick in ihr Denken nicht gelöst werden können. Eine Frau, die ihr Privatleben und ihr Berufsleben so trennt, dass ein großer Zwiespalt entsteht, welcher Fragen in Bezug auf ihr Handeln und Denken aufwirft. „Schwarz-Rot-Gold!“ und wieder



„Schwarz-Rot-Gold!“, hallt es mit lauter und bestimmter Stimme durch den Saal. Doch aus welchem Jahr stammen diese Ausrufe? 1933 oder 2025? Das Wissen, dass diese Worte von Januar 2025 stammen, lässt mich jegliche Fassung verlieren, was wiederum ein flaues Gefühl in meinem Magen auslöst. Deutschland soll wieder ein starkes, reiches und sicheres Land werden, wie es die AfD-Parteichefin Alice Weidel in ihrer Parteitagsrede in Riesa formulierte. Aber zu welchem Preis? Auf Kosten der Akzeptanz hilfsbedürftiger Menschen, auf Kosten der Toleranz gegenüber Menschen mit anderer Hautfarbe, anderem Glauben, auf Kosten von den Rechten und der Selbstbestimmung der Frau?

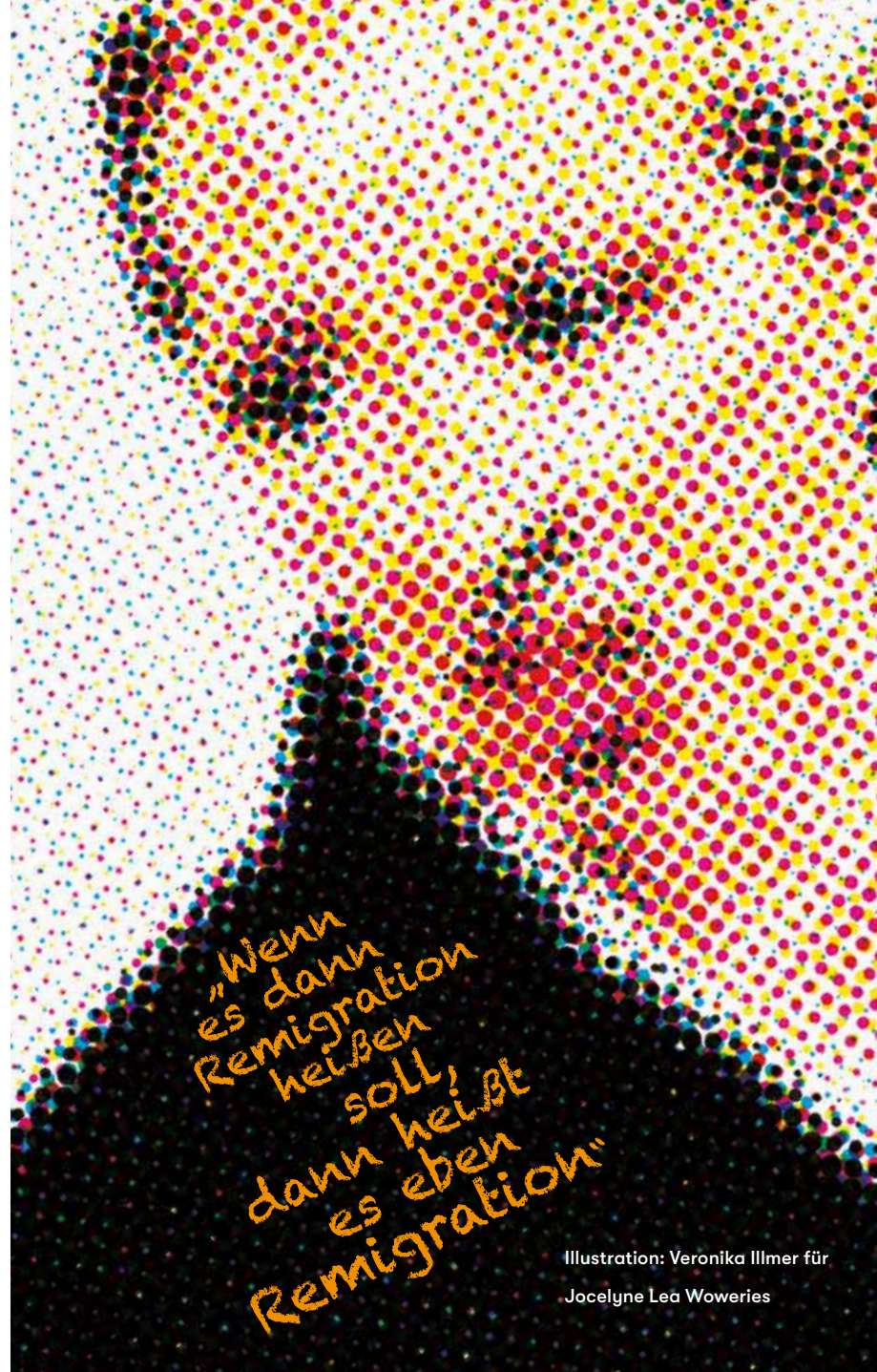
Macht dies ein sicheres Land aus? Nein. Für mich besteht ein sicheres Land aus sozialer Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und dem Ausleben meiner eigenen Überzeugungen, solange diese niemanden angreifen, beleidigen oder verletzen. Wenn man über den Tellerrand hinausschaut, erkennt man, dass ein sicheres Land nicht nur aus einer niedrigen Kriminalitätsrate besteht, sondern auch aus einer stabilen gesellschaftlichen Struktur. Alice Weidel betonte in Riesa, dass Ausländer Täter sind, welche Innenstädte verwüsten, Hilfskräfte angreifen und Deutschland verachten. Grenzen sollen geschlossen werden und Menschen ohne Pass oder Papiere abgewiesen werden. Doch was für Menschen sind wir, wenn wir Personen aufgrund ihrer Herkunft vorverurteilen und ihnen nicht die geringste Chance geben, das Gegenteil zu beweisen? Ausländer werden alle gern in

eine Schublade gesteckt. Dies entsetzt mich und macht mich zugleich so wütend, dass ich vor Verachtung nur so strotze. Ich hatte noch nie Angst vor einer ausländischen Frau, vor einem deutschen Mann jedoch schon. Nicht alle Ausländer sind kriminell, und nicht alle Ausländer nutzen den Sozialstaat aus. Es fehlt an Selbstreflexion, welche dem verzerrten Bild der AfD mehr Klarheit verschaffen würde. Genauso wie es kriminelle Ausländer gibt, gibt es auch Deutsche, welche Frauen und Kinder missbrauchen oder aus fehlender Motivation die Arbeit verweigern.

Es ist leicht, diejenigen zu beschuldigen, die sich am wenigsten wehren können. Ein weiterer Widerspruch wird in ihrer Rede auf dem 16. Parteitag der AfD in Riesa erkennbar. Fast schon aggressiv ruft Frau Weidel in den Saal: „Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration.“ Da scheint längst vergessen, dass der „Masterplan“ zur Remigration auf einem Treffen von Rechtsextremisten in einer Potsdamer Villa Ende 2023 besprochen wurde. Damals bestritt die AfD-Führung eine Verbindung der Partei zu dieser Veranstaltung. Und nun steht dieser seitdem breit kritisierte Begriff, also die Forderung nach massenhafter Zurückführung von Ausländern in ihr Herkunftsland, sogar im Wahlprogramm der AfD. Ich bin sprachlos, wie es überhaupt möglich sein kann, sich solche Dinge derart zurechtzubiegen.

Was ich schockierend finde, ist, dass Alice Weidel in einer Partei wie der AfD Mitglied ist. Immerhin ist die Alterna-

tive für Deutschland eine männerdominierte Partei, in der männliche Mitglieder frauenverachtende Dinge von sich geben. Der jetzige AfD-Stadtrat Gerhard-Michael Welter hat schon vor Jahren in einem Facebook-Kommentar geschrieben, dass Frauen einen Vormund bräuchten. Diese Aussage ist eine Beleidigung und entbehrt noch dazu jeder rationalen Grundlage. Die Gesellschaft hat sich bekanntermaßen weiterentwickelt, wodurch Frauen in Deutschland seit Jahrzehnten eigenständig und handlungsfähig sind. Nikolaus Kramer, der AfD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021, äußerte in einem Interview, dass Frauen weniger für die Politik geeignet seien, da sie emotionaler als Männer wären und Emotionen ein schlechter Berater seien. Nikolaus Kramers Aussage, dass Frauen weniger für die Politik geeignet seien, steht in einem offensichtlichen Widerspruch zur Rolle von Alice Weidel innerhalb der AfD. Als eine der bekanntesten Politikerinnen der Partei und deren Co-Vorsitzende zeigt sie, dass Frauen in der AfD durchaus Führungspositionen übernehmen können. Egal, ob man sie mag oder nicht. Gleichzeitig wird die AfD oft als männerdominierte Partei wahrgenommen, was Kramers Äußerung unterstreicht. Doch dieser Widerspruch wird wiederum durch Weidels Position innerhalb der Partei verstärkt: Einerseits verkörpert sie als Frau in der Parteispitze das Gegenteil von Kramers Behauptung, andererseits bleibt die AfD eine Partei, in der Frauen vergleichsweise selten in höchste Positionen aufsteigen. Dieser innere Widerspruch verdeutlicht, dass frauenfeindliche Narrative auch innerhalb der eigenen



Parteiführung nicht konsequent vertreten werden können. Widersprüche über Widersprüche, welche die Stimmigkeit innerhalb der Partei infrage stellen und verdeutlichen, dass solche Aussagen weniger auf einer fundierten Überzeugung beruhen, sondern eher populistische oder ideologische Zwecke erfüllen.

Was ich außerdem nicht verstehe, ist, wie Alice Weidel gewisse Punkte im Wahlprogramm der AfD vertreten beziehungsweise repräsentieren kann. Die Alternative für Deutschland plant, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erschweren. Auch hier fehlt es an Empathie oder auch Respekt gegenüber der Frau. Dieses Thema belastet mich, da ich es nicht nachvollziehen kann, wie Männer über den Körper einer Frau bestimmen wollen. Männer können sich die Situation einer ungewollten Schwangerschaft – zum Beispiel nach einer Vergewaltigung – gar nicht vorstellen. Abtreibung ist ein Frauenrecht und kein Männerrecht, weshalb ich nicht verstehen kann, wie Alice Weidel eine derartige Beschränkung vertreten kann. Ein weiterer Widerspruch entstand, als sie sich in einem ARD-Sommerinterview im September 2023 dazu äußerte, dass sie sich nicht als queer betrachtet, sondern mit einer Frau verheiratet ist, die sie seit 20 Jahren kennt. Doch die AfD kennt in ihrem Wahlprogramm nur eine Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kind. Wie kann Alice Weidel dies moralisch mit sich vereinbaren? Sie passt nicht in dieses Rollenbild und vertritt somit eine Position, welche nicht mit ihrem eigenen Leben übereinstimmt. Jedoch betont

sie, dass sie sich nicht diskriminiert fühlt, wodurch sie sich abermals durch ein fehlendes Einfühlungsvermögen auszeichnet. Denn es gibt viele Menschen, die sich durch die AfD diskriminiert fühlen, weil sie ihre Identität nicht so verbergen können, wie es Alice Weidel kann. Sie hat nichts zu befürchten, da sie an der Spitze dieser Partei steht. Aber in Teilen der queeren Gesellschaft breiten sich aufgrund dieses Rollenverständnisses Angst und ein Gefühl von Diskriminierung aus. Auch aus diesen Gründen ist mir Alice Weidel ein Rätsel. Mir ist einfach schleierhaft, wie man sich so widersprüchlich verhalten kann.

Ich möchte meine Rechte als Frau und meine Zukunft verteidigen und jede Frau dazu ermutigen, sich nicht klein-kriegen zu lassen. Denn ich finde es wichtig, dass wir den nachfolgenden Generationen andere Werte als die der AfD vermitteln. Es ist wichtig, ein Rückgrat zu haben, Haltung zu zeigen, keine Menschen auszuschließen oder Gleichberechtigung und Toleranz zu stärken. Ich appelliere an die Gesellschaft und wünsche mir, dass, wie es Immanuel Kant einst sagte, mehr Leute den Mut haben sollten, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen („sapere aude“), denn dies ist notwendig, um unsere Demokratie und unsere Rechte zu schützen.

„Du kannst kein Buch öffnen, ohne etwas daraus zu lernen“

Aus China

Ein Buch ist wie eine Reise. Es macht Menschen glücklich oder traurig. Bringt sie zum Lachen oder zum Weinen. Es weckt Sehnsüchte und Träume oder bringt Erinnerungen an das eigene Leben zurück, an gute Tage, aber auch an dunkle Stunden, die man längst vergessen glaubte. Und manchmal ist ein Buch auch eine Tür. Eine, die das Leben verändern kann, weil es den Menschen neue Perspektiven eröffnet, sie zum Nachdenken anregt und damit alte Gewohnheiten, festgefahrene Meinungen oder Denkmuster ad absurdum führt. Manche Menschen meiden solche Türen, klappen das Buch zu, weil sie Angst vor Veränderungen haben oder zu feige sind, Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Andere klemmen sich das Buch unter den Arm und gehen festen Schrittes durch solche Türen, weil sie neugierig sind und den Mut und den Willen haben, Dinge zu verändern. Selbst wenn es für sie unbequem werden kann.

„#FürDemokratieGegenExtremismus“ ist ein solches Buch, eine solche Tür. Geschrieben von 27 mutigen Schü-

lerinnen und Schülern des Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg in Brandenburg im Alter zwischen 16 und 18 Jahren. Sie alle sind Demokratinnen und Demokraten. Sie alle wollen, dass die Demokratie nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt eine feste Größe bleibt und nicht von dem gefährlichen Gedankengut der Rechten und Linken, der Autokraten und Diktatoren zerstört wird. Deshalb haben sie sich in drei Workshops Gedanken darüber gemacht, worüber sie schreiben wollen: über Rechts- und Linkspopulismus, Rechts- und Linksradikalismus, über Antisemitismus, Bildung, Rassismus, Frauenrechte oder Faschismus. Entstanden ist ein Buch, in dem es zu jedem Thema eine oder mehrere Stimmen gibt. Offen, ehrlich, vorbehaltlos und furchtlos erzählen die 27 jungen Erwachsenen von ihren Zielen, Wünschen, Träumen, Sorgen und Ängsten.

Unterstützt wurden sie dabei von ihren Lehrerinnen: der Schulleiterin Petra Starke, ihrer Stellvertreterin Maria Müller, der Geschichtslehrerin Anne-Christin Wegner und der Kunstlehrerin Ulrike Kollatzsch. Alle vier standen aber nicht nur den jungen Autorinnen und Autoren als Mentorinnen zur Seite, sie waren auch für mein Team und mich unverzichtbar. Ohne ihr Wissen, ihr großes Engagement und ihre Freude an dem Projekt wäre dieses Buch nicht realisierbar gewesen. Dafür und für ihre Geduld und ihr Vertrauen wollen wir uns bei ihnen bedanken, auch weil wir wissen, dass diese „Nebenbeschäftigung“ keine Selbstverständlichkeit war.

Und nicht nur ihnen gilt unser Dank. Wir alle konnten nur auf diese Reise gehen, weil wir finanziell großzügig unterstützt wurden. Vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, den vielen Unternehmern und guten Freunden, die alle um ihre Verantwortung für die Demokratie und deren Zerbrechlichkeit in unsicheren Zeiten wie diesen wissen.

Die Mentorinnen: Maria Müller, Petra Starke, Anne-Christin Wegner und

Doch was wäre ein solches Leuchtturm-Projekt ohne Vorwort, ohne Grußwort. Für die renommierte Schauspielerin Iris Berben, die sich seit Jahren gegen jede Form von Extremismus engagiert, und Steffen Freiberg, den Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, stand sofort fest, den Jugendlichen zur Seite zu stehen. Denn sie wissen, dass es die jungen Menschen sind, die die

Demokratie in die Zukunft tragen. Ihnen danken wir für ihre klugen Worte, ihre Empathie und den Rückenwind, den sie den 27 jungen Autorinnen und Autoren und ihrem Buch damit geben.

Last, but not least möchte ich mich bei meinem Team bedanken. Bei Veronika und Phoebe, bei Professor Gero Himmelsbach, Jochen und Ulrich, Steffen und Manfred, Christina und Reinhard und den Verlegern Beate und Mischa Klemm. Durch ihre Kreativität, ihre Wachsamkeit, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre Begeisterung für die Demokratie entstand ein, wie wir finden, beispielloses Werk.

Ulrike Kollatzsch (v. l.)



Unsere Hoffnung ist es, dass dieses Buch von vielen Menschen gelesen wird. Und dass die eine oder andere Leserin, der eine oder andere Leser durch die Tür geht, die ihnen „#FürDemokratieGegenExtremismus“ öffnet und sie vielleicht dazu bringt, ihre Haltung gegenüber der Demokratie und ihren Widersachern zu überdenken. Dann hat sich der Einsatz der 27 Schülerinnen und Schüler für Freiheit, Frieden, Menschenwürde, Menschenrechte, Gleichheit, Respekt und Toleranz gelohnt.

Dona Kujacinski, im Frühling 2025

HERAUSGEBERIN

DONA KUJACINSKI,

geboren 1956 in Offenburg, schrieb für Bunte, Bild, Gala, Welt am Sonntag, Bild am Sonntag und Focus. Zu den Büchern der Bestsellerautorin gehören die Biografien *Hannelore Kohl – Ihr Leben* (mit Peter Kohl, 2002) und *Horst Wendlandt – Der Mann, der Winnetou & Edgar Wallace, Bud Spencer & Terence Hill, Otto & Loriot ins Kino brachte* (2006), der Bildband *Hannelore Kohl – Ein deutsches Leben* mit Fotos von Helmut R. Schulze (2011). In *Unser Kind ist tot* erzählen Mütter und Väter von Verlust, Schmerz und Hoffnung (2014). Bei *#GegenDasVergessen*, einem Sachbuch von 17 Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Engels-Gymnasiums Senftenberg über das Vergessen des Holocaust und des ehemaligen KZ-Außenlagers Großkoschen, hatte sie die Projektleitung (2024). Die Autorin und freie Journalistin lebt in Berlin und schreibt seit 2024 für das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.



FOTOS

Steffen Rasche: Buchrückseite, Seite 14/15, 24, 34, 41, 47, 50, 53, 57, 64, 67, 70, 78, 84, 90, 98, 105, 113, 117, 118, 125, 134, 137, 141, 142, 149, 155, 161, 169, 175, 182, 185, 189, 196, 201, 210/211

Laurence Chaperon: Seite 19

Leo Franz: Seite 165; Lucy Illgner: Seite 77, 82

Dona Kujacinski: Seite 55; Jonas Arne Lehmann: Seite 107, 108

MBJS/Hoffotografen: Seite 22; Edgar Herbst: Seite 213

Maria Müller: Seite 108; Lena Theres Neubert: Seite 128, 130, 132/133, 137

Philipp Reinkensmeier: Seite 141, Emilia Sophie Schmidt: Seite 158

Anne-Christin Wegner: Seite 121

Privat: Seite 26, 27, 28, 31, 73, 74, 93, 95

Seite 87: www.grafik-schuppler.at

Seite 58: © BArch, Bild 183-NO827-318/CC-BY-SA 3.0,

Deutsche Erstausgabe 2025

Verlag: Brandenburg-Buch, Neuenhagen bei Berlin

Copyright: bei den jeweiligen Autorinnen/den jeweiligen Autoren

Copyright für die Gesamtproduktion: Dona Kujacinski

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Buchgestaltung: Veronika Illmer

Druck und Bindung: Bookpress. eu

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an:

produktsicherheit@bb-buch.de

ISBN 9783945546055

„Die Demokratie ist dann gefährdet,
wenn wir sie als selbstverständlich betrachten“

Barack Obama, 44. US-Präsident 2009–2017



Foto: Steffen Rasche

ISBN 9783945546055



9

783945546055

€ 11,00 [D]

brandenburg
buch

www.bb-buch.de